1/97 (Nr.60) 18.Jg. 8.-DM

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Antimilitarismus

Chomsky-Bookchin Debatte • Rommelspacher Interview • EXPO 2000

Inhalt Nr. 60

AKTUELLE THEMEN

Anti-Expo-AG: Nachhaltige Propaganda für das 3.Jahrtausend.............. S. 4

Matthias Kittmann: Die neue Militarisierung der Gesellschaft...............S. 8

Harry Waibel: Neofaschismus in Ostdeutschland......................... S. 12

FEMINISMUS

Interview mit Birgit Rommelspacher: Utopie................................S. 20

INTERNATIONALES

Olaf Kaltmeier: Coca-Imperialismus...................................... S. 26

KURZES..S.31

POLITISCHE DEBATTE

Noam Chomsky: Ziele und Visionen.. S. 34

THEORIE

Thomas Wagner: Von der Suche nach der Anarchie..................... S. 48

GESCHICHTE

Ulrich Bröckling: Anarchistischer Antimilitarismus im Kaiserreich ......S. 52

KULTUR

Selbstgespräch mit Wolfgang Sterneck: Techno und der Cybertribe...... S.64

Zeitschriftenschau, SF-Zeitschriftenpakete, Spendenliste............... S. 67

Titelfoto: Kenneth Jarecke

Bereits vorliegende Artikel für SF-61

Politische Debatte: Fortsetzung der Bookchin-Chomsky-Debatte
sowie
Das Für und Wider der Kommune-Bewegung

Geschichte: *Marianne Kröger:* Carl Einsteins und Simone Weils Engagement für die Anarchosyndikalisten im Spanischen Bürgerkrieg

....

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-61 (2/97): 10.3.97
Erweiterte und veränderte Neuauflage der SF-Sondernummer Feminismus (3/97): 10.3.97

Aufruf zum Wiederverkauf
Wir suchen verstärkt WiederverkäuferInnen allüberall!
Bereits ab 2 Exemplaren geben wir 30% Rabatt.
Bitte meldet Euch!

Impressum:

Redaktions- & ABOadresse:
Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
Einzelpreis: 8.-DM
ABO (5 Nrn.): 35.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 5 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe
Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. *anti-copyright:* Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.
Redaktion dieser Ausgabe:
Wolfgang Haug, Andreas Ries, Herby Sachs (V.i.S.d.P.), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Anti-Expo-AG, Ulrich Bröckling, Noam Chomsky, Nicole Frazier, Vera Jost, Olaf Kaltmeier, Matthias Kettmann, Donna Kiddie, Wolfgang Sterneck, Thomas Wagner, Harry Waibel
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Rotation, Berlin
Österreich: Buchhandl. Stonehenge, Wien
Schweiz: Anares, Bern
Anzeigenpreise (zzgl. 15% MWST):

Kleinanzeige:	20.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM
neu: Beilagen	**400.- DM**

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

*Herzlichen Dank, irgendwie scheint Ihr unsere Finanznot geahnt zu haben, jedenfalls kamen schon lange nicht mehr soviele Spenden zusammen und sie kamen zum richtigen Zeitpunkt. Unser Nicht-Erscheinen am Jahresende hatte durchaus auch Finanzgründe, da wir die letzte Ausgabe (59) noch nicht bei den DruckerInnen bezahlen konnten. Der Hauptgrund lag jedoch an den Redaktionsmitgliedern: Fast alle befinden sich in existentiellen Schwierigkeiten oder Umorientierungen in Sachen "Geldverdienen-müssen". Aus diesem Grund gelang es nicht, zum Jahresende eine ausreichende Zahl von Redaktionsmitgliedern zu einem Termin zusammenzubringen. Diese Notsituation zwang uns dazu, die Jubiläumsnummer 60 erst Ende Januar zusammenzustellen. (Vielleicht nimmt sich die ein oder der andere diese Information auch als Hinweis, daß wir durchaus Interesse daran haben, die ein oder den anderen **neuen RedaktionsmitarbeiterIn** kennenzuleren. Bislang war es all die Jahre nicht besonders schwierig, bei uns einzusteigen.*

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß- Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-; R.G., Anröchte 15.-;

Gesamtstand (September: 125.-)

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens:

S.R., Hamburg 100.-; J.S., Dresden 5.-; K.J., Hamburg, 5.-; M.W., Kleinostheim 15.-; B.N., Kaufungen 15.-; U.T., Hipstedt, 15.-; S.B., Amberg 15.-; D.R., Bremen 100.-; V.W.P., Berlin 35.-; U.K., Oldenburg 15.-; R.H., Berlin 15.-; J.K., Berlin 5.-; K.H. Hannover 65.-; B.B., Wannweil 35.-; nato, Euskirchen 90.-; G.F., Hamburg 50.-; H.B., Oldenburg 65.-; R.M., Hamburg 44.-

Gesamt: 689.-

Foto: Sabine Adorf/Version

Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz der Weltausstellung EXPO 2000 sein. Fünf Monate soll das Spektakel dauern, erwartet werden ca. 40 Mio Besuche - das bedeutet im Tagesdurchschnitt etwa 300.000 Menschen. Unter dem Motto "Mensch-Natur-Technik" sollen sich rund 200 Nationen, öffentliche und private Institutionen und Großkonzerne auf dem 160 ha großen Ausstellungsgelände präsentieren.

Die Idee einer Weltausstellung in Hannover wurde 1987 von der Deutschen Messe AG Hannover ausgebrütet: "Die gezielte Entwicklung und Modernisierung des Messegeländes und die Bemühungen um eine entsprechende Infrastruktur sind Voraussetzungen dafür, daß der Messeplatz Hannover auch nach Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts seine führende Stellung unter den weltweit tätigen Messezentren halten kann." Dieses Anliegen des Messe-Managements war getragen vom ungebrochenen Credo eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Nachdem die einseitig auf Automobil-Produktion basierende Ökonomie Hannovers schwer in die Krise geraten war, sollte damit gleichermaßen die Dienstleistungs-Ökonomie der Stadt ausgebaut werden und ein Image-Zuwachs die Region für die ModernisierungsgewinnerInnen und das Unternehmertum attraktiver machen.

Als derartige Planungen 2 Jahre später (!) öffentlich wurden, bildete sich rasch ein regional begrenzter, z.T. radikaler Widerstand. Die EXPO wurde als Maßnahme interpretiert, drastische Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Hannover durchzusetzen bzw. zu beschleunigen und die Stadt den Interessen der Messe AG zu unterwerfen. Eine Verschärfung der Umweltsituation und der "sozialen Frage", die sozialsanitären Säuberung der exporelevanten Stadtbereiche von Armutsbevölkerung, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die Polarisierung in Arme und Angepaßte wurde erwartet. Der Widerstand richtete sich aber auch gegen die EXPO als Veranstaltung um Akzeptanz für neue Technologien, insbesondere der Gentechnologie, zu schaffen.

Demonstrationen, Störaktionen, die Verwüstung des Weltausstellungsbüros B.I.E. in Paris verdeutlichten, daß die EXPO in Hannover nicht ohne weiteres geduldet würde. Eine breite Mehrheit innerhalb der Bevölkerung betrachtete die Planungen skeptisch bis widerwillig.

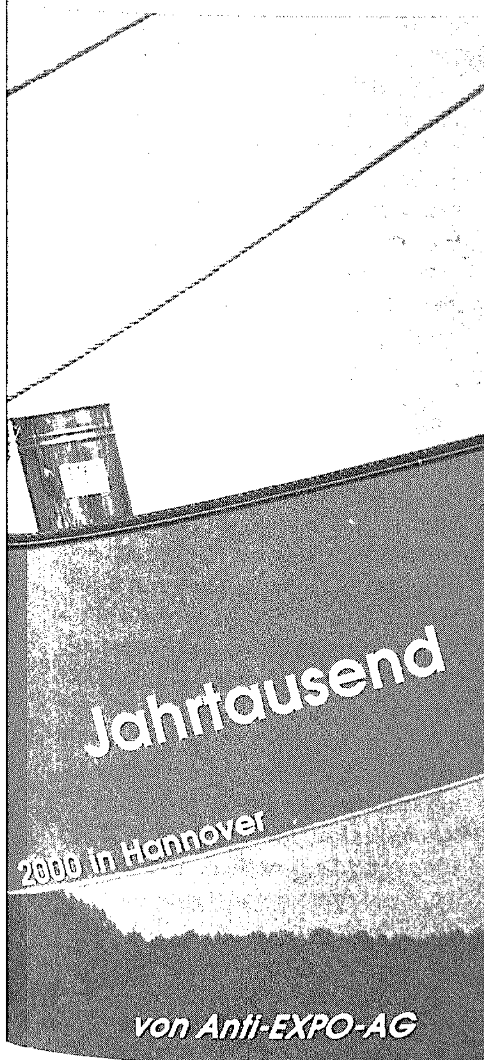


Foto: H.J. Lichtenberger

Dadurch sahen sich die EXPO-StrategInnen gezwungen, eine ökologisch und sozial drapierte Weltausstellungs-"Philosophie" zu präsentieren. Griffige Wortmarken wie "EXPO neuen Typs", "öko-sozialer Stadtumbau", "Bürgerbeteiligung" und nicht zuletzt das Allerweltsmotto "Mensch-Natur-Technik" sollten suggerieren, daß das Großereignis für alle äußerst segensreich sei. Der grüne Umweltdezernent Hannovers fabulierte: "Eine zukunftsweisende 'EXPO neuen Typs' könnte am Beispiel Hannovers aufzeigen, wie die Probleme solcher Ballungsräume mit den Rahmenbedingungen einer Industriegesellschaft im 21. Jahrhundert gelöst werden können."

Die EXPO als nationales Großprojekt

Nach dem Willen der Herrschenden soll die EXPO 2000 das größte nationale Prestige-Projekt seit den Olympischen Spielen '72 in München werden. Als solches muß sie nicht nur aus formalen Gründen gelten, weil etwa die BRD als offizielle Veranstalterin fungiert oder mit 40% der Anteile an der mit der Durchführung beauftragten EXPO-GmbH größte Gesellschafterin ist und zusammen mit der Deutschen Wirtschaft (20%) die Mehrheit hält, sondern vor allem hinsichtlich ihres ideologischen Charakters. Als z.B. Schäuble in Sachen EXPO verkündete: "Orientierung zu vermitteln ist schon immer die klassische Aufgabe von Eliten gewesen", brachte er diesen Sachverhalt auf den Punkt. Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die



"Schwelle zum 3. Jahrtausend" zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit als geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die - wohlgemerkt selbstdefinierten - Probleme gleich mit? Das "anspruchsvolle Motto Mensch-Natur-Technik" verpflichte dazu, "Lösungsansätze aufzuzeigen" für "die großen Weltprobleme" wie z.B. die Ernährung und Energieversorgung einer "sprunghaft anwachsenden Weltbevölkerung". Die Lösungen dafür haben sie schon lange parat: Gentechnologie, Atomkraft, Geburtenkontrolle im Trikont und zum Behufe der größtmöglichen Partizipation der Einzelnen am Weltgeschehen den Daten-Highway.

Zugegeben, das sind alles keine Novitäten, die Argumentationen sind hinlänglich bekannt. Nie jedoch konnten sich die Herrschenden mit ihren Plänen derart öffentlichkeitswirksam und gutmenschenartig verkaufen, wie sie es auf der EXPO vorhaben: "Wir haben die Technik, um die globalen Probleme zu lösen. Wir haben das Wissen, um den Menschen mit der Natur zu versöhnen", hieß es vor einigen Jahren in einer EXPO-Broschüre der Niedersächsischen Landesregierung, und vor kurzem ergänzte Zukunftsminister Rüttgers, daß sich Deutschland "mit normalem nationalen Selbstbewußtsein" präsentieren solle. Einmal mehr soll am deutschen Wesen die Welt genesen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland will das "magische Datum" des Jahrtausendwechsels nutzen, um sich als imperiale Großmacht darzustellen.

"Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit"

Die deutsche Wirtschaft, die der EXPO und ihrem Motto anfangs nicht allzuviel abgewinnen konnte (alles viel zu "öko"), hat mittlerweile Lunte gerochen und ist nicht nur auf den Zug aufgesprungen, sondern stellt auch die Weichen. Die EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender der BDI-Geschäftsführer von Wartenberg ist, hält zwar nur 20% der Anteile an der EXPO GmbH, doch verfügt das Kapital über die Hälfte der 10 Sitze im Aufsichtsrat, da der Bund zwei und das Land Niedersachsen einen Sitz an Spitzen-Manager abgetreten hat. Die Beteiligungsgesellschaft hat die Marschroute festgelegt:

"Im gemeinsamen Interesse der Unternehmen liegt es, wenn sie ihre Kompetenz deutlich und ihre gesellschaftspolitische Rolle verständlich machen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems unterstreichen." Die Wirtschaft müsse dazu:

"1. Problembewußtsein, z.B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch

2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß

3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit

4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.

Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden."

Selbstinszenierung des Kapitals

Dargestellt werden soll das Ganze im sog. Themenpark, den sie selbst das "thematische Herzstück" der EXPO nennen.

Die inhaltliche Ausgestaltung soll sog. "Systemführern" obliegen. Dabei wurde ursprünglich an "neutrale Experten" gedacht. Die Wirtschaft sträubte sich massiv gegen diese Pläne. Sie befürchtete eine zu kritische Ausrichtung der Veranstaltung. Mit Erfolg wurde das Ausbleiben von Sponsorengeldern und teilnehmenden Unternehmen angedroht. Der Wirtschaft wurde weitreichende Mitbestimmung bei der Benennung der "Systemführer"eingeräumt. Während in der Öffentlichkeit die EXPO nach wie vor zur ultimativen Weltrettungsveranstaltung hochstilisiert wird, jubeln die Szeneblätter des deutschen Kapitals: "Der wichtigste Schritt ist geschafft: Das Öko-Konzept, mit dem die Veranstalter der EXPO 2000 anfangs potentielle Partner aus der Industrie verunsichert hatten, ist vom Tisch."

Fragen wie die nach der Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums oder nach einem evtl. anderen politischen und ökonomischem System werden mit Sicherheit im Themenpark der EXPO nicht gestellt werden. Die EXPO 2000 wird genau das, was Weltausstellungen schon immer waren: Selbstinszenierungen kapitalistischer Macht, die das Kulturverständnis der Herrschenden transportieren, und insofern Widerspiegelung des Zeitgeistes. Es werden "Technikakzeptanz" und "Zukunftsfähigkeit" propagiert, womit die EXPO genau den ideologischen Faden aufgreift, der u.a. auch in der aktuell diskutierten Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Instituts gewoben wird. Der dort beschworene grün getünchte Kapitalismus wird in der EXPO 2000 sein Schaufenster und Sprachrohr finden.

So ist es auch kein Wunder, daß Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Mit-Autor des Buches "Faktor vier" und Leiter eben jenes Instituts, Mitglied im sogenannten International Advisory Board der EXPO ist. Die Aufgabe dieses Beratungsgremiums, dem der Präsident des Club of Rome, Ricardo Diez-Hochleitner, vorsitzt, ist u.a. "die spezifischen Probleme der Dritten Welt bei der Weltausstellung zu integrieren."

Dasselbe in grün: Agenda 21

Umso erstaunlicher ist, daß die EXPO-BetreiberInnen die Agenda 21 erst vor rund einem Jahr als propagandistischen Aufhänger entdeckt haben. Im Sinne einer "kritischen, umweltbewußten" Marktwirtschaft ist die Agenda 1992 in Rio auf der UN-Umweltkonferenz beschlossen worden. In dieser Absichtserklärung wird das Prinzip der "nachhaltigen Entwicklung" zum Stein der Weisen erhoben. Liberalisierung des Handels, "Stärkung der Rolle der Unternehmen", "Förderung von Wettbewerbsmärkten" und Technologien wie z.B. Biotechnologie oder Atomkraft werden darin als Strategien zur Lösungen "drängender Menschheitsfragen" angesehen und als nachhaltig bezeichnet.

Gründe für Hunger und Armut, soziale Ungerechtigkeiten, Kriege und Umweltzerstörung werden dort so definiert, daß nicht die kapitalistischen Verhältnisse als Ursache benannt werden und gleichzeitig nur den Industrienationen und Konzernen des Nordens die Lösungskompetenz zufällt. Schuld an globalen Problemen wären "Bevölkerungsexplosion", ein zu niedriger technologischer Entwicklungsstand sowie zu geringe Kapitalausstattung in den Trikontländern. Nach dem Zusammenbruch der sog. sozialistischen Staaten scheint nunmehr außer Frage, daß der Kapitalismus das einzig "funktionierende" Gesellschaftssystem sei. Die Länder des Südens werden als Defizitländer in jeglicher Hinsicht definiert. Ihnen könne nur durch die Technologie, die Wirtschaftsweise und das Demokratieverständnis des Nordens geholfen werden. Die Schlußfolgerung: Nur ein "freier" Markt im neoliberalistischen Sinne, der die Großkonzerne zu Investitionen anreizt, könne den armen Ländern helfen, die Technologie zu erlangen, die ein umweltschonenderes Wirtschaften bei gleichzeitigem Wohlstandsanstieg zuläßt.

EXPO goes Agenda

Die Agenda paßt demnach ausgezeichnet in das EXPO-Konzept. Und so wird für die Weltausstellung als eine Veranstaltung geworben, die die Rio-Konferenz fortführen und "konkrete Optionen" der Umsetzung einer "nachhaltigen Entwicklung" darstellen werde. Entsprechend weiß EXPO-Chef Diener zu sagen: "Die brisanten Themen für Sustainable Development, die nachhaltige Entwicklung, stehen alle in der Agenda 21. [...Aus ihr] leiten wir die Legitimation ab, solche Themen zu behandeln."

Das eigentliche Credo ist in einer Veröffentlichung der EXPO-GmbH nachzulesen. Die Weltausstellung biete die Chance "konkrete Optionen zur Verwirklichung des Leitbildes 'Nachhaltigkeit' zu thematisieren und in Angriff zu nehmen." Die Industriestaaten hätten die Aufgabe, selbst "frühzeitig um[zu]-steuern und zeitgleich nachhaltige Entwicklungsmuster in der dritten Welt massiv [zu] fördern. Schlichtweg entscheidend für die angezielte Kultur des vernünftigen Umgangs mit Knappheit aber ist die Wahl des richtigen Ordnungsrahmens. Dies kann nur ein marktwirtschaftlicher sein."

Umarmungsstrategien: "Kritische Mitarbeit"

Die "Entdeckung" der Nachhaltigkeitsdebatte durch die EXPO-PlanerInnen blieb nicht ohne Wirkung. Sie ermöglichte die Integration "kritischer Stimmen".

Im Dezember '95 fand auf Einladung der EXPO-Generalkommissarin Breuel ein Gespräch mit SpitzenvertreterInnen von Naturschutzbund, Klimabündnis, Forum Umwelt & Entwicklung, WWF, German Watch und Misereor statt. Die niedersächsischen Umweltverbände protestierten energisch gegen solche Gespräche (welchen Inhalts auch immer), an denen sich z.T. auch ihre Bundesverbände beteiligen wollten, und forderten die Einhaltung basisdemokratischer Prinzipien ein. Der berliner BUND-Vorsitzende nahm daraufhin nur als "Beobachter" teil. Breuel bot den Verbänden eine "gewisse" Mitsprache bei der Gestaltung des Themenparks an.

Im Mai 96 diskutierten Deutscher Naturschutzring (DNR), Forum Umwelt & Entwicklung und der Verband Entwicklungspolitik der Nichtregierungsorganisationen (VENRO) konkret über eine "Organisationsstruktur zur Koordinierung der Umfeldaktivitäten von U + E NRO [Nichtregierungsorganisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich] anläßlich der Weltausstellung EXPO 2000", wobei die Agenda 21 als EXPO-Thema hervorgehoben wurde.

Der DNR schlug einen "Koordinierungsrat" vor, an dem zahlreiche Umwelt- und Entwicklungsgruppen teilnehmen sollen. Kurioserweise wurde auch das hannoversche Bündnis gegen die EXPO genannt, das von seinem Glück noch gar nichts wußte. Hier wird abermals deutlich, wie der lokale Widerstand, der jegliche Beteiligung an der Weltausstellung strikt ablehnt, von oben vereinnahmt und gebrochen werden soll - der Fisch fängt vom Kopf her zu stinken an. Gleiches gilt, wenn der Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Initiativen und Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen (VEN) sich mit dem Gedanken trägt, in Hannover ein "EXPO-Watch-Büro" einzurichten, zu dessen Aufgaben auch "Kontakte zur EXPO GmbH und dem Generalkommisariat" gehören sollen.

Während die diversen Gruppen noch diskutieren, war für das Entwicklungshilfeministerium (BMZ) im April '96 schon alles klar: In einem "Austellungskonzept für die Darstellung der Entwicklungszusammenarbeit bei der EXPO 2000" findet sich z.B. ein mit "Konsens" überschriebenes Schaubild, in dem EXPO-GmbH, Generalkommissariat, BMZ und Nichtregierungsorganisationen einträchtig um das EXPO-Logo versammelt sind. Zu "NRO-Aufgaben" heißt es u.a.: "Präsentation eigener Vorschläge", "Themenschwerpunkte mitbilden", "Kernbotschaften in die Öffentlichkeit tragen (Expo-Kampagne!)".

Ob die NROs diese Aufgaben tatsächlich übernehmen werden, ist noch offen, allerdings ist schon allein die Gesprächsbereitschaft der genannten Gruppen alarmierend, signalisiert sie doch grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft.

Warum sich kritische Gruppen durch solche Angebote ködern lassen, können wir nur vermuten. Ein Grund mag sein, daß einige in der Modernisierung des Kapitalismus inzwischen tatsächlich Lösungen sehen: "Für eine gerechte und umweltverträgliche Entwicklung sollte nicht auf die Weltrevolution gewartet werden", denn "die Zustände auf diesem Planeten" erlaubten uns nicht mehr, "auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur unverzüglichen Umsetzung von Überlebensstrategien zu verzichten," so P. Schepelmann, Vorsitzender der BUNDjugend, in seiner Replik auf die BUKO-Kritik an der Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland'.

Bei einer solch apokalyptischen Realitätsauffassung erscheint dann vielleicht auch eine Weltausstellung als Wundermittel zur Herstellung des beschworenen Konsens'.

Auf lokaler Ebene war vor allem zu beobachten, daß Gruppen, die die EXPO eigentlich ablehnten, ihren Widerstand aufgaben, wenn ihnen für die Umsetzung einzelner Projekte die entsprechenden Finanzmittel in Aussicht gestellt wurden. Beliebteste Rechtfertigung einer "kritischen" EXPO-Beteiligung war dabei: "Die EXPO ist nicht mehr zu verhindern - also machen wir das Beste draus".

Mitmachen und verlieren

Die EXPO-PlanerInnen können "Kritik" tatsächlich gut gebrauchen und fordern sie sogar ein: Was könnte ihre Strategie glaubwürdiger machen, als die Einbeziehung von KritikerInnen? "Vielleicht ist die eine oder andere 'alternative' Idee sogar verwertbar, in jedem Fall aber ungefährlich, solange an der gesellschaftlichen Entscheidungshierarchie nicht gerüttelt wird, letzlich also Kapitalinteressen bestimmen, was passiert", hieß es schon 1990 in einem Anti-EXPO-Flugblatt. "Kritische MitarbeiterInnen" tragen dazu bei, daß die Akzeptanz für profitable technokratische Scheinlösungen (eine der wesentlichen Funktionen der EXPO) erhöht wird, weil damit die gesamte EXPO an Glaubwürdigkeit gewinnt - und verhindern damit, daß sich die Lösungsvorschläge, die sie anstreben, gesellschaftlich durchsetzen können. Und je kritischer sie sich gebärden, desto besser für die EXPO-MacherInnen - nährt dies doch die Illusion, auf der Weltausstellung werde ganz pluralistisch um verschiedene Wege gerungen.

Daher wird "kritische Mitarbeit" die EXPO nicht besser machen, sondern verschleiert nur die dahinter stehenden Kapitalinteressen und erschwert es, auf Widersprüche und vernichtenden Auswirkungen des bestehenden Systems hinzuweisen. Wer den EXPO-StrategInnen die Kreide reicht, die diese nur zu gerne fressen werden, verschafft ihnen die Tarnung, die sie brauchen. Das Feld der Auseinandersetzung mit den Zukunftsentwürfen der EXPO-MacherInnen kann nicht im Rahmen der EXPO liegen.

Deshalb sollten auch alle Mitglieder von Organisationen, die Anstalten machen, sich bei der EXPO einzuklinken, ihrer Funktionärsebene auf die Füße treten.

Perspektiven?

Für uns kann die einzige Position nur die grundsätzliche Ablehnung der Weltausstellung sein, was sich in unserem Ziel "EXPO verhindern" ausdrückt. Daran halten wir weiterhin fest, obwohl die Chance auf die Absage der Weltausstellung momentan eher unrealistisch ist - dafür spricht nicht nur die derzeitige Schwäche des Widerstandes gegen die EXPO, sondern auch dessen lokale Zentriertheit. Grund für unsere Position ist nicht der Glaube, eine Welt ohne die EXPO 2000 wäre wieder schön und wahr und gut. Auch ohne EXPO werden sich die Staaten und Großkonzerne des Nordens zu globalen Weltenrettern aufspielen, auch ohne EXPO wird die Welt auf Zukunfts- und Leidensfähigkeit getrimmt werden.

Für uns bedeutet Widerstand gegen die EXPO mehr als Widerstand gegen ein einmaliges fünfmonatiges Großereignis in Hannover, nämlich den Versuch, das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen. Umgekehrt meinen wir aber auch, daß die EXPO für alle, die gegen die herrschenden Zustände kämpfen, einen Ansatzpunkt für ihren Widerstand darstellen kann. Weil die EXPO sämtliche Bereiche von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Entwicklung, Umwelt, Technologie, Herrschen/Gehorchen und Zukunft thematisieren soll, eröffnet diese Veranstaltung als Kristallisationspunkt im Gegenzug die Chance, die verschiedenen Themenschwerpunkte der systemkritischen Kräfte, zu denen diese ohnehin arbeiten, zusammenlaufen zu lassen, um so der geplanten Zwangsbeglückung der Welt entgegenzuwirken. Die Bündelung unserer Kritik böte die Gelegenheit, gemeinsam gegen Patriarchat, Rassismus, Ausbeutung, Technologiehörigkeit usw. vorzugehen und den Herrschenden klar zu machen, daß sie ihre Pläne nicht ungestört umsetzen können.

Wie dies geschehen könnte, können und wollen wir nicht allein in Hannover entwickeln, zumal wir nicht wissen, ob über Hannover hinaus Gruppen Bezüge zwischen ihrer Arbeit und der geplanten Weltausstellung herstellen können. Vielleicht ist es uns mit diesem Artikel gelungen, diese Auseinandersetzung in unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen und Publikationen anzuregen. An entsprechenden Ergebnissen wären wir sehr interessiert. Selbstverständlich können bei uns weitere Infos zum Thema EXPO 2000 angefordert werden.

Die Anti-EXPO-AG

...besteht seit 1990 und arbeitet seitdem gegen die geplante Weltausstellung in Hannover. Regionale Umstrukturierung durch derartige Großprojekte und ihre ideologische Funktion standen und stehen dabei im Mittelpunkt.

Kontakt: Anti-EXPO-AG, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Telefon: 0511/762-5063, Fax: 0511/717441, Treff: jeden Freitag, 17.00 Uhr

NEUERSCHEINUNG

Die neue Militarisierung

Deutschland schießt sich wieder ein

Längst geht es nicht mehr um das ob, sondern nur noch um das wie. Über militärische Auslandseinsätze des deutschen Militärs, sogenannte out-of-area-Einsätze, wird in einem breiten parlamentarischen Konsens von CSU bis Grüne/Bündnis 90 nur noch en Detail diskutiert. Eine grundsätzliche Infragestellung deutscher Soldaten außerhalb der Bundesrepublik findet nicht mehr statt, geschweige denn des Militärs überhaupt. Daß die Zahl der Kriegsdienstverweigerer nach GG º 4, Abs. 3 in gleichem Maße wie die Zahl der Auslandseinsatzbefürworter in Deutschland steigt, ist nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn in den letzten neun Jahren hat ein rasanter Paradigmenwechsel in der BRD stattgefunden, vielleicht der gravierendste in der 50jährigen Geschichte, noch einschneidender, als die erste Militarisierung in den späten 50er Jahren. Denn darum geht es: Die Re-Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft. Sie hat sich auf die "sanfte" Tour herangeschlichen, und das macht sie gefährlich.



Fotos: Herby Sachs/Version

Um Mißverständnissen vorzubeugen - de-militarisiert war die bundesdeutsche Nachkriegsrepublik nie. Erinnern wir uns: Die BRD war nicht nur formal der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Neben einer Vielzahl von Gesetzen wurden auch das Wehrrecht und seine Folgen stark an die Traditionen des kaiserlichen Heeres und der späteren Wehrmacht angelehnt. Die Bundeswehr wurde zum überwiegenden Teil nicht nur von Mitgliedern der den Nationalsozialisten ergebenen Wehrmacht wieder aufgebaut, sie beruft sich auch heute noch auf diese Vergangenheit. Die Legende von der "sauberen Wehrmacht", ohne Scham von vielen Politikern aufrechterhalten, fußt auf der Vernebelung der Tatsachen als Folge dieser Verzahnung. Den Opfern der Militärjustiz - 30.000 sogenannte Deserteure und Wehrkraftzersetzer wurde von 1939-1945 zum Tode verurteilt, 10.000 tatsächlich ermordet - wird deshalb auch heute noch keine Rehabilitation gewährt, obwohl schon ein simpler statistischer Vergleich die These einer "normalen" Militärjustiz widerlegt: Bei den Westallierten wurden im gleichen Zeitraum insgesamt nicht mehr als zehn (!) Todesurteile ausgesprochen und nach dem derzeitigen Forschungsstand nur zwei vollstreckt.

Mit Einführung der Bundeswehr und der Wehrplicht wurde zugleich auch der zivilmilitärische Bereich wiederbelebt. Sicherstellungsgesetze für den Ernstfall, die Unterordnung der Verwaltungen unter das Primat des Militärs und die Werbung für den "Beruf: Soldat" in den Schulen. Gleichzeitig wurde der militärisch-industrielle Komplex wieder aufgebaut. Mittlerweile zählt die Bundesrepublik zu den drei größten Rüstungsexporteuren weltweit. Ob U-Boote ans zu diesem Zeitpunkt noch rassistische Südafrika, Panzer und Munition in die Schein-Demokratie Türkei, oder Kriegsschiffe an die Junta Indonesiens - kein Geschäftspartner ist zu schmutzig, um mit ihm Geschäfte zu machen. Wobei es letztlich ohnehin nur einen graduellen Unterschied macht, ob die Waffen an einen totalitären oder demokratischen Staat verkauft werden.

Doch es gab auch die andere Seite. Mag der Begriff "Friedensbewegung" auch heute desavouiert sein - es hat, zumindest ansatzweise, eine Form des

der Gesellschaft

Matthias Kittmann



keine Rede sein. Kriegsdienstverweigerer waren nicht selten 20-Monats-Antimilitaristen, nämlich während der Zeit ihres Zivildienstes, und Pazifismus war zwar in aller Munde, aber selten mehr, als jugendbündlerische Sozialromantik. So zerbröselten die einstmaligen Friedensmassen in Windeseile und die hedonistischen Hobby-Protestler wagten höchstens noch mal ein Ostermärschchen oder einen Wochenendbesuch in Gorleben. Die Auflösung der Ost-West-Konfrontation nahmen die meisten selbstzufrieden nach dem Motto "Na, bitte, wir haben es geschafft" zur Kenntnis, um sich "wichtigeren" Dingen zuzuwenden. Daß schon vor dem Ende des Kalten Krieges in der Bundesrepublik die Re-Militarisierung eingeläutet wurde, hatte schon keiner mehr mitbekommen. Jetzt fordern die Grünen Blauhelm-Einsätze, weil sie mal kurz auf eine Stippvisite in Bosnien eingeflogen sind, und nun fragt sich jeder, der noch nicht selbst ins "Frieden schaffen mit unseren Waffen"-Lager übergewechselt ist, bestürzt: Wie konnte das passieren?

Abschied von der zivilen Außenpolitik - ein Tabu wird gebrochen

Während die SPD noch hastig versuchte, Ballast abzuwerfen, um CDU-kompatibel zu werden, fuhr die Regierungskoalition schon längst auf anderen Gleisen. Scheinbar wurde die innenpolitische Sicherheitsdebatte erst während des Golfkrieges angezettelt. Doch die Zäsur in der bundesdeutschen Geschichte fand schon 1987 statt. Damals machte sich das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) die ersten ernsthaften Gedanken darüber, wie man neue Aufgabenfelder für die legitimationsgeschwächte Bundeswehr finden könne,

Gegen-Militär-Protestes gegeben. Der frühe Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung, den Nato-Doppelbeschluß mit der Anti-Atomraketen-Bewegung 1981-83, Boykott und Behinderung der sogenannten Wintex-Cimex-Manöver, der großen, alle zwei Jahre stattfindenden zivil-militärischen Übung auf dem Territorium der Bundesrepublik. Kriegsdienstverweigerung wurde in den 70er und 80er Jahren von vielen als politisches Statement aufgefaßt - die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) gründete sich 1971 z.B. nicht als gewerkschaftsähnliche Organisation, sondern als antimilitaristische Gruppe - und Bundeswehrablehnung galt in weiten Teilen des Bildungsbürgertums als zeitgemäß. Gewaltfreie Konfliktlösungsmodelle wurden von einer nicht zu kleinen Minderheit diskutiert. Doch schon die unter dem Begriff "Friedensbewegung" subsumierten Gruppen waren nie eine homogene Masse. Und von durchdachter antimilitaristischer Arbeit konnte auch

ohne sich in der verfassungsrechtlichen Zwangsjacke zu verheddern. Unmittelbar zuvor hatten die USA am Persischen Golf militärisch interveniert. Im Gefolge dieser Intervention kam es zu einer gemeinsamen militärischen Aktion (Minenräumung) europäischer Nato-Staaten in derselben Region, die aber politisch von der Westeuropäischen Union (WEU) koordiniert wurde. Zuvor hatte die US-Regierung die BRD aufgefordert, sich an dieser Aktion zu beteiligen, aber die Bunderegierung mußte

mit Hinweis auf das Grundgesetz (kein Bundeswehr-Einsatz außerhalb des Bündnisgebietes) "leider" abwinken. Obwohl der ausgeübte Druck nicht massiv war, nahmen CDU/CSU-Politiker die US-Forderung zum Anlaß, eine erste Debatte zum Einsatz der Bundeswehr loszutreten.

Damit war ein schon fast einmaliger Basiskonsens aufgebrochen, der seit der Gründung der BRD unabhängig von jedweder Regierung von der überwältigenden Mehrheit der Parteien, der organisierten gesellschaftlichen Gruppen und der Bevölkerung getragen wurde. Inhalt dieses Konsenses war der Verzicht auf eine (direkte) Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Interventionen außerhalb des Nato-Vertragsgebietes. Ein Tabu war gebrochen, und die Abkehr von der bisherigen "zivilen" außenpolitischen Tradition dieses Staates beschleunigte sich rapide.

Der Souveränitäts-Komplex

Ein Konsens zerfällt nicht ohne Grund. Nach 1987 mußten die europäischen Nato-Partner und insbesondere die Bundesrepublik zähneknirschend hinnehmen, daß mit dem zwischen den beiden Weltmächten geschlossenen Abrüstungsvertrag die USA sich entschlossen zeigte, zentrale Sicherheitsfragen faktisch unter Ausschluß ihrer Verbündeten zu verhandeln. Die militärisch kastrierte Bundesrepublik reagierte darauf mit hektischer Aktivität. Die "europäische Sicherheitsplattform" WEU von 1987 war der deutlichste Indikator für den Umbruch. Nach der konservativen Logik ist die westeuropäische Option die einzige realistische Handlungsmöglichkeit, der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA zu entkommen und die eigenen Handlungsspielräume zwecks stärkerer Interessensbehauptung zu vergrößern. Dies gilt erst recht nach dem europäischen "Desaster" im ehemaligen Jugoslawien.

Durch die Wiedervereinigung ist ein zweiter, mindestens genauso wichtiger Aspekt ins Blickfeld gerückt, der im traditionellen Staatsverständnis einen ganz entscheidenden Platz einnimmt: Die volle und damit auch militärische Souveränität. Politker von CDU/CSU/FDP/SPD hatten immer daran zu kauen, daß eine scheinbare, internationale Statusdiskrepanz zwischen einer ökonomischen Weltmacht und einem sicherheitspolitschen Zwerg BRD bestand. Dabei hatte die Bundesrepublik, wenn man ihre Stellung im internationalen System betrachtet, ganz offensichtlich keine gravierenden Nachteile politischer und ökonomischer Natur hinnehmen müssen. Diese Tatsache und ein gewisses Desinteresse an theoretischen Überlegungen zur Staatspolitik, hat die deutsche Linke dazu veranlaßt, die Sehnsucht nach Souveränität zu bespötteln und demzufolge gehörig zu unterschätzen. Natürlich ist diese Sehnsucht keine Gefühlsangelegenheit, sondern das handfeste Interesse, nach Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die internationale Politk zu suchen.

Eine unmittelbare machtpolitische "Inwertsetzung" des konventionellen Militärpotentials der BRD war nach konservativer Ansicht vor allem im Handlungsbereich "out of area" am günstigsten. Allein die ablehnende Einstellung der öffentlichen Meinung verzögerte damals noch die Herausbildung eines neuen, diesmal konservativ diktierten Minimalkonsenses. Dabei hatte schon 1988 die SPD - noch vor der FDP - ihre einheitlich ablehnende Position aufgegeben. Doch die Regierungskoalition war schon zwei Schritte weiter. Mit Grauzonen-Einsätzen wie 1989 Bundesgrenzschutz in Namibia, 1991 Minenräumverbänden im Persischen Golf, 1992 Transportunterstützung für UN-Inspektoren im Irak und im gleichen Jahr Sanitätssoldaten in Kambodscha wurden faktisch Präzendenzfälle für die spätere, zustimmende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes geschaffen.

Parallel dazu ist ein Bündnisgeflecht entstanden, auf das die Bundesregierung je nach Bedarf zurückgreifen kann, ohne sich ins internationale Aus zu begeben. Dabei ist das scheinbar verwirrende Nebeneinander von UNO, Nato und WEU für die Pläne der Regierungsparteien ideal. Jedes dieser drei Bündnisse hat seine Vor- und Nachteile, die besonders von der Bundesrepublik hervorragend gegeneinander ausgespielt werden können, frei nach dem Motto: out of area ist out - wir sind immer "within". Die UNO hat den Blauhelm-Bonus, aber den Nachteil, einstimmige Beschlüsse zu benötigen. Die Nato hat durch ihr Angebot an die OSZE, ihre Soldaten zu vermieten, ihr Vertragsgebiet deutlich erweitern können. Damit wäre die BRD sogar im Rahmen des Grundgesetzes immer "in the area". Nachteil ist die anglo-amerikanische Interessensbindung der Nato. Attraktiver ist da die WEU, weil ohne amerikanische Kontrolle und Kommandoebene, auch unsichere Kantonisten wie Briten und Dänen bleiben außen vor. Der Nachteil: Ihr fehlt derzeit noch die praktische Operationsfähigkeit. Allerdings ist mit dem deutsch-französischen Euro-Corp ein wichtiger Anfang gemacht.

Das Phantom der weltpolitischen Verantwortung

Nun mußten sich die Verantwortlichen Politiker darüber Gedanken machen, wie die Bürger auf die neue Militarisierung eingestimmt werden sollten. Spezialist für solche Überlegungen ist Militärminister Volker Rühe: "... wir müssen Schritt für Schritt vorgehen. Es geht auch nicht darum, die Soldaten, sondern die ganze Gesellschaft auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten. Bei Blauhelm-Einsätzen ist das schon gelungen: Zwei Drittel der Bevölkerung stimmen zu." Dazu präsentieren die Interventionsexperten eine Sprachregelung, die sich sozusagen an das Gewissen des Einzelnen richtet: Deutschland müsse sich der "weltpolitischen Verantwortung" stellen, heißt es genauso harmlos wie nebulös - oder aber die Bundeswehr müsse mittun, um "europafähig" zu bleiben. Natürlich ist das alles nichts, was von irgendjemand eingefordert werden könnte. Zum einen gibt es dafür keine Definition, zum anderen würde eine solche Forderung ja gerade die so wichtig erachtete Souveränität angreifen. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Phantombegriffen um den typischen Fall einer sich selbst erfüllenden Prophezeihung.

Für die Bevölkerung verdeckt die Chiffre "Verantwortung" die Interessen und Motive der politischen Akteure. Während im Kalten Krieg die Gesellschaft auf einen Feind eingeschworen wurde, werden nun Partikularinteressen gleichsam wie Mosaiksteinchen in den Gesamtkomplex der Bedrohung eingereiht. Ob Christentum versus Islam, einseitige Abhängigkeit von der Rohstoffversorgung, Sicherung gesell-



schaftlicher Werte, Sicherung der Ver- und Entsorgung der Wohlstandsgesellschaft - diese Gegnerschaften geben die Schablone für die Argumentation ab. Daß Verantwortung aus Gegnerschaft abgeleitet wird, ist eine zynische Verdrehung des Wortsinns. Doch so peinlich die Bundeswehr-PR-Kampagnen mit "Ja, helfen" und ähnlichem für die meisten wirkten, sie haben in Kombination mit ständigen politisch positiv besetzten Begriffen wie "Peacekeeping" und "Peaceforcing" ihre Wirkung nicht verfehlt. Angesichts der täglichen Grauensbilder aus Bosnien, Zaire oder anderswo hinterfragt kaum jemand noch die wirklichen Ursachen, sonst würde sich schnell herausstellen, daß bei den "Friedensmissionen" der Bock auch der Gärtner sein soll. Um auch den letzten Ökopax einzufangen, geistert neuerdings der Begriff der "Grünhelme" durch die Debatten. Die Bundeswehr nicht nur als größtes Feuchtbiotop, sondern auch als Retter des Regenwalds - quasi der militärische Arm von Greenpeace.

Gegenstrategien

Der Antimilitarismus ist nicht tot, auch wenn Politiker immer höhnisch fragen, was denn die Friedensbewegung in Sachen Jugoslawien unternommen hat. Viele Menschen und Gruppen in der Bundesrepublik leisten gute und effektive Arbeit mit einem Bruchteil der Kosten, die die Bundeswehr bei ihren außenpolitischen Amok-Ausflügen verschlingt. Das "Komitee für Grundrechte" um Klaus und Hanne Vack aus dem Odenwald etwa, haben seit Herbst 1991 bis zum Oktober diesen Jahres für 12,8 Millionen Mark humanitäre, friedenspolitische und menschenrechtliche Hilfe im ehemaligen Jugoslawien geleistet. Grundlagenarbeit also, die eigentlich von den so "verantwortungsvollen" Regierungen hätte erbracht werden müssen, würden sie das, was sie behaupten, ernst meinen. Doch der Haushaltsposten für Entwicklungshilfe, so fragwürdig sie auch manchmal sein mag, ist gerade in diesem Jahr wieder gekürzt worden. Auch das Offenbacher Deserteurs-Netzwerk "Connection" hat vielen tausend Kriegsdienstflüchtlingen des Balkankrieges die Unterstützung gegeben, wie sie ihnen von den deutschen Behörden nicht zuteil wurde. Oder die "Kampagne gegen Rüstungsexporte" in Idstein, oder die "Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär und, und, und. Sie alle leisten konkrete, antimilitaristische Arbeit. Aber es gibt nicht das Patentrezept, die große Vision. Sich der Militarisierung entgegenstellen, ist eine langwierige und manchmal auch langweilige Angelegenheit. Rekrutengelöbnisse be- und verhindern, sich Diskussionen mit Jugendoffizieren der Bundeswehr stellen, sich mit einem Rüstungssteuerboykott mit den Behörden rumschlagen, militärische Selbstdarstellung auf Messen und Ausstellungen stören - das ist die Alltagsarbeit. Manchmal allerdings, kann sie auch Spaß machen, wie zum Beispiel beim Berliner "Amoklauf" am 3. Oktober diesen Jahres: "Das Volk lacht das Militär aus." Militarismus wird da am besten getroffen, wo er bloßgestellt, lächerlich gemacht wird und seine Mechanismen aufgedeckt werden. Gegeninformation zu den Politikerlügen in den bürgerlichen Medien ist mühsam, aber wichtig, damit der wahre Sachverhalt nicht gänzlich verschüttet wird. Selbst der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

Matthias Kittmann (36), Historiker, arbeitet als freier Journalist. Politische Arbeit bei der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) und Redakteur des antimilitaristischen Magazins "tilt - Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär".

Neofaschismus in Ostdeutschland oder Kritik des realsozialistischen Antifaschismus



von Harry Waibel

Neofaschisten sind seit 1945 in beiden deutschen Staaten aktiv, doch während sie und ihre Aktivitäten in der BRD publizistisch beobachtet und beschrieben wurden, wurde ihre Existenz in der DDR tabuisiert. Seit der sogenannten Wende, und besonders seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, ist die Zahl und die Intensität rassistisch motivierter Angriffe auf Ausländer angestiegen, und dieser letztlich auf Vertreibung gerichtete Rassismus, hat eine Vielzahl von Toten und Verletzten gefordert. Als Historiker plädiere ich dafür, Erklärungen für die Ursachen nicht nur in den gegenwärtigen politischen und sozialen Verhältnissen zu suchen, sondern ebenso die historische Voraussetzung zu analysieren.

Die latente und manifeste Fremdenfeindlichkeit in den Vorstellungen vieler Deutscher in Ost und West muß als Ausdruck der anhaltenden Folgen des gesellschaftlich und staatlich nicht genügend verarbeiteten Hitler-Faschismus angesehen werden, und bildet eine kulturelle und geistige Grundlage der gegenwärtigen Situation in Deutschland. Zusammen mit den finanziellen und sozialpsychologischen Auswirkungen der politischen und ökonomischen Krisen, entwickeln sich Gefahren für die demokratische und soziale Verfassung Deutschlands. Generell sind die Antworten auf die Fragen nach Form und Inhalt der Abwehr neofaschistischer Gefahren, verbunden mit historischen Problemen im politisch-psychologischen Bereich, die zurückgehen auf das Trauma der Niederlage der bürgerlichen und proletarischen Kräfte gegen den Hitler-Faschismus. Die kollektiven und individuellen seelischen Erschütterungen, die aus dieser historischen Niederlage hervorgegangen sind, bestimmen die gegenwärtigen wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen mit dem Neofaschismus. Die mentalen und emotionalen Unsicherheiten über den Ausgang der antifaschistischen Anstrengungen sind, neben der faschistischen Gefahr an sich, das Hauptproblem für die notwendigen Auseinandersetzungen. Die Ursachenforschung und die Beschreibung des Charakters des Neofaschismus im vereinten Deutschland, ist auf die Analyse der Geschichte beider deutschen Staaten gerichtet, auf ihre gemeinsame historische Vergangenheit.

Ausgangspunkt des realsozialistischen Antifaschismus ist die Reduktion der Analyse der Ursachen des deutschen Faschismus allein auf den politisch-ökonomischen Sektor. Daraus resultiert die Verstaatlichung der Großindustriellen, der Großgrundbesitzer, der Bankiers und der Besitzer der Handelskonzerne. Das Ergebnis ist nicht die Befreiung der ostdeutschen Bevölkerung von faschistischen Überzeugungen, sondern die Konstituierung einer kleinbürgerlichen Gesellschaft, in der ex-Nazis funktionaler Bestandteil der dominierenden Elite wurden. Diese Entwicklung hat für das gesellschaftliche und individuelle Bewußtsein der Masse der Ostdeutschen tiefergehende Folgen. Die Führung der DDR stellte die Bevölkerung an die Seite der militärisch siegreichen UdSSR, und suggerierte, sie sei damit quasi Sieger und legitimer Erbe der deutschen Geschichte und Nation. In die daraus entstandene nationalistische und militärische Konzeption ist das antifaschistische Modell der DDR eingebettet. Die Grundlagen für Faschismus und Antisemitismus seien mit "Stumpf und Stiel" ausgerottet, so das Credo der verantwortlichen Funktionäre zu Beginn der DDR - und deshalb gibt es bis 1988 keine politischen oder wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum ostdeutschen Rechtsextremismus: "weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte". Tatsache ist, daß in der SBZ/DDR unzählige Hakenkreuze und SS-Runen an Wänden oder Gegenständen angebracht, Hitler, die SS und die Wehrmacht in Texten und Liedern verherrlicht, Ausländer, Juden, Homosexuelle und kommunistische Funktionäre von Rechtsextremisten verbal und physisch angegriffen und jüdische Friedhöfe geschändet wurden. Hakenkreuze, Hitlerverehrungen u.ä. sind a priori beleidigend und verletzen nicht nur diejenigen, die als Verfolgte unter dem faschistischen Terrorregime gelitten haben, sondern sie schänden auch das Andenken an die ermordeten Frauen, Kinder und Männer.

Die durch ostdeutsche Kinder und Jugendliche, sie stellen das Gros der Akteure, offenbarten faschistoiden Affinitäten, werden als politische Provokationen und oppositionelle Manifestationen gegen die staatliche und gesellschaftliche Totalität der DDR verstanden. Außerdem kamen mit diesen rechtsextremistischen Aktionen unverarbeitete faschistische Bewußtseinsinhalte zum Vorschein, die durch realsozialistische Zensur und Repression lediglich unterdrückt wurden. In der DDR gab es keine zugelassene neofaschistische Organisation oder Publikation, sieht man von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) ab, die als Sammelbecken für ehemalige nationalsozialistische Funktionäre und Soldaten vorgesehen war. Es ist wahr, Rechtsextremismus in der DDR, erreichte nie das qualitative und quantitative Niveau, daß nach 1989/90 erreicht wurde (Hoyerswerda, Rostock etc.) Die folgenden Fallbeispiele für Neofaschismus aus der Zeit vor 1989 verwei-

sen auf analoge Strukturen von Jugendlichen, bei ihrer Vorgehensweise, bei der Auswahl ihrer Opfer und für ihre ideologischen Affinitäten zum Nationalsozialismus. Bereits zu DDR Zeiten existierten neofaschistische Zentren, zum Beispiel um den Harz (Quedlinburg, Ballenstedt usw.), im Berliner Bezirk Lichtenberg, sowie in Dörfern und Städten entlang der Oder. Diese örtlichen bzw. regionalen Schwerpunkte bilden nach 1989/90 erste aktive Kerne und sind Ansatzpunkte für neofaschistische Organisierungen und Aktionen, unterstützt von aus der BRD zurückkehrenden ehemaligen Neofaschisten, die als Häftlinge freigekauft wurden (z.B. Hübner, Priem, Sonntag).

Die Bewußtseinsentwicklung von Jugendlichen, also auch von denjenigen die sich neofaschistisch gerieren, ist abhängig von Formen und Inhalten der historischen, ideologischen und politischen Sozialisationsbedingungen. Deshalb werfen neofaschistische Aktionen Fragen nach den Ursachen auf, die in der Geschichte von Staat und Gesellschaft selbst begründet sind.

Funktionäre der SED und FDJ registrierten in Archiven die einlaufenden Nachrichten über rechtsextreme Vorfälle unter Rubriken wie "Informationen über Feindtätigkeit" bzw. "Besondere Vorkommnisse" und archivierten sie als "geheim", "vertraulich" oder "Nur für den Dienstgebrauch". Im folgenden werden Fallbeispiele vorgestellt, die nicht nur verdeutlichen was geschehen ist, sie sollen auch aufzeigen wie die politische Führung und ihre Bürokratie damit umging. Eine breitere Darstellung mit weiteren Beispielen zum Rechtsextremismus in der DDR ist meiner Veröffentlichung zu entnehmen. Aus Gründen der Praktikabilität beschränke ich mich hier auf einige wenige prägnante Beispiele.

Im September 1959 bildeten fünf Schüler der Polytechnischen Oberschule (POS) in Beeskow, Bezirk Frankfurt/Oder eine "Bande", unter ihnen befanden sich auch Mitglieder der FDJ, wobei der Anführer die Gruppenmitglieder nach dem Vorbild der "SS behandelte". In einer Parteiversammlung, beim Pädagogischen Rat, in einer Aussprache mit den betroffenen Eltern und mit der örtlichen Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit wurde dieser Vorfall erörtert. Zehn Jugendliche wurden verhaftet und gegen dreizehn Personen wurden staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Deutsche Volkspolizei, Operativstab Berlin, beschlagnahmte in den durchsuchten Wohnungen eine Luftdruckpistole, ein Steinkatapult und drei Bleirohre, die als Schlagwerkstöcke zu verwenden waren, vierundzwanzig Bücher mit nationalsozialistischen Inhalten, darunter Hitlers "Mein Kampf", sowie andere kriegsverherrlichende Bücher und Schallplatten mit nationalsozialistischen Liedern.

Um die weitere Ausbreitung solcher Jugendgruppen zu unterbinden, entwickelte der Zentralrat der FDJ, ein Jahr später, ein Konzept zur strategischen Auseinandersetzung mit gewaltbereiten Jugendgruppen. Dabei wurden drei Bereiche genannt: Alle Fälle von "Rowdytum" und "Bandenbildung" sollten aufgelistet werden, alle festgestellten Personen sollten mit dem "Westen" in Verbindung gebracht werden und die subalternen Ebenen des Verbandes wurden aufgefordert, Vorschläge einzureichen, um dieses Problem zu minimieren. Die führenden Funktionäre in der Berliner Zentrale hatten bemerkt, daß verschiedene Bezirks-, Kreis- und Ortsleitungen der FDJ äußerst mangelhaft auf neofaschistische Ereignisse reagierten. Die Brisanz dieser Problematik wurde nicht ernst genommen, weil die unteren Leitungen davon ausgingen, diese Jugendlichen wären nur eine kleine, unbedeutende Minderheit und sie hätten nicht erkannt, daß der "Gegner" versuchte, mittels dieser Jugendlichen, "unser sozialistische System zu diffamieren und dagegen zu hetzen". Das Sekretariat der FDJ verwies mit Nachdruck auf die bereits eingeleitete Gründung von Ordnungsgruppen auf Bezirks- und Kreisebene, die speziell gegen "Jugendbanden" eingesetzt werden sollten. Als weitere Maßnahme zur Eindämmung der Aktivitäten dieser Jugendlichen sollte der Film "Du bist nicht allein", in Jugendklubs oder anderen Jugendeinrichtungen gezeigt werden. Nach den Filmvorführungen sollten mit den Jugendlichen diskutiert werden, um sie von ihrer Orientierung abzulösen. Das Sekretariat der FDJ unterbreitete der Generalstaatsanwaltschaft, der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, dem Ministerium für Volksbildung, sowie dem Ministerium des Innern den Vorschlag, Maßnahmen zu treffen, solche Erscheinungen schnell zu erkennen und eingegriffen zu können. Mit der Kennzeichnung "Rowdies", als offizielle Bezeichnung für neofaschistische Jugendliche, legte die FDJ-Zentrale eine Sprachregelung fest, die bis zum Ende der DDR aufrechterhalten wurde. Es ist kein Zufall, daß nach dem Bau des "antifaschistischen Schutzwalls", die politische Dimension jugendlicher Delinquenz, sprachlich verschleiert wurde. Bei den offiziellen Untersuchungen vor Ort ergaben sich besondere Geheimhaltungen, wenn rechtsextreme Jugendliche privilegierten Familien angehörten. Waren Väter oder Mütter bei der Volkspolizei, der Volksarmee oder Mitglieder der SED, dann wurden die Beschuldigten, in der Regel, aus juristischen und administrativen Verfahren ausgesondert. Nur die Jugendlichen wurden als profaschistisch erfaßt und verurteilt, die einem sozial schwachen Milieu zugehörten und/oder denen verwandtschaftliche Kontakte zum Westen "nachgewiesen" werden können.

Trotz der verschiedenen administrativen und repressiven Versuche, ist fünf Jahre später die Problematik der gewalttätigen Jugendgruppen weiter unaufgeklärt. In Heiligenstadt, Bezirk Erfurt, entwickelte sich Anfang 1965 eine "neofaschistische Situation", weshalb

gegen mehrere Jugendliche einer 10. Schulklasse Strafverfahren wegen "Staatsverleumdungen und anderer rowdyhafter Handlungen" eingeleitet wurden. Schüler verherrlichten in der Öffentlichkeit Hitler, sahen in der SS ein Vorbild und hielten den Überfall der nationalsozialistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion für gerechtfertigt. Gegenüber der Kreisschulinspektion erklärten einige Schüler, sie hätten im Staatsbürgerkundeunterricht, um gute Noten zu bekommen, stets die Meinung des Klassenlehrers geäußert. In Wirklichkeit dächten sie ganz anders und nur in den Pausen sprächen sie untereinander offen und ehrlich (z. B. über "Republikflucht"). Alle diese Jugendlichen hörten bzw. sahen "regelmäßig den westdeutschen Rundfunk oder das westdeutsche Fernsehen" und ihre Eltern unterstützen dieses Verhalten.

Beim nächsten Fall wurde nicht danach gefragt, ob die Jugendlichen, zusammen mit oder auch ohne ihre Eltern, Westmedien gesehen oder gehört hatten. Der Direktor der 17. Oberschule in Berlin-Lichtenberg, Ortsteil Biesdorf fand im November 1966 in den Unterlagen eines 16jährigen Schülers einer 10. Klasse, schriftlich festgelegte Satzungen einer neofaschistischen Gruppe, zu der drei weitere Schüler gehörten. Die Väter der Jugendlichen hatten privilegierte und hervorgehobene Berufe, wie Major der Nationalen Volksarmee, Major der Volkspolizei, Wissenschaftliche Mitarbeiter beim Magistrat von Groß-Berlin und ein Vater war Leiter einer Konsum-Gaststätte. Durch Ermittlungen wurde eine weitere Gruppe mit sechs Schülern entdeckt, die ebenfalls neofaschistische Texte erarbeitet hatte und die sich "Bund Deutscher Jugend (BDJ)" nannte. Mitglied des BDJ konnte nur sein, wer germanischen Ursprungs war, "Nichtarier" und Juden wurden nicht aufgenommen. Ihre Erkennungszeichen waren das germanische Runenkreuz und der Hitlergruß und ihre Vorbilder sahen sie in nationalsozialistischen Führern, mit deren Namen sie sich ansprachen. Ihr Ziel war die Errichtung eines faschistischen Staates, nach dem Vorbild des Nationalsozialismus. Die Klassenlehrerin hatte seit mehreren Monaten festgestellt, daß diese Schüler, bei der Behandlung von politischen Tagesfragen, eine ablehnende Haltung gegenüber der DDR äußerten. Auch hier sind die Väter Offiziere der Nationalen Volksarmee. Die Untersuchung zur Klärung dieser Vorfälle lag in den Händen der Kriminalpolizei Berlin-Lichtenberg, der Kreisdienststelle des Ministerium für Staatssicherheit und der Staatsanwaltschaft. Man kann davon ausgehen, daß diese Untersuchungen im Bezirk Lichtenberg keine weiteren Konsequenzen hatten.

Bereits in den 1960er Jahren begann in Berlin im Bezirk Lichtenberg, dem Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und traditionellem Wohngebiet für Angehörige des MfS, eine neofaschistische Vorfeldorganisierung. Diese Entwicklung führt über die 1980er Jahre, als Skinheads, Hooligans und andere jugendliche Neofaschisten sich zur "Lichtenberger Front" oder zur Bewegung 30. Januar" zusammenschlossen, bis in die Gegenwart.

Fremdenfeindliche Einstellungen und Aktionen zeigen Parallelitäten zu der im Westen beobachteten Xenophobie. Obwohl der Anteil der Fremden in der DDR nie größer war als ca. ein Prozent der deutschen Bevölkerung, ist der ihnen entgegengebrachte latente und manifeste Hass als schwerwiegend einzustufen. Die Hälfte der ca. 170.000 Ausländer in der DDR, ohne die Angehörigen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte, kamen über zwischenstaatliche Vereinbarungen ab den 1960er Jahren als Arbeitskräfte aus Lateinamerika, Afrika, Asien und den benachbarten Staaten wie der VR Polen oder der VR Ungarn. Die übliche Aufenthaltszeit lag zwischen zwei und fünf Jahren, und erschwerte strukturell die gesellschaftliche Integration. Eine weitere Erschwernis war ihre Isolierung in speziellen Unterkünften, wo sie kaserniert, in beengten Räumen und ohne familiäre Bindungen leben mußten. Frauen waren besonderen staatlichen Diskriminierungen ausgesetzt - nach Feststellung einer Schwangerschaft werden sie rigoros in ihr Heimatland abgeschoben. Die Struktur der Übergriffen auf Fremde zeigt eine quantitative und qualitative Präferenz von antipolnischen Einstellungen sowie rassistische oder sexistische Potentiale bei Aggressionen auf dunkelhäutige Fremde aus arabischen oder afrikanischen Ländern. Auch hier, wie beim Neofaschismus, ist die xenophobische Struktur bis in die Gegenwart zu ziehen, bei der ebenfalls dunkelhäutige Fremde rassistisch motivierten Angriffen ausgesetzt sind.

Stereotypische fremdenfeindliche Argumente bezogen sich immer wieder darauf, daß es deshalb zu wenig Wohnraum oder Konsumartikel gegeben habe, weil polnische, ungarische oder vietnamesische Vertragsarbeiter im Land seien. Besonders entlang der Grenze (Frankfurt/O., Cottbus usw.) zwischen der DDR und der VR Polen, sind über längere Zeiträume antipolnische Einstellungen feststellbar. Der folgende fremdenfeindliche Fall dokumentiert die sublime Komplizenschaft von ostdeutscher Politik, Justiz und Pädagogik bei der Behandlung eines fremdenfeindlichen Vorfalls mit antipolnischen Motiven.

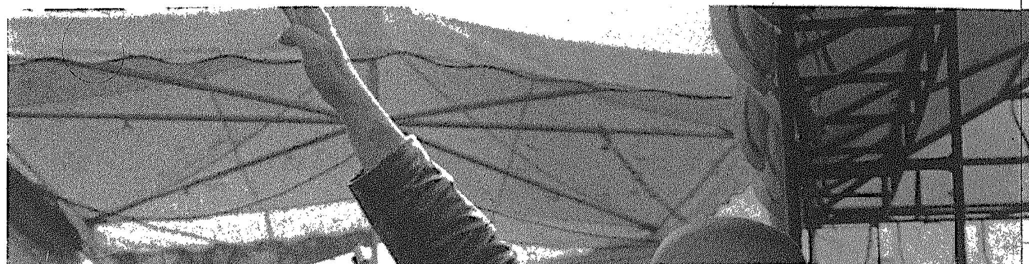
Im Dezember 1972 verhandelte das Stadtbezirksgericht Berlin-Weißensee über einen fremdenfeindlichen Vorfall. Fünf Jugendliche, zwischen 14 und 16 Jahren, vier sind Mitglieder der FDJ, wurden wegen "Rowdytum" angeklagt. Hinter diesem Begriff verbergen sich verbale und physische Attacken auf ihre Mitschülerin Eva. Seit September war sie neu in der 9. Klasse der 3. Oberschule Berlin-Weißensee, und seit dem Anfertigen von Lebensläufen wußten die Mitschüler von Evas polnischer Staatsbürgerschaft. Sie wurde als "Pollacke", "Pollacken-Girl" und "Pollacken-Eva" beschimpft, mit Hartgummiteilen beworfen, auf den Kopf und ins Gesicht geschlagen. Ein Mitschüler schlug Eva mehrmals ins Gesicht und riß ihr ein größeres Büschel Haare aus. Eva erstattete danach Anzeige bei der Deutschen Volkspolizei wegen Körperverletzung und diskriminierender Äußerungen. Die ersten Ermittlungen ergaben, daß die vielfältigen Angriffe eingebettet sind in weitere Gehässigkeiten und Aggressionen. Der Klassenleiter, die Fachlehrer und die Direktorin der Oberschule werden gerügt, weil sie diese fremdenfeindlichen Angriffe nicht rechtzeitig als "politischen Vorgang" erkannten. Als besonders schwerwiegend wurde angesehen, daß sich die Schüler dieser Klasse bereits ein Jahr zuvor, bei einem Besuch der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Sachsenhausen in Oranienburg, "unwürdig" verhalten hatten. Trotz der "umfassenden Auswertung" durch Lehrer und Funktionäre seien ungenügende Konsequenzen aus dem Vorfall gezogen worden. Bei den Vernehmungen stellt sich heraus, daß sämtliche männlichen Schüler die Angriffe auf Eva entweder unterstützten oder duldeten. Die Maß-

nahmen zur Klärung der Vorkommnisse werden vergleichsweise breit gefächert: Das Lehrerkollegium befaßt sich damit, Schüler der oberen Klassen und die Eltern erörterten die Vorfälle und nahmen eine Auswertung vor. Daraufhin wurden Wandzeitungen und Aushänge erstellt, auf denen die "Deutsch-Polnische Freundschaft" thematisiert wurde. Mittlerweile wurde dieses Problem auf eine höhere Ebene gebracht: Die SED-Kreisleitung Weißensee informierte die ihr übergeordnete SED-Bezirksleitung Berlin, bzw. deren 1. Sekretär und Mitglied des ZK der SED, Konrad Naumann über die fremdenfeindlichen Aktionen.

Die als "Undisziplinierte und Anführer" eingestuften Schüler R. und K. wurden aus der Klasse entfernt und an andere Schulen, mit "stabilen Klassenkollektiven", strafversetzt. Fünf Schüler kamen in Untersuchungshaft und erklärten den Vernehmern, sie fühlten sich im Recht, weil Polen in der DDR zu viele Waren einkauften, so für die "Versorgungsschwierigkeiten" verantwortlich wären. Diese Aussagen entsprechen einem weitverbreiteten fremdenfeindlichen, antipolnischen Stereotyp: die Schuld für die chronische Unterversorgung von Handelswaren und Konsumgütern wurde auf polnische bzw. ausländische Konsumenten projiziert.

Der Generalstaatsanwalt stellte nach Rücksprache mit der Abteilung Jugendkriminalität sowie der Abteilung Volksbildung beim Magistrat fest, andere fremdenfeindliche Vorkommnisse seien nicht bekannt. Er bestimmt zwei Vertreter seiner Abteilung Jugendkriminalität als Ankläger für das Verfahren und verlangte von ihnen, nur kurzfristige Haftstrafen zu beantragen. Am Vormittag des 14. Dezember 1972 erhielt er eine Information des MfS, wonach der Sachverhalt in dieser Strafsache anders gelagert sei, als bisher angenommen und, in Verbindung mit der politischen Situation in Berlin, eine andere gerichtliche Reaktion als vorgesehen notwendig sei. Daraufhin beantragt die Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft eine mildere Strafe für die Angeklagten (Freizeitarbeit bei der Müllabfuhr). In der Hauptverhandlung erklären alle Angeklagten übereinstimmend, sie seien keinesfalls wegen der polnischen Staatsbürgerschaft gegen ihre Mitschülerin vorgegangen. Die Beleidigungen seien unbedacht geäußert und wären als "Nekkereien" zu bezeichnen. Grundsätzlich hätten sie keinerlei Vorbehalte gegen Polen oder Bürger aus anderen befreundeten Ländern.

So werden die fremdenfeindlichen Vorgänge dann zu einer verfehlten Liebesgeschichte umgewandelt. Frank B. fühlte sich von Eva beleidigt, weil sie mit ihm nicht befreundet sein wollte. Die anderen Schüler hätten sich ebenfalls gekränkt gefühlt und ihm deshalb beigestanden. Weshalb die Angeklagten, entgegen ihren Aussagen in den polizeilichen Vernehmungen, bei denen sie ihren Handlungen antipolnische Motive unterlegen, im Gerichtssaal jegliche fremdenfeindliche Gesinnung verneinen, klärt die Hauptverhandlung nicht. Im Gerichtsurteil heißt es nur noch lapidar, die Angeklagten hätten Eva S. aus persönlichen Gründen angegriffen. Aus Mangel an Beweisen unterstellt das Gericht, Frank B., habe ohne Absicht die fremdenfeindlichen Handlungen begangen und habe sich zu Recht "gekränkt gefühlt", weil Eva seinem Wunsch nach Freundschaft nicht nachgekommen sei. Die Angeklagten hätten durch ihr Verhalten gezeigt, so das Urteil des Bezirksgerichtes Weißensee weiter, daß ihnen der wahre Inhalt von "Kameradschaft" noch nicht bekannt sei und daß sie nun allen Grund hätten, im Klassenverband für eine "ausgezeichnete Disziplin" zu sorgen. Sie hatten sich mit dem "unwürdigen Verhalten" des Angeklagten Frank B. solidarisiert und seien so zu einem "rowdyhaften Verhalten" verleitet worden - zukünftig sollten sie sich gegenseitig helfen, um ihre Zeugnisse zu verbessern. Die von der Anklagevertretung und der FDJ-Leitung geforderten Konsequenzen sollten dazu beitragen, ihnen den "wahren Inhalt sozialistischer Freundschaft" bewußt zu machen. Dies sei die Voraussetzung dafür, daß sie sich in Zukunft gegenseitig eher achten als beschimpfen würden.



Ein Bezirksschulinspektor der Abteilung Volksbildung des "Magistrats von Groß-Berlin" beschwerte sich schriftlich über die äußerst schleppende Verhandlungsführung des Gerichtes. Das Gericht habe nicht nur versäumt, die Jugendlichen mit ihren antipolnischen Aussagen aus der Voruntersuchung zu konfrontieren, sondern habe auch die Direktorin, die Lehrer und Vertreter des Klassenelternaktivs der Oberschule nicht angehört. Für den Schulinspektor sind die Erwachsenen und die gesamte FDJ-Gruppe, als Schuldige vor Gericht zu stellen.

Ab den 1960er Jahren kommen Afrikaner, z.B. aus Guinea, Ghana oder dem Kongo, als Arbeiter, zur Berufsausbildung oder als Studenten in die DDR und sind vielfältigen staatlichen und gesellschaftlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Ein Student aus dem Kongo beschwert sich 1961 über "faschistische bzw. rassistische" Behandlung von Afrikanern. In einem Schreiben an die SED-Bezirksleitung Leipzig berichtet er von feindseligen Einstellungen von Ostdeutschen gegenüber Ausländern. Er selbst wurde in mehrere rassistisch motivierte, körperliche Auseinandersetzungen verwickelt, und beobachtete mehrere solcher Auseinandersetzungen, über die die Presse und die Medien nicht berichteten. Arabische und afrikanische Studenten und Arbeiter in Universitäten, Fabriken und Städten Ostdeutschlands, sehen sich mit einer Vielzahl rassistisch motivierter physi-



scher Angriffe konfrontiert, die von einem institutionell abgesicherten rassistischen Diskurs begleitet werden, an dem Funktionäre aus politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen beteiligt waren.

In einem Jugendklub in Suhl ereignete sich Ende 1975 eine Schlägerei zwischen ostdeutschen Jugendlichen und ca. zwanzig jungen Algeriern, die zwei Schwerverletzte und neun Leichtverletzte zur Folge hatten. Volkspolizei und FDJ-Ordnungsgruppen beendeten die physischen Auseinandersetzungen; die Ermittler konnten die Ursachen für den Gewaltausbruch nicht finden. Ähnliche Zwischenfälle gibt es im August 1976 in Aschersleben, Bezirk Halle, an der Bergakademie Freiberg im Frühjahr 1978, an der Ingenieurhochschule in Zittau Anfang 1983 und in Berlin 1988.

Die fremdenfeindlichen Aktionen von ostdeutschen Jugendlichen nach der Wende, auch gegen westdeutsche Touristen auf Campingplätzen, belegen eine andauernde, manifeste und latente Bereitschaft zur fremdenfeindlich motivierten Gewaltanwendung. Mit dieser Variante antiwestdeutsch motivierter Xenophobie, ist insofern ein Tabu gebrochen, als auch Westdeutsche, Opfer fremdenfeindlicher Gewalt werden. Bei der Ursachenforschung ist davon auszugehen, daß erstens die politischen und sozialen Folgen der Wende von 1989/90 bei den "Verlierern" zu einer emotional unbestimmten, aber per se feindseligen Haltung gegen Westdeutsche führte. Zweitens ist die historische Ebene zu analysieren und reflektieren, da offizielle Stellen der DDR bis 1989, auf allen Ebenen, eine intensive und langanhaltende Propaganda des Hasses gegen Westdeutsche und Westdeutschland praktizierten. Für das Bewußtsein der Masse der Ostdeutschen bleibt diese über Jahrzehnte andauernde Indoktrination nicht ohne Folgen. Die Enttäuschung über das Ausbleiben der versprochenen "blühenden Landschaften" rückt in immer weitere Ferne, und jetzt, wo es dem oder der Letzten klar geworden ist, daß Ostdeutschland auf lange Zeit erheblich hinter dem Produktivitätsstandard Westdeutschlands zurückbleibt, kann der geschürte Haß sein Ziel finden.

Ähnliche historische Erblasten wie beim Autoritarismus und Nationalismus, übernahm die realsozialistische SED mit dem sogenannten Antizionismus, als der bestimmenden Leitlinie ostdeutscher Außenpolitik gegenüber Israel und den arabischen Staaten. Durch diese antiisraelische bzw. antizionistische Außenpolitik und ihre paternalistisch geprägten Politik gegenüber den Juden im eigenen Land, hat die Führung der SED gleichzeitig traditionelle antisemitische Bewußtseinsinhalte konserviert und mobilisiert. Mit ihrer antizionistischen Außenpolitik hat sie öffentliche Räume geschaffen, in die virulente antisemitische Vorurteile einfließen konnten. Dies unterstreicht die grundlegende These über eine sublime Komplizenschaft der ambivalenten antizionistischen Ideologie und Politik des Realsozialismus und der Ideologie und Politik von erklärten Antisemiten. Dieser antizionistischen Außenpolitik entsprach der in der Innenpolitik praktizierte sublimierte Antisemitismus gegenüber den noch wenigen hundert Juden, die offiziell registriert sind. Bei der Beurteilung muß von einem Antisemitismus ohne Juden ausgegangen werden. Ende der 1940er, Anfang der 1950er wurde die antisemitische Repression der stalinistischen Bürokratie so verstärkt, daß große Teile der ostdeutschen Juden fluchtartig die DDR verlassen. Bis zum Zusammenbruch der DDR können die wenigen verbliebenen Juden in den Gemeinden, unter der strikten Kontrolle von SED und Staatssicherheit, überleben und bleiben unbehelligt von weiterer brutaler staatlicher Unterdrükkung. Davon unbenommen sind eine Vielzahl antisemitischer Aversionen, Diskriminierungen und manifester Angriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen zu verzeichnen, die in der Regel verbunden sind mit profaschistischen Aussagen der Täter. Im Juli 1966 kommt es in Ballenstedt, Kreis Quedlinburg zu antisemitischen Ausschreitungen durch eine Gruppe von ca. zwanzig Jugendlichen. Sie grölen antisemitische Parolen wie "Juden raus", "Wir brauchen wieder Brennholz" und "Jude verrecke". Einige tragen nationalsozialistische Orden und zeigen den Hitler-Gruß. Unter den Antisemiten befinden sich FDJ-Mitglieder, Studenten aus dem Institut für Lehrerbildung und Lehrlinge aus mehreren Betrieben. Insgesamt werden acht Jugendliche inhaftiert und vom Kreisgericht wegen faschistischer Hetze, Notzucht und Landfriedensbruch verurteilt.

Anhand der Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gräber läßt sich Antisemitismus nachweisen: 1947 wird ein großer Teil des Friedhofes in Zittau zerstört, 1953 werden mehrere Gräber auf dem Friehof in Berlin (Schönhauser Allee) zerstört, 1971 werden Gräber in Berlin-Weißensee und die Synagoge in der Rykestraße geschändet, 1973 Schändungen der Friedhöfe in Dresden und in Bleicherode, 1974 wieder Zerstörungen in Zittau, 1975 in Potsdam und 1977 wieder in Dresden, 1978 wieder Schändungen von Gräbern in der Schönhauser Allee. Auch diese Liste läßt sich bis in die Gegenwart fortführen und ich verweise noch einmal auf die von mir behauptete These, einer neofaschistischen und antisemitischen Kontinuität in Deutschland.

Zur Aufklärung der Hintergründe und Ursachen wird es notwendig sein, die historischen, politischen, ideologischen Formen und Inhalte des realsozialistischen Antifaschismus zu hinterfragen, und im Anschluß an die weiter oben angeführten Beispiele ist zu fragen, wo latent oder manifest, in politischen, militärischen bzw. paramilitärischen Bereichen und in der Presse und den Medien, faschistische Potentiale existierten. In den Verwaltungen des Staates und in der Gesellschaft der DDR existierte ein virulentes autoritäres, nationalistisches und fremdenfeindliches Klima, daß durch entsprechende Maßnahmen der politischen Führung aufgeheizt wurde und hat dazu beigetragen, rechtsextreme Einstellungen zu konservieren. Der Mangel an demokratischen Alltagserfahrungen, bildete den Nährboden, auf dem eine Vielzahl von antihumanistisch und rassistisch motivierten Exzessen geschehen konnte. Nach 1989/90 eskalieren die neofaschistischen Potentiale, auf der Grundlage der bereits seit Jahrzehnten anhaltenden Übergriffe, in eine neue Dimension.

Eines der wichtigsten Aufgabenfelder für die Erforschung der Ursachen des Neofaschismus, ist die Analyse der Folgen der begrenzten und selektiven Verarbeitung des Hitlerfaschismus. Bis Anfang der 1950er Jahre wurden Tausende von Gerichtsverfahren abgehalten und es kam zu Haft- und Todesstrafen gegen faschistische Täter. Doch diese Verurteilungen täuschen über die Tatsache hinweg, daß ehemalige NS-Funktionären leitende Funktionen in Staat und Gesellschaft besetzten. So saßen in der am 16. November 1958 gewählten Volkskammer noch immer ca. 50 Ab-

geordnete, die ehemals Mitglieder der NSDAP bzw. hochrangige Funktionäre des NS-Staates waren. Auch unter den Mitgliedern der SED befanden sich im Herbst 1953, bis zu einem Viertel ehemalige Parteigänger der NSDAP. Sicherlich war eine nominelle Mitgliedschaft in einer faschistischen Organisation allein noch kein großes Verbrechen, die Frage bleibt, weshalb ehemalige NS-Funktionäre gerade in massenwirksamen Bereichen, wie den Medien, der Wissenschaft, der Politik und bei den bewaffneten Organen, tätig sein konnten.

Die konservative und reaktionäre Variante einer umfassend angelegten nationalistischen und vaterländischen, letztlich depolitisierend wirkenden, Indoktrination der Deutschen in der DDR, ist eine der wichtigen Bedingungen, unter denen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bewahrt und zugleich weiter entwickelt werden konnte. Hobsbawn beschreibt in seinem Werk "Das Zeitalter der Extreme", den Charakter der realsozialistischen Staaten folgendermaßen: "Das System schützte seine Bürger vor dem vollen Ansturm der sozialen Transformation im Westen, weil es sie größtenteils vom westlichen Kapitalismus isolierte. Welchem Wandel seine Bürger auch unterlagen: er war allein durch den Staat oder die Reaktionen der Bürger auf den Staat entstanden. Was der Staat nicht ändern wollte, das blieb auch im wesentlichen unverändert. Der staatliche Kommunismus war konservativ". Die ostdeutsche Bevölkerung sollte einerseits durch eine Erziehung zur "Liebe für Heimat und Vaterland" und andererseits zum "Haß auf die imperialistischen Feinde" an den autoritären Realsozialismus gebunden werden. Die konservative und reaktionäre Orientierung, der als Arbeiterpartei angetretenen SED, hat ihre Wurzeln in der Geschichte der deutschen Ar-beiterbewegung. Im Jahre 1914 setzte sich in der organisierten Arbeiterbewegung diese Orientierung durch, und die Reichstagsfraktion der SPD stimmte mit Mehrheit den Kriegskrediten der imperialistischen, kaiserlichen Reichsregierung zu. Bis dahin immer dem öffentlichen Verdacht ausgesetzt, Arbeiter und ihre Organisationen wären "vaterlandslose Gesellen", gingen die meisten Führer der deutschen Arbeiterbewegung konform mit den reaktionären und chauvinistischen Führungseliten des wilhelminischen Kaiserreiches. Ähnliches geschah bei der Niederschlagung der Arbeiter- und Soldaten-Revolution von 1918/19. Auch hier verbündeten sich die vaterländisch orientierten Arbeiterführer (Ebert, Noske u.a.) wieder mit den alten Führungseliten zur Niederschlagung der revoltierenden Arbeiter und Arbeiterinnen. Die sich aus diesem Konflikt abspaltende Linke gründete die KP, die sich, nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, während der Weimarer Republik und im klandestinen antifaschistischen Kampf, zu einer in Theorie und Praxis stalinistisch dominierten, also autoritären Organisation entwickelte. Diese stalinistische Struktur und Orientierung blieb inhaltlich und formal bestimmend bis zur Gründung der SED, deren Führung sich im wesentlichen aus dem Zusammenschluß der von Moskauer Exilanten geführten KP und dem östlichen Teil der Führung der SP zusammensetzte. Diese politische und organisatorische Konstellation, ganz abgesehen davon ob man sie nun als "zwangsvereinigt" oder nicht ansieht, folgte den tradierten autoritären Vorgaben und konstituierte unter sowjetischer Hegemonie, die Variante einer realsozialistischen, deutschen Nation.



Nach dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker zeigen sich mehr und mehr nationalistische und militaristische Zuspitzungen in politischen und ideologischen Bereichen. In Ferienspielen für Pioniere, also für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren, werden, zusammen mit militärischen bzw. paramilitärischen Einheiten (z. B. den "Kampfgruppen der Arbeiterklasse"), soldatische Tugenden eingeübt und nach historischen Vorbildern des antifaschistischen Widerstandskampfes wehrsportliche Aufgaben trainiert. Die Führung der DDR übernimmt die militärische Variante des sowjetischen Antifaschismus und wendet ihn zur Lösung der Probleme neofaschistischer Jugendlicher an, statt eigene antifaschistische Konzepte zu entwikkeln. Jugendliche werden in paramilitärisch ausgebildeten und geführten Ordnungsgruppen organisiert, und stellen einen Teil der polizeilich-militärischen Struktur der DDR dar: Sie sollen Disziplin und Ordnung in ihrer Generation durchsetzen. Eine der Hauptaufgaben der FDJ besteht darin, durch ideologische und militärische Ausrichtung und Ausbildung, Nachwuchs zur Verfügung zu stellen, um die aktuellen und strategischen Rektrutierungsprobleme der Deutschen Volkspolizei (DVP), der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Grenztruppen zu minimieren. Um diese Rekrutierung zu forcieren, wurde 1978 in den Oberschulen das Unterrichtsfach "Wehrunterricht" eingeführt. Die militärische Dimension ist hier deshalb erwähnenswert, weil ihre auf "Befehl und Gehorsam" aufgebaute Struktur, substantiellen Identitäten der Neofaschisten entspricht.



Eine weitere zentrale Ursache für rechtsextreme Entwicklungen sind autoritäre Restriktionen und Deformationen in der politischen Kultur. Besonders der autoritäre Sicherheitsstaat und seine auf Macht und Unterdrückung setzenden Kräfte, verhindern kritische Auseinandersetzungen. In der SBZ/DDR

gab es kaum ein kritisches Verhältnis von Wissenschaft und Politik, also von Theorie und Praxis, als Ausdruck eines kritischen Bewußtseins der Aufklärung. Elementarer Bestandteil dieser Aufklärung sind Vorstellungen über Demokratisierungsprozesse im Produktions- bzw. Reproduktionsbereich, um den Abbau von Herrschaft, ihrer Strukturen und Ideologien, also um Demokratisierungen der politischen und sozialen Organisationen und Strukturen. Solche Prozesse hätten nur gegen den Widerstand der gesellschaftlichen und staatlichen, auf Einhaltung ihrer Zentralmacht bedachten Autoritäten durchgesetzt werden können. Parteipolitisch domestizierte Wissenschaftler und pseudowissenschaftliche Parteipolitiker hatten außerhalb ihrer autoritären Grundeinsichten, keine Konzepte für die Aufhebung der bürokratisch und autoritär gesicherten Entfremdung ihrer Bevölkerung. Uneingeschränkte politische und wissenschaftliche Diskurse hätten zu einer gesellschaftlichen Lösung des Neofaschismus beitragen können, und staatliche Repression und Bespitzelung wären überflüssig geworden. So aber herrschte ein politisches Klima, in dem sich apolitisches Duckmäusertum und spätstalinistische Kommandoherrschaft gegenseitig beeinflußten. Rosa Luxemburg hat, in ihrem 1918 veröffentlichten Aufsatz "Zur russischen Revolution", beinahe prophetisch die gesellschaftlichen Auswirkungen des "diktatorischen Sozialismus" angemahnt: "Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker".

Als weitere zentrale Ursache sind die autoritären Strukturen zu nennen, sowie die daraus resultierenden Deformationen für der politischen Kultur und Bildung. Zum Einstieg in diese Analyse, die hier nur angerissen werden kann, läßt sich aussagen, daß die von Horkheimer und Adorno beschriebenen Auswirkungen einer fehlgeleiteten Aufklärung, die auch und gerade für die realsozialistische Theorie und Praxis des Antifaschismus konstatiert werden müssen, gültig sind. Zusammen mit der Verklärung der Taten der Frauen und Männer des antifaschistischen Kampfes, als subjektive Träger des Mythos, werden die antifaschistischen Konstruktionen de facto zur bestimmenden legitimatorischen Grundlage der Existenz der DDR. Rechtsextreme Einstellungen und Taten von Ostdeutschen weisen auf den Widerspruch, der zwischen dem umfassenden antifaschistischen Anspruch der SED-Führung und der spätstalinistischen Wirklichkeit im Staat und in der Gesellschaft bestand. Dieser Widerspruch sollte nicht sichtbar werden, und deshalb haben Funktionäre immer wieder darauf hingewiesen, daß Rechtsextreme entweder durch westliche "Infiltration" oder "Diversion" oder durch zerrüttete Familienverhältnisse dazu gebracht werden konnten, den deutschen Faschismus zu verehren, Fremde und Juden zu hassen. Der Begriff "Faschismus" wurde im Realsozialismus ökonomistisch gefüllt und politisch-propagandistisch eingesetzt (Dimitroff-These). Die Reduktion der Ursachenforschung, durch Ausschluß sozialphilosophischer und sozialpsychologischer Fragestellungen bezogen auf die Massenbasis des Hitler-Faschismus', wurde so zu einem ideologischen Hindernis für eine umfassende Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit und der Erforschung der daraus resultierenden wirkungsmächtigen Folgen. Mittels des Staatsapparates bestimmte die SED über die Produktivkräfte und sie sah darin den materialistisch begründeten Unterschied zu den Klassenverhältnissen in der BRD, die als Quelle für den Neonazismus festgeschrieben wurde. Der Prozeß der Faschisierung von Subjekten in der DDR war an die politischen und ideologischen Bedingungen des ostdeutschen Realsozialismus gebunden und verknüpft mit den historischen Determinanten der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der kommunistischen im besonderen.

Vgl. z. B.: Opitz, Reinhard: Faschismus und Neofaschismus, Bonn 1996; Kirfel, Martina/Walter Oswalt (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer, Wien - Zürich, 1991; Benz, Wolfgang (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1994; Antifaschistisches Autorenkollektiv: Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg 1996.

Waibel, Harry: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln 1996.

Ebd., S. 26f.

Ebd., S. 37.

Ebd., S. 39.

Ebd., S. 42f.

Hasselbach, Ingo/Winfried Bonengel: Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Berlin und Weimar, 1993.

Waibel, a.a.O., S. 143-147.

Ebd., S. 122f.

Ebd., S. 153-157.

Ebd., S. 74f.

Ebd., S. 71-94.

Wieland Günther: Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945 - 1990, in: Neue Justiz. Zeitschrift für Rechtsetzung und Rechtsanwendung 2/1991, S. 49 - 53; Werkentin Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, in: Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.): Forschungen zur DDR-Geschichte, Band 1, Berlin 1995, S. 170 und S. 406.

Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen (Hrsg.): Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten, Berlin, 1965; Erdmann, Karl Dietrich: Das Ende des Reiches und die Neubildung deutscher Staaten, in: Herbert Grundmann (Hrsg.): Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22, München, September 1980, S. 108; Cerny, Jochen (Hrsg.) u.a.: Wer war wer - DDR: ein biographisches Lexikon, September 1992; Herbst, Andreas/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (Hrsg.): So funktionierte die DDR, Bd. 3, Lexikon der Funktionäre, Reinbek 1994; Rößler, Ruth-Kristin (Hrsg.): Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945 - 1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994, S. 13 - 57.

Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin, 1995, S. 198f. Vgl. auch Otto, Wilfriede: Die "Waldheimer Prozesse" 1950. Historische, politische und juristische Aspekte im Spannungsfeld zwischen Antifaschismus und Stalinismus, in: Helmut Meier/Detlef Nakath/Peter Welker (Hrsg.): Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte, hefte zur ddr-geschichte 12, Berlin 1993, S. 5 - 27. Otto stellt für Ende der 1940er Jahre ca. 175 000 SED-Mitglieder als "ehemalige Offiziere, Oberfeldwebel, Feldwebel sowie Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen" fest, von denen 1951 erst ca. 16 000 ausgeschlossen waren; vgl. Rößler, a.a.O., S. 13 - 57.

Hobsbawn, Eric: Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S. 525.

Flechtheim, Ossip: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1976, S. 308; Kratz, Peter: Rechte Genossen. Neokonservatismus in der SPD, Berlin 1995, S. 89 - 118.

Nationale Front des demokratischen Deutschland. Informationsdienst 3 (1950) Nr. 14/15, S. 3, zit. Weber, Hermann: Geschichte der DDR, Mün-

Utopie

Interview mit Birgit Rommelspacher

Du bist das, was man eine 68erin nennt, du hast eine bestimmte politische Sozialisation, wie siehst Du das heute?

R.: Damals hatten wir ja größenwahnsinnige Vorstellungen. Wir dachten, die Revolution steht vor der Tür und am nächsten Tag sieht alles anders aus. Diese Idee von einem kompletten Umbruch hat etwas Totalitäres. Mit einem Häufchen Leute von heute auf morgen die komplette Veränderung der Gesellschaft zu bewerkstelligen, das hatte natürlich in erster Linie was Berauschendes, aber die Frage ist, woher der Rausch kommt. Es hat viel angeschoben und war sicher auch eine sinnvolle Geschichte, aber im Rückblick erscheint es mir illusionär und wie gesagt auch totalitär. Natürlich kann und muß ich Träume haben, wie es anders aussehen sollte, um überhaupt aus dem Denksystem in dem wir leben, herauszukommen, um mir Alternativen vorstellen zu können. Bloß wenn man das auf demokratische Weise machen will und die ganze Gesellschaft dahinterstehen soll, dann ist das mit diesen utopischen Träumen zu einfach. Dann muß man sich mehr Gedanken machen, und es ist auch sehr viel mühseliger und schwieriger. Weil wir uns fragen müssen: wie stark sind unsere Interessen, die Gesellschaft tatsächlich radikal zu verändern. Wieweit sind auch wir mit dieser Gesellschaft interessensmäßig verknüpft. Klar, ich mit meinem etablierten Status rede aus einer anderen Position als Ihr, die Ihr vielleicht weniger Interesse an der bestehenden Gesellschaft habt als ich. Trotzdem, glaube ich, daß man mit einer kritischen Einstellung zu dieser Gesellschaft sich diese Widersprüche, also wo man sie verändern will und wo man sie erhalten will,

ehrlicherweise genau anschauen sollte.

Das gilt auch für den Feminismus?

R.: Ja, wir müssen fragen, was bindet die Frauen an ihre Positionen.

In der ersten Zeit sind wir als Feministinnen davon ausgegangen, daß Frauen es ganz schrecklich finden, diskriminiert zu sein, und daß alle nichts lieber wünschen, als sich zu emanzipieren. Und das ist nicht der Fall. Es sind keineswegs alle Frauen Feministinnen, im Gegenteil, es ist ein minimaler Prozentsatz. Ich glaube, daß für Frauen auch die machtlose Position Vorteile hat, nämlich in der passiven Rolle die Verantwortung abgeben zu können. Sartre nennt das "die Abdankung der Transzendenz genießen". Nicht ständig planen, sich entwerfen müssen, sondern sich zurücklegen können und sagen: mach du. Also der Gewinn an der fremdbestimmten Position im Gegensatz zur selbstbestimmten ist die moralische Reinheit. Du kannst nicht schuldig werden. Ich denke, die neue Frauenbewegung führt mit dem Bild der Frau als schuldfreier, moralischer Instanz auch Züge der alten oder konservativen Frauenrolle fort. Damit kann den Männern vorgeworfen werden, was sie alles treiben, die Moral wird zum Gegenwert zur Macht, es ist eine Art Kompensation. Deswegen glaube ich, daß auch die Feministinnen ein bißchen an diesem Opferstatus hängen, weil sie damit ein Stück moralische Autorität bekommen. Dies halte ich aber für ausgesprochen fatal, weil sie sich selbst der Machtübernahme verweigern. Machtübernahme, das heißt verantwortlich sein. Wenn ich verantwortlich bin, kann ich bestimmen.

Wie können wir denn zur Verantwortung und zum Handeln kommen und uns gleichzeitig die Selbstreflexion erhalten, um nicht ins Illusionäre und Totalitäre zu fallen, wie Du das an der 68er Bewegung kritisiert hast? Um auf das eigene Handeln zu vertrauen, müssen wir uns unseren Eigensinn, unsere eigenen Sinne bewahren, das spricht zunächst ein Problem weiblicher Subjektbildung, weiblicher Ichfindung an.

R.: Ich würde schon vorher mit dem Eigensinn einsetzen, daß man auf die eigenen Sinne vertrauen soll, seine Perspektiven entwirft - da würde ich nachfragen wollen, was ist der Eigensinn, woher kommt er und was ist 'eigen'?

Du meinst, das Soziale ist immer schon da ...

R.: ... das ist genau das Problem. Das ist das Autonomieproblem: nämlich daß ich, indem ich mich selbstbestimme, auch wieder andere fremdbestimme und umgekehrt, indem ich mich selbstbestimme bin ich auch schon wieder durch andere bestimmt. Zum eigenen Handeln kommen wir dann.

Also ich denke ein Ansatz ist, sich den Anderen, den Angriffen, den Wahrnehmungen, den unterschiedlichen Perspektiven auszusetzen und damit eben auch die eigene Borniertheit, die eigene Begrenztheit und die Angst vor Machtverlust oder die Angst vor dem anderen wahrzunehmen, und natürlich auch die Angst davor, daß meine Sicht infrage gestellt werden könnte.

Warum sollten Leute das tun?

R.: Ein Beispiel: Als ich diese Untersuchung zum Thema Antisemitismus/Nationalsozialismus gemacht habe, fanden das alle Frauen, die wir angesprochen haben, wahnsinnig spannend. Aber, als es dann zur Befragung kam, waren sie erstmal stumm, da konnten sie erstmal nichts mit anfangen, oder sie sagten, wir sind viel zu jung, um uns schuldig zu fühlen. Ich gehe davon aus, daß da schon irgendein Motiv vorhanden ist, sich auseinanderzusetzen, irgendein Bedürfnis, sonst würden die Leute ja nicht bei diesen Fragen nach dem Deutschsein, dem Antisemitismus usw. plötzlich aufwachen und Kucken. Auch wenn sie dann gleich in die Abwehr gehen, ist da eine in sich eingeschlossene Widersprüchlichkeit zu spüren, ein durch die Verdrängung produziertes Unbehagen, Spannungen. Das alles ist für mich ein Ausdruck von Konflikten und Widersprüchen, die zu einer Lösung drängen. Und natürlich kann ich mein Leben lang verdrängen und abwehren, das ist gar keine Frage, aber offensichtlich gibt es auch diesen Gegenimpuls. Man könnte es mit dem alten Freud formulieren, alles Verdrängte wird wieder hochkommen. Allerdings ist das kein Naturgesetz, sondern das Verdrängte kehrt aufgrund der Konflikthaftigkeit wieder, die erlebt wird. Man wird abgeschnitten von Lebendigkeit, von Entwicklung und umgibt sich mit einem Panzer von Angst.

Und wie kommt man an diesen "Panzer" ran? Um solche Panzerungen aufzubrechen, muß es einen Leidensdruck für den Betroffenen geben.

R.: Ja, oder die Verweigerung der anderen mit denen, die ihre Panzer pflegen, gemeinsame Sache zu machen, also sich instrumentalisieren zu lassen. Durch die Frauenbewegung waren die Männer mit

gewissen Bedingungen konfrontiert, unter denen man mit ihnen kommuniziert oder mit ihnen zu tun hat, die Frauen ließen sich nicht mehr alles gefallen.

Die klassischen Utopien sind alle enorm steril

Aber es bedarf einer gewissen Macht oder Unabhängigkeit, um Beziehungen abzubrechen. Und es gibt immer noch Schwächere, die sich dann doch was gefallen lassen müssen.

R.: Damit kommen wir im Grunde genommen zur Anfangsfrage zurück. Das Tragische oder Bedauerliche ist, daß es eben diese absoluten Lösungen nicht gibt, daß, sobald wir eine Lösung haben, das nächste Problem schon wieder auftaucht. Darum geht es mir um einen Prozeß, den man mehr oder weniger menschlich gestalten kann, und in dem wir schon Verantwortung haben, ob es mehr in die eine Richtung geht oder in die andere. Aber dieser Anspruch, wir schaffen die absolut andere Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung, keine Unterdrückung von Frauen mehr gibt, undundund, das seh ich nicht mehr, vielleicht bin ich da auch zu alt, ich weiß es nicht. Es gibt ja eine Debatte um die Utopien und ihren totalitären Charakter. Die klassischen Utopien, sind alle enorm steril und unlebendig. Auch die feministischen Utopien, die sind alle sehr einheitlich. Sicher muß man soziale und politische Phantasien haben, um überhaupt außerhalb des Systems denken zu können, aber es muß gleichzeitig die Verbindung zum Hier und Jetzt gezogen werden können. Vielleicht ist es auch unsere christliche Prägung, daß wir in solchen Kategorien denken, also in Paradiesvorstellungen. Diese Ideen, daß alles aus einem wunderbaren Ursprung kommt und alles zu so einem wunderbaren Ziel hinführt, haben viel mit christlichem Denken zu tun, das auch in der linken Theorie noch fortlebt in der Vorstellung vom Urkommunismus oder in der feministischen Theorie, mit dem Matriarchat als wunderbarem Ursprung. Also ich denke, da muß man auch die eigene kulturelle Prägung sehen, ob die bei Utopievorstellungen unter Umständen eine Rolle spielt.

Was fehlt, ist eine griffige Theorie

Der Begriff einer pluralistischen Moral, den Du in Deinem Buch in dem Abschnitt über die Behindertenfeindlichkeit formulierst, scheint mir eine Utopie zu sein. Einerseits kann ich mir das umgesetzt eigentlich nicht vorstellen. Andererseits geht es um konkretes Aushandeln zwischen den politischen Forderungen der Frauen- und der Behindertenbewegung, anhand konkreter gesellschaftlicher Gegebenheiten und anhand der Bedürfnisse der Menschen, die betroffen sind. Also eine Utopie, die doch ausgeht von den jetzigen Gegebenheiten und auf dem Aushandeln beruht, nicht auf als absolut gesetzten Maßstäben.
Aber Verhandeln als Prinzip von Interessenausgleich funktioniert, wenn die Beteiligten aufeinander angewiesen sind in einem Beziehungsgeflecht. Und ich denke es gibt einerseits diese Verflechtung, die ja mit Stichwort Globalisierung angeblich den ganzen Erdball umspannt, aber es gibt andererseits, das beschreibst Du ja selbst, auch Tendenzen von Segregation, die es auch unmöglich machen, auf Machtverhältnisse einzuwirken. Und da würde ich schon die Frage stellen, reicht der Schritt in die Reflexion und Selbstaufklärung, reicht der weitergehende Schritt, zu versuchen, in Beziehungs- und Machtgeflechten die Bedingungen zu stellen und Vorteile für sich auszuhandeln? Ist es nicht nötig, Machtfragen zu stellen? Das ist für mich ein Bruch in Deiner Argumentation, die sich zwar stark den psychologischen Aspekten zuwendet, aber den Zusammenhang zur Politik und zum Gesellschaftlichen auch betont und herstellen möchte.

R.: Was fehlt, ist eine schlüssige und griffige Theorie, was die ökonomische Entwicklung und Perspektive angeht, um diese Tendenzen zu verstehen, die da mit den Stichworten Globalisierung und Neoliberalismus bezeichnet werden. Da sehe ich schon ein großes Defizit. Und ich finde, daß wir darunter zu leiden haben, daß wir den Zusammenbruch der linken Theorien noch nicht richtig verarbeitet und überhaupt noch nicht wieder Analysen und Perspektiven entwickelt haben. Das ökonomische Moment ist unbedingt notwendiger Bestandteil für die politische Analyse, also wie die ökonomischen Manchtverhältnisse verändert werden können und sollen. Ich habe zwar den Anspruch, aber darüber steht in meinem Buch nichts oder wenig. Das ist ein ganz zentraler fehlender Baustein und wenn wir den hätten, wenn wir in der Theorie da ein Stück weiter wären, dann könnte ich mir auch vorstellen, daß die Machtfrage, die psychologische und die ökonomische sich wieder stärker verflechten. Daß etwas Grundsätzliches fehlt, hat mehrere Gründe, einmal ist die westdeutsche Linke eben einfach an dem Punkt theoretisch nicht weit, da ist eben nichts Gescheites da, meiner Meinung nach. Der andere Punkt ist, daß die Theorien, die aus den sozialen Bewegungen entstanden sind, also Feminismus, Antirassismus primär aus den USA kommen. Und die haben ja traditionell eine große Schwäche, was Klassenanalysen anbetrifft. In den USA gibt's das ja kaum. Sie sagen zwar immer gender-race-class, das ist immer die Dreieinigkeit, gewissermaßen, aber über die Klasse kommt nichts, und das muß noch geleistet werden. Das ist ein Grund, warum die Frage nach der politischen Strategie so unbefriedigend ist.

Auch in dem einen auf die 'Klassenfrage' bezogenen Kapitel in der "Dominanzkultur", in dem es um die Sozialisation, das Lernen von Schichtenzugehörigkeit geht, schilderst Du die psychologischen Mechanismen, über die Menschen klassenspezifische Vereinnahmung und Ausgrenzung erfahren.

R.: Das Kapitel habe ich mit Christine Holzkamp gemacht, es ist aus einem Seminar über Rassismus entstanden, in dem wir die Teilnehmerinnen gefragt haben, wie sie Fremdheit in der Kindheit erlebt haben. Herausgekommen ist dann eine Frage der sozialen Schichten oder Klassen. Da waren wir völlig baff und haben gesagt, na gut, wenn das so ist, dann gehen wir dem nach. Kürzlich ist genau dasselbe passiert, wir hatten zu einem Seminar über Rassismus die Elaine Pinderhughes aus den USA in Berlin, da haben wieder auf die Frage, wie Fremdheit in der Kindheit erlebt worden ist, die allermeisten beschrieben, daß sie sich als soziale Schicht ausgegrenzt fühlten, oder eben als die

unterlegtes Foto: Hagen

Besseren. Pinderhughes war völlig überrascht und sagte, in den USA geht es meist um das Thema Rassismus, während hier offenbar die Klassenfrage prägend ist. Das heißt für mich, daß wir da weiter forschen und fragen müssen, für mich war das ein allererster Ansatz. Ich möchte auch gar nicht auf dem Psychologischen stehenbleiben, eben weil das ja mein Ansatz ist, auch zum Politischen weiterzukommen, aber an dem Punkt ist völlig klar, das war erstmal ein erstes Hinschauen.

Die Marxsche Theorie ist also für Dich von Bedeutung?

R.: Ja natürlich, die Bedeutung der Ökonomie zu verstehen, das hat ja für uns Achtundsechziger die ganze Wahrnehmung zurechtgerückt und uns die Gesellschaft in einem ganz anderen Licht sehen lassen, nur wie gesagt, diese totalitären Tendenzen darin...

Wo siehst Du Ansatzpunkte zu ihrer Weiterentwicklung, mit welchen Fragestellungen könntest Du an sie anknüpfen?

R.: Ich finde, so provozierend es auch immer wirkt, den anderen Gedanken wichtig, wieweit das Kapital auch egalisierende Funktion hat. Einerseits schafft das Kapital natürlich Hierarchien und spaltet die Leute in Ausgebeutete und Milliardäre, aber gleichzeitig entfaltet es trotzdem einen Mechanismus, der, Marx hat das ja dargelegt, die ganzen sozialen Verhältnisse durcheinanderwirft. Und eben dieser Punkt, wenn wir jetzt an die Frauenfrage denken, daß dadurch die Frau als Arbeitskraft interessant wurde, sie im Prinzip zumindest einen Gleichheitsanspruch auch auf der politischen Ebene formulieren konnte. Ich denke, daß diese Gleichheitsidee damit zusammenhängt, daß das Wirtschaftssystem die ständischen Gliederungen durchbrechen mußte und damit auch alle möglichen Leute den Anspruch an Gleichheit formulieren können. Aber wie gesagt, das Kapital schafft gleichzeitig wahnsinnige Ungleichheit. An diesem Punkt würde ich weiterdenken. Nicht nur an dieser einen These, wie es Ungleichheit hervorruft, sondern auch wo diese sich auch wieder aufhebt.

Noch so ein unglaublicher Widerspruch in der Marxschen Theorie, der auch weiterzudenken wäre, ist, daß einerseits die Arbeit als die Fron und die Sklaverei und die Ketten begriffen wird und andererseits die Arbeit als Wert die Basis jeder Utopie ist.

Was Du ja auch angreifst, jedenfalls die Ausprägung von Leistungsdenken, die hier verbreitet ist...

R.: ... ja das ist völlig klar, das hat auch die Hannah Ahrend am Marxismus kritisiert oder auf den Widerspruch hingewiesen, also ein Held der Arbeit, der wurde ja verherrlicht im Sozialismus, und gleichzeitig existiert diese Vorstellung von Arbeit als Fron und Ketten. Was ist nun Arbeit, adelt sie den Menschen oder knechtet sie den Menschen? Dieser Widerspruch, der im Marxismus steckt, der hat damit zu tun, daß die Arbeit die Verhältnisse durcheinanderwirbelt aus der Ständeordnung hinauskatapultiert, aber auch gleichzeitig die Ungleichheit schafft, aber tatsächlich beides.

Kulturkritik oder Selbstreflexion wäre äußerst notwendig

Wenn Du das so auf einen Satz bringst, vor dem Kapitalismus sind alle gleich, gäbe es das Beispiel, daß das Großkapital, egal welche Hautfarbe es hat, sich treffen, vernetzen, existieren kann, wogegen die Mittellosen, die Rechtlosen das nicht können, also da macht es dann gänzlich unfrei. Und natürlich ist es egal, wenn die Arbeitskraft gebraucht wird, ob sie braun oder schwarz oder grün ist, oder ob plötzlich weibliche Arbeitskraft gebraucht wurde - aber mittlerweile muß doch der Arbeitsbegriff ganz anders diskutiert werden, weil 'die Arbeit' wegfällt. Es gibt so viele Untersuchungen, die sich mit dem "Menschenkapital" befassen und beschreiben, wie es überflüssig wird. Die Menschen sind nicht mehr notwendig für die Arbeit, die mittlerweile noch ansteht. Und das find ich eine irrwitzige Sorge, zu welchen Überlegung das dann führen mag, wenn jetzt das Kapital diese Menschen nicht mal mehr braucht, um sie auszubeuten.

R. Also ich möchte vorher auf den ersten Punkt nochmal eingehen, ich denke es ist stimmt nicht nur für das Großkapital oder für die multinationalen Konzerne, sondern ein Stück weit schon auch für die sogenannten kleinen Leute, wenn Du die Schwellenländer anschaust z.B. oder eben Ostasien oder in Japan, wo allein über die ökonomische Potenz, die diese Länder entwickelt haben, sie innerhalb der Länderhierarchien ein ganzes Stück nach oben gehoben wurden. Je potenter das Land wirtschaftlich ist, desto weniger werden diese Leute faktisch rassistisch diskriminiert. Also es gab ja diesen Irrwitz in Südafrika unter der Apartheid, ich war damals zu der Zeit da unten. Da galten die Chinesen als Schwarze oder Coloured und die Japaner als Weiße, und wenn die Seeleute ins Krankenhaus eingeliefert wurden und die Krankenschwestern nicht wußten, ist das jetzt ein Chinese oder ein Japaner (lacht), dann mußten sie am nächsten Tag die Akten durchblättern, und je nach dem, ob er jetzt ein Chinese oder Japaner war, kam er ins Krankenhaus für Schwarze. Also von daher ist ganz klar, das war allein die ökonomische Macht, die die Japaner zu Weißen gemacht hat und die Chinesen zu Coloured People. Und es gibt auch die Theorie von Dieter Zimmer oder auch Philomena Essed, die davon ausgehen, daß eben durch die liberalistische Weltwirtschaftsordnung vieles weltweit durcheinandergewirbelt wird und damit die rassistischen Schranken zunehmend abgebaut weren. Was ich so natürlich kaum glauben kann, aber zumindest gibt es die Theorie.

Zum zweiten Punkt, Du hast gesagt, die Arbeit geht aus, das scheint mir einer der wichtigsten, spannendsten, Punkte überhaupt, denn die Linken haben ja darauf gewartet, daß es immer weniger Arbeit gibt. Und im Feminismus wurde kritisiert, daß die Männer sich immer über Erwerbsarbeit definieren. Es wurde gesagt, es gibt auch ein Leben neben der Erwerbsarbeit, oder das Leben spielt sich im Prinzip woanders ab. Jetzt stehen wir vor dieser Entwicklung und empfinden das alle als Katastrophe. Das find ich ein großes Problem, daß die feministische Theorie und Bewegung das nicht als eine Chance begreift und Strategien daraus entwikkelt.

Da hängt die Frauenbewegung dem

Hey Sister,

noch hinterher, die Frauen auf'n Arbeitsplatz zu katapultieren und..

R.: ...ganz genau, ganz genau...

...kann nicht weiterdenken, bevor nicht alle drin sind...

R.: ...ja, und dann können wir wieder rausgehen.

...das ist das Modell 'nachholende Entwicklung'

R.: Ganz genau

...man müßte das eigentlich überspringen

R.: Ja. Aber die Gefahr besteht natürlich darin, daß die Frauen wieder als erste draußen sind und dann auch keine Macht und keinen ökonomischen Hintergrund haben, das ist nicht so einfach. Trotzdem wird dauernd gesagt, Erwerbsarbeit ist entfremdet - und jetzt fällt uns nichts dazu ein.

Es gibt in Frankfurt ein Bündnis gegen Sozialabbau, und die versuchen sich von breitem gewerkschaftlichem Spektrum bis in die autonome Szene hinein zusammenzuschließen und die antirassistische Szene beteiligt sich, versucht da antirassistische Inhalte einzubringen, aber allesamt stehen da und sagen: aber bitte keinen Arbeitsplatzabbau.

R.: Die Umverteilung von unten nach oben über den Sozialabbau ist ja wirklich eine Katastrophe, also das ist wirklich extrem, aber es muß eben mit Umverteilung von Arbeit, mit neuen Arbeitskonzepten darauf reagiert werden, sonst macht man sich viel zu erpreßbar. Da sagen dann die Unternehmer, gut wir gehen dann nach Polen oder Malaysia und die können machen was sie wollen und wir springen ihnen hinterher - das find ich eine unglaublich entwürdigende Situtation.

Was das betrifft, wäre Kulturkritik oder Selbstreflexion äußerst notwendig: wie sehr der Wert der Erwerbsarbeit uns prägt und wie sehr unser Selbstwert davon abhängig ist, das wäre zu überprüfen und da wären auch alternative Phantasien zu entwickeln.

Da kommt die Stärke Deiner Arbeit wieder rein, Konzept Selbstaufklärung, die eigenen Unfähigkeiten Verzicht zu leisten, auch zu beleuchten. Auf der anderen Seite - ich sag mal, ohne das denunzieren zu wollen, die Schwäche, daß nicht beleuchtet ist, wie man die Ergebnisse der Selbstreflexion dann auch umsetzen kann, wie man Forderungen durchsetzen kann.

R.: Also der Strategieteil, der ist nicht drin.

Einer Deiner ersten Sätze bei Deinem Vortrag war, daß natürlich bestimmten Prozessen Kampfhandlungen zugrundeliegen müßten.

R.: Macht geht nicht freiwillig

In welcher Form könnten sich denn ein soziales Nachdenken im 'kleinen Bereich' und soziale Kämpfe im 'größeren Bereich' ergänzen?

R.: Ich will da nicht einfach phantasieren, ich kann nur analysieren, wie es bisher gelaufen ist. Wenn ich die Frauenbewegung anschaue, hat sie natürlich auch versucht, den Männern Privilegien abzunehmen, auf alle mögliche Art und Weise, über Verweigerung, über politische Quotierung, in Versuchen, die Wissenschaft, die Geschichte umzuschreiben, die Position zu besetzen. Es lassen sich eine Vielzahl von Strategien beschreiben, wie Frauen versucht haben, diese Gesellschaft auch zu prägen. Ähnliches gilt für die ethnischen Minderheiten, und auch hier geht es um einen Kampf. Die Männer sind nicht gekommen und haben gesagt, wir geben jetzt hier unsere Privilegien ab oder wir teilen Macht, sondern es waren schon die Frauen, die gefordert haben, das ist ja gar keine Frage. Trotzdem denke ich nicht, daß der Kampf zumindest ein Stück weit hat gelingen können, wenn da nicht auch Männer gewesen wären, die an bestimmten Punkten kooperiert oder das eingesehen haben oder unter Druck sich gesetzt gefühlt haben. Sonst gäbe es nicht überall Frauenbeauftragte, wenn man die nicht in irgendeiner Weise hätte unter Druck setzen können. Zugleich bin ich, was die Erfolge der Frauenbewegung anbetrifft, unglaublich skeptisch. Es handelt sich viel um Rhetorik und sehr wenig um faktischen Erfolg. Wenn wir uns die empirischen Untersuchungen genau anschauen, wie sich die Arbeitsverteilung in der Familie geändert hat, dann ist das minimal. In kleinen Prozentsätzen verschiebt sich das, auch in der Arbeit, der Erwerbsarbeit, da ändert sich kaum was.

Eine Stärke an deinem Buch ist die Auseinandersetzung mit dem Feminimus. An der Stelle, wo Du den Begriff

"Dominanzkultur" erläuterst, daß alles nicht mehr so klar strukturiert in Ohnmächtige und Mächtige, Repression und Widerstand, da führst Du zwei Belege an. Das ist einmal die Analyse von Verhältnissen zwischen Männern und Frauen, Beziehungsverhältnissen, und das andere ist die Eltern-Kind-Beziehung, in der Familie. Die Dominierten haben auch eine Möglichkeit, Macht auszuüben vor dem Hintergrund, daß es sich um eine emotionale Beziehung handelt, in der den Beteiligten aneinander etwas liegt. Wenn es aber um MigrantInnen geht, so sind die ja ausgegrenzt, gerade nicht in solchen Beziehungsstrukturen drin, die ihnen auch ein gewisse Art von Macht geben. Welches Potential haben sie, um es als Druckmittel einzusetzen?

R.: Die der politischen Legitimation. Wenn wir den Anspruch der Demokratie und Gleichheit und Menschenrechte haben und die auch weltweit verkaufen und diesen Anspruch dann selbst nicht einhalten, dann ist das ja ein Anspruch, an dem man die Mächtigen packen kann. Im Unterschied zu einer ständischen Gesellschaft, wo die Herrschenden über ihren Stand legitimiert waren, also über ihre adlige Geburt, über den Unterschied, müssen die Herrschenden heute unter der Prämisse der Gleichheit agieren.

Aber sie fühlen sich doch an das Geschwätz nicht gebunden. Sie finden doch genügend Ideologie, die sie dagegen in die Waagschale werfen können. Da gibt es die Propaganda von das Boot ist voll, die seit 12 Jahren schon geschürt wird, oder schon länger

R.: Du betonst immer den Aspekt der Aufklärung, der ist auch wichtig. Aber mir geht es wirklich nicht nur um Aufklärung, es geht schon um Macht teilen oder Machtverhältnisse verändern, das muß ich schon nochmal in aller Deutlichkeit sagen! Wir haben, um es konkret zu sagen, bei uns in der Fachhochschule die ethnische Quotierung eingeführt. Ich lehre an einer Fachhochschule für Sozialarbeit, da ist es so, daß die Klientel der Sozialarbeit natürlich zum großen Teil, zum Drittel, ethnische Minderheiten sind. Deren Anteil an den Studierenden sind vielleicht 8-10 Prozent und unter den Professoren oder Lehrenden ist überhaupt niemand, das heißt wir haben die klassische rassistische Hierarchie. Das prägt unser Denken und Wahrnehmen, auch meins, wenn die Klientel, der man hilft, für die man Aktionen macht, und die Studierenden und die Lehrenden eben in eine solche Hierachie eingebunden sind. Deswegen muß durch eine ethnische Quotierung gegengesteuert werden. Die haben wir bei uns im Akademischen Senat vor ungefähr vier Jahren durchgesetzt, in einer Situation, wo die andere Seite ein bißchen geschlafen hat. Und dann kam allerdings der Rückschlag, die haben uns ganz anders in die Pfanne gehauen, das war gerade letztes Semester wie ein Kesseltreiben, und zwar mit soundsoviel Eingaben im Akademischen Senat, wir, also zwei drei Dozentinnen eigentlich nur, wir würden in der Öffentlichkeit erzählen, die Fachhochschule sei rassistisch, weil wir diese Quotierung für nötig halten. Wir würden, hieß es in einem Flugblatt, in Vorträgen und Büchern und Zeitschrifen überall verkünden, die Fachhochschule wäre rassistisch. (lacht)...

Ich möchte nicht, daß das in die Ecke kommt, daß es nur um Aufklärung geht, mir gehts wirklich darum, Macht zu teilen, Macht abzugeben, Foren zu schaffen, wo Migranten und Migrantinnen ihre Positionen darstellen können, ihnen Zugang zu Stellen zu verschaffen, usw. Es geht nicht nur ums Reflektieren, sondern schon ums Tun, also das ist mir schon ganz wichtig, sonst kriegt das ein schiefes Licht, diese ganze Geschichte.

Wenn Du forderst, für MigrantInnen ein Forum zu schaffen, schwingt da für mich eine heimliche Gleichsetzung aller MigrantInnen mit. Aber auch hier scheint mir, daß eine Verknüpfung von der Klassenanalyse und der Analyse über Rassismus notwendig ist.

R.: Absolut, aber da sind wir nun überhaupt noch nicht so weit, das aufeinander zu beziehn, also Klassenfrage, Sexismus, Rassimus.

Aber den ersten Schritt dafür leistest Du, indem Du aufforderst sich an die eigene Nase zu fassen, und fragst: wo sind die Feministinnen rassistisch, die Linken ethnozentristisch und wo beziehen TherapeutInnen so ungenau Stellung, daß vielleicht nicht ihren KlientInnen geholfen wird, aber auf jeden Fall ihre eigene Dominanz gesichert bleibt. Du fragst, wo ist das Dominanz-nicht-abgeben-wollen, das Motiv dafür, herrschende Verhältnisse affirmativ darzustellen. Das ist Dein erster Schritt, aber letzten Endes das Zusammendenken der verschiedenen Herrschaftsverhältnisse, das ist...

R.: ..ja, das ist noch nicht geleistet. Also da finde ich, daß sie in der englischen Diskussion teilweise ein bißchen weiter sind. Ein Ergebnis ist, daß einunddieselbe ethnische Gruppe je nach Kontext eine andere Rolle spielen kann. Am Beispiel der Iren in England wurde analysiert, daß sie als "Rasse" konstruiert wurden und entsprechend fühlen viele Iren sich als rassistisch ausgegrenzt, aber im Kontext England versus Kontinent oder Großbritannien versus Kolonialreich usw. gehören die Iren wieder dazu, da werden sie wieder als weiße Engländer angesehen. Da überschneidet sich der Rassismus mit der Frage der Nation, wann wird eine Gruppe eingegrenzt als Nation und wann wird sie ausgegrenzt als andere Ethnie, aber so ist das natürlich bei den Klassen auch. Ein interessantes Beispiel ist, daß in England die indische Einwanderungsbevölkerung so reüssiert hat, daß die teilweise den selben ökonomischen Standard hat wie die Engländer oder teilweise sogar noch besser. Die unterschiedlichen Einwanderungsgruppen sind ganz unterschiedlich ökonomisch angesiedelt, die Pakistani, bilden praktisch die Unterklasse. Aber diese Diskussion, damit haben wir hier ja noch gar nicht angefangen, die müssen wir noch führen.

Ich hab mir noch eine Formulierung aufgeschrieben, die mir Dein Buch mitgibt. Du hast gesprochen von der Ideologie der einfachen, schnellen, kalten Lösung, das fand ich so auf den Punkt gebracht, die Negation davon ist es, was wir brauchen.

R.: Schön, daß Du das aufgreifst, das finde ich ein schönes Schlußwort.

Das Interview mit Birgit Rommelspacher führten Vera, Nicole und Julia im November 1996 in Frankfurt.

Hey Sister, we will win!

Coca-Imperialismus

Kolonialwaren, die Dritte. Nach Kaffee und der Paradiesfrucht Banane nun das heilige Blatt der Coca. Weltmarktintegration im Zeichen des Rausches. Nach–haltigkeit als Metapher nie fairsiegender Energien. Quellender Überfluß unter dem Kronkorken einer opulent taillierten Jugendstil-Flasche (bis zu Beginn des Jahrhunderts noch mit dem gewissen Etwas inclusive). Beginn einer umgekehrten Kocalonisierung des Westens (Unterwanderung rational-abendländischen Kulturgutes ebenfalls inbegriffen). Yungas, Chaparé, Cali, Kronberg (bei Hoechst gerade um die Ecke): Stationen eines chemo-industriellen und finanziellen Veredelungsprozesses. Messieurs-dames, du coca? Là-voilà!

Foto: Wolfgang Müller

Coca ist schon seit mehr als 3500 Jahren ein wichtiges Element der andinen Kulturen. Zahlreiche Mythen ranken sich um die als heilig geltende Pflanze. Ihre Blätter besitzen in den rituellen Handlungen, der Medizin und den sozialen Beziehungen eine zentrale Bedeutung. Deshalb ist die Coca auch heute noch ein Symbol der kulturellen Identität der Anden-Indígenas. Diese Verbindung zwischen ihrem Gebrauch und kultureller Identität wurde bereits von den spanischen Eroberern erkannt. Entsprechend wurde der indigene Konsum der Pflanze von den Spaniern verfolgt und schließlich im Jahre 1551 auf dem Konzil von Lima verdammt. Die Repression richtete sich vor allem gegen die rituelle Verwendung der Coca, denn dies wurde als Haupthindernis angesehen, den Menschen den christlichen Glauben aufzuzwingen. Die Pflanze wurde als "Teufelskraut" diffamiert, um so deren symbolische Bedeutung für den indigenen Widerstand zu schwächen. Zudem ließ Coca sich nicht ähnlich profitabel in den europäischen Markt integrieren, wie es bei Kaffee, Kakao und Tabak der Fall war - damit war sie ökonomisch zunächst bedeutungslos.

Ein Einstellungswandel trat ein, als man feststellte, daß der Konsum der Pflanze die "Ausbeutungsfähigkeit" der Körper der Indígenas erhöhte. So kam es zu einem Interessensgegensatz zwischen religiös und profit-orientierten Gruppen. Um die Coca "wirtschaftlich" in vollem Umfang nutzen zu können, wurde nun - in Übereinstimmung mit dem Konzilbeschluß - den Indianern der selbständige Anbau verboten. Entgegen diesem Beschluß wurden - mit indianischen Zwangsarbeitern und von den Spaniern monopolisiert - die großen Pflanzungen der Inkas in Peru wieder hergerichtet. Anschließend wurden die Arbeiter in den Minen und auf den Haziendas mit Coca ausgezahlt. Konzentriert in den Händen der Kolonisatoren, wurden Handel und Anbau zur lukrativen Geldquelle - die Coca stieg zum wirtschaftlich wichtigsten Agrarprodukt der Andenregion auf. Für die Indígenas bedeutete diese Entwicklung zweierlei. Wegen der Kommerzialisierung der Pflanze durch die Weißen

Olaf Kaltmeier

wurden die Indígenas von der kulturellen und sozialen Bedeutung des Cocakonsums entfremdet. Verstärkt wurde diese Entfremdung durch die Verfolgung seitens der Kirche. Da zum anderen Produktion und Vermarktung in den Händen der weißen Kolonialisten monopolisiert wurden, wurde die Coca den Indígenas enteignet. Resultat war eine Profanisierung der "Heiligen Pflanze" mit dem Ziel eine höhere "Ausbeutbarkeit" der Körper der indianischen Zwangsarbeiter sicher zu stellen.

Doch die Kontroverse um die Feldfrucht ging auch in der Folgezeit weiter. 1949/1950 beurteilte eine Forschungskomission, deren Vorgehen als rassistisch zu beurteilen ist, die Folgen des Konsums - es folgte ein Verbot seitens der Weltgesundheitsorganisation. 1961 wurde die Coca als psychotropische Substanz (d.h. als schädliche Droge) in die Liste 1 des allgemeinen Abkommens über Narkotika der UNO aufgenommen. Nach diesem Abkommen ist auch der Handel mit anderen Produkten wie Cocatee, Cocazahnpasta etc. verboten. Zudem sollte auch das traditionelle Kauen der Pflanze innerhalb von 25 Jahren ausgemerzt werden. Lediglich die Coca-Cola Company verfügte über so viel Macht, daß sie das Abkommen für ihre Zwecke abändern konnte. Es handelt sich um den Artikel 27, der erlaubt, einen Geschmackstoff auf der Basis von Cocablättern zu vertreiben, sofern er kein Kokain enthält. Dies kommt der Coca-Cola Company deshalb zu Gute, weil sie zwar Cocablätter verwendet, ihnen aber (seit 1903) das Kokain entzieht. Die Indígenas haben im internationalen Diskurs über die Coca keine Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen. Denn die Definitionsmacht liegt bei europäischen und europäischgeprägten AkteurInnen. Anbau, Vermarktung und Konsum sind damit zum Objekt internationaler Strafverfolgung geworden. Die Wiener Konvention von 1988 milderte die Bestimmungen von 1961 etwas ab - es wurde nun zwischen dem Anbau für den traditionellen Konsum und dem für die Kokainherstellung unterschieden. Die Erzeugung für den traditionellen Eigenbedarf ist demnach legal, der Anbau für den Verkauf von Coca oder Produkten auf Basis der Pflanze bleibt illegal.

Von der Coca zum Kokain

Coca ist nicht gleich Kokain - aber deren Blätter sind die Grundlage zu dessen Herstellung. So sind in der Pflanze 15 verschiedene Alkaloide enthalten, eines von ihnen ist, mit einem Anteil von 0,5 bis 1,1% das Kokainalkaloid. Um das Kokain aus den Blättern zu isolieren, bedarf es eines komplizierten chemischen Prozesses. Dieser Verarbeitungsprozeß läßt sich in vier Stufen darstellen. Zunächst werden die geernteten Cocablätter getrocknet. In einem zweiten Schritt werden sie in Wasser und Schwefelsäure eingeweicht. Nach 12 bis 24 Stunden wird die breiige Masse von den CocatreterInnen zerstampft. Bei diesem Vorgang wird Kerosin, Kalk und Natriumcarbonat hinzugegeben. Auf diese Weise bilden sich an der Wasseroberfläche weiße Flocken heraus, die dann herausgesiebt werden. Die Paste, die dabei entsteht (pasta basica, coca pasta, coca bruta etc.), besitzt eine Alkaloidreinheit von zirka 25%. Es folgt die dritte Verarbeitungsstufe: Aus der Paste wird durch einen Reinigungsprozeß, der durch Vermischung mit Äther, Azeton, Ammoniak und Pottasche eingeleitet wird, Kokainbase (base, pasta basica lavada, etc.) hergestellt. Sie erreicht eine Alkaloidreinheit von 70-85%. In dem vierten und letzten Schritt wird der Base Salzsäure und eventuell noch Äther und Azeton beigemischt - Kokainhydrochlorid (ein Salz) mit einem Reinheitsgrad von 95-99% entsteht. Bevor dieses Salz auf den Markt kommt wird es meist mittels Milchzucker, Traubenzucker, Borax, u.ä. gestreckt.

Die ersten beiden Verfahren sind verhältnismäßig unkompliziert und vollziehen sich meist in den Anbauländern. Die weitere Verarbeitung fand früher in größeren Laboratorien, vor allem in Kolumbien, statt. In den letzten Jahren wird zunehmend der Veredelungsprozeß auch in den Hauptanbauländern, Peru und Bolivien, vollzogen. Neben dem Kokain werden, insbesondere in den Anbauländern, die Zwischenprodukte (pasta básica) dieses Herstellungsprozesses konsumiert. Diese Drogen sind extrem billig und gefährlich, da in ihnen hoch-toxische chemische Rückstände enthalten sind.

Da Kokain ein quasi industriell hergestelltes Produkt ist, ist den Indígenas der Andenregion (insbesondere Quechuas und Aymaras) der Kokainkonsum traditionell unbekannt. Bei ihnen wird die Cocapflanze in anderer Art und Weise konsumiert: Die Cocablätter werden zusammen mit alkalischen Zusätzen aus Pflanzenasche in den Mund genommen, zu einer Kugel geformt und gelutscht. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, daß der Speichel und die Magensäfte Kokain in Ecgonin umwandeln. Also handelt es sich bei dem Wirkungsunterschied von Kokain und Coca-Blättern nicht nur um graduelle Abstufungen, wie gemeinhin angenommen wird, sondern um ein ganz anderes Wirkungsmuster. Zudem enthalten die Blätter zahlreiche Vitamine und Mineralstoffe. Unbestritten ist eben-

falls die medizinische Wirksamkeit der Coca beim Auftreten der Höhenkrankheit.

Der Handel mit illegalisierten Drogen

Generell ist der Handel mit illegalisierten Drogen (Kokain, Opiate, Cannabis) eine Wachstumsbranche mit riesigen Umsätzen. Schon Mitte der 80er Jahre wurden im Drogenhandel weltweit 300 - 500 Milliarden US-$ pro Jahr umgesetzt. Dies entsprach damals dem Zehnfachen des EG-Haushaltes oder dem Jahresweltumsatz im Erdölgeschäft. Da das Geschäft boomt, werden für Anfang der 90er Umsatzzahlen von 800 - 1000 Milliarden US-$ genannt. Die Daten sind zwar auf Grund der unsicheren Quellenlage mit Vorsicht zu genießen, dennoch gilt es allgemein als sicher, daß fast ein Zehntel des gesamten internationalen Handels auf den Drogenhandel entfällt. Aber nur ein Zehntel der Gewinne werden in den Produzentenländern erzielt, die restlichen 90% entfallen auf die Konsumentenländer, die westlichen Industrienationen. Doch wo bleiben diese gigantischen Geldmengen.

Zunächst muß das Geld aus den Drogengeschäften "gewaschen" werden, d.h. sein krimineller Ursprung muß verborgen werden, und es muß in das legale Finanzsystem integriert werden. In einem weltweiten Netz werden im verborgenen Millionenbeträge so lange hin und her verschoben, bis die ursprüngliche Quelle nicht mehr identifizierbar ist - kein Problem in Zeiten zunehmender Globalisierung und Computerisierung der Aktien-, Devisen- und Wertpapierbörsen. So haben sich Städte wie Panama und Hong-Kong (von Mexico-City und vielen anderen Städten wird ähnliches vermutet) zu Finanzzentren des Drogenhandels entwickelt. Aber auch die internationalen Banken und viele europäische Länder wie beispielsweise Luxemburg, Liechtenstein oder die Schweiz profitieren als Anlageländer an diesem Geschäft. Die Profite aus dem Handel mit illegalisierten Drogen dienen dann als Grundkapital für Investitionen in andere legale und illegale Erwerbszweige. So investierten das Cali- und das Medellin-Kartell zum Beispiel in den Schlafmohnanbau in Kolumbien. Weiterhin werden Investitionen bevorzugt, die mit dem Kerngeschäft (Handel mit illegalisierten Drogen) Synenergieeffekte versprechen: Kauf von Immobilien, um eine Standortinfrastruktur aufzubauen, Aufbau von Transportfirmen zur Erleichterung des Schmuggels, Investitionen in Chemieunternehmen, um erleichterten Zugang zu Chemikalien zu haben, Objekte in denen viel Bargeld anfällt - zur Erleichterung der Geldwäsche, Touristikfirmen als logistische Stütze für Vertrieb und Absatz und Bodenkäufe zur Sicherung der Rohstoffbasis. Ebenso wird die strikte Anonymität der noblen Versteigerungshäuser - Christie's, Sotheby's, etc. - geschätzt: Auch der Kunstmarkt dient als Umschlagplatz von Drogenmillionen. Generell kann gesagt werden, daß die Gelder aus dem Drogengeschäft in diversen Produktions- und Dienstleistungsbereichen investiert werden und so die gesamte legale Wirtschaft durchdringen. Es gibt kaum einen Wirtschaftssektor, der nicht von Kapital gestützt wird, das aus dem Handel mit illegalisierten Drogen gewonnen wurde. Aber nur ein kleiner Teil der Drogeneinnahmen fließt anschließend in die Ökonomien der Anbauländer zurück - wenngleich dieser Anteil für die betreffenden Länder (über-) lebensnotwendig ist - werden die größten Profite aber in den Konsumentenländern erzielt. So wird beispielsweise geschätzt, daß nur 15 % der Kokaineinnahmen der Wirtschaft der Cocaländer zu Gute kommen.

Außerdem verdienen die westlichen Chemiekonzerne kräftig an der Kokainproduktion mit, da ihre Chemikalien für den Raffinerierungsprozeß notwendig sind. In den 80er Jahren wurde geschätzt, daß US-amerikanische Konzerne 70-80% der Chemikalien für die Kokainproduktion liefern. Daraufhin wurde 1989 ein Gesetz zur Exportkontrolle eingeführt. Doch rasch füllten europäische Konzerne die entstehende Lücke. Bereits 1990 stiegen die deutschen Chemieexporte in die Kokainländer um höchst verdächtige 483 Prozent. Zwar einigten sich die UNO-Staaten 1988 in einer Konvention 12 Dual-Use-Stoffe (Stoffe die sowohl legal als auch illegal eingesetzt werden können) unter Kontrolle zu stellen, und 1991 verständigten sich die G7-Staaten darauf, diese Liste um 10 Substanzen zu erweitern, aber das Kontrollsystem ist voller Lücken. So stiegen zwar die Schwarzmarktpreise für die Chemikalien, doch diese Kosten konnten problemlos auf die KonsumentInnen abgewälzt werden. Übrigens tragen nicht nur Chemieunternehmen zur Drogenproduktion bei. Anfang der 90er Jahre wurden in Peru 16.000 Tonnen Toilettenpapier aus westlichen Industriestaaten gefunden: Dank seiner überlegenen Saugkraft trocknet es die von Lösungsmitteln durchnäßte Kokapaste besser als südamerikanische Ware.

Die bedeutendsten der in Cocaanbau, Kokainproduktion und -handel involvierten Länder sind Bolivien, Peru und Kolumbien. Die wirtschaftliche Bedeutung des Anbaus ist für diese Länder nicht zu unterschätzen, oftmals ist die gesamte Volkswirtschft von der Coca/Kokainproduktion abhängig. 60 Prozent der lateinamerikanischen Cocaproduktion stammen aus Peru, 30 Prozent aus Bolivien. Nur ein Zehntel der Gesamternte entfällt auf Kolumbien. Die Coca-AnbauerInnen und ZulieferInnen in den Produzentenländern werden zumeist mit



Foto: Jan Jacob Hoffmann

Dumpingpreisen abgespeist. So bekommen die HerstellerInnen der Kokapaste ca. 200 US-Dollar pro Kilo, während das Kilo Kokain in den Straßen von New York (mit einem Reinheitsgehalt von nur noch ca. 40 %) zwischen 80.000 und 100.000 US-Dollar kostet. Insofern ist das Drogengeschäft eine weitere von unzähligen Varianten ungleicher Handelsbeziehungen zwischen der nördlichen und der südlichen Hemisphäre.

Krieg den Drogen!

Mitte der 80er Jahre rief der damalige Präsident der USA, Ronald Reagan, zum "War on Drugs" auf. Ziel ist es, die Drogen an ihrem Ursprungsort zu bekämpfen bzw. zu vernichten. Schlachtfeld ist Lateinamerika - insbesondere die Andenregion. Es handelt sich um eine militärisch-orientierte Strategie, die in die nationale Souveränität anderer Staaten eingreift. Diese Strategie wird durch die Bedrohung der eigenen Bevölkerung durch Drogen und die Destabilisierung der betreffenden Länder durch den internationalen Drogenhandel begründet. Diese Strategie folgt der Logik: Sobald Drogen als Bedrohung der nationalen Sicherheit definiert werden, kann eine Intervention der USA im Ausland als Selbstverteidigung gerechtfertigt werden und ist damit kein Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes mehr.

Zwar spielt in diesem Zusammenhang auch die direkte militärische Intervention eine Rolle, zu denken ist an die Invasion in Panama am 20.12.1989, doch der Schwerpunkt galt der Militarisierung der entsprechenden Regionen. Zum Beispiel Bolivien: Hier wurden US-amerikanische Sondereinheiten stationiert, die DEA (Drug Enforcement Agency; US-amerikanische Drogenbekämpfungsbehörde) baute zahlreiche Stützpunkte auf, und die CIA war schon seit der gescheiterten Guerilla Che Guevaras im Land (1996 gibt es Überlegungen das Personal der CIA in Bolivien wegen des "war on drugs" zu erhöhen). Weiterhin wurden im Chaparé, dem Hauptanbaugebiet zur Kokainproduktion, Landebahnen mit US-Geldern angelegt.

In den 90er Jahren änderte sich die Rhetorik. Schon wenige Wochen nach seinem Antritt machte Bill Clinton klar, daß sich die USA in Zukunft stärker auf die Reduzierung der Nachfrage als auf die Unterbindung der Lieferungen konzentrieren werden. Er versprach stärker in die Erziehung der Jugend, die medizinische Behandlung der Abhängigen und die Verfolgung von Dealern in den USA zu investieren und weniger in die Zerstörung von Laboratorien im lateinamerikanischen Regenwald. Zum einen entspringt diese Aussage der Erkenntnis, das militärische Großoperationen kostenintensiv sind, aber nur geringe Erfolge aufweisen können. So auch die 1987 von den USA initiierte Operation "Snowcamp": Sie hatte Millionen amerikanischer Steuergelder verschlungen, aber schätzungsweise nur ein halbes oder ein Prozent der bolivianischen Kokain- und Baseproduktion konnte beschlagnahmt werden. Aber auf der anderen Seite konnten sich die USA ihren Einflußbereich auch auf elegantere Weise sichern. So werden die Regierungen mit der Gewährung bzw. Verweigerung von US-amerikanischer Finanzhilfe unter Druck gesetzt.

Einen weiteren wichtigen Pfeiler für die Vertretung US-amerikanischer Interessen in Bolivien stellt die UMOPAR (auch "leopardes" genannt) dar. Hierbei handelt sich um eine Spezialeinheit der Polizei, die zur Drogenbekämpfung an der berüchtigten "School of the Americas" ausgebildet wurde. Diese ist ein US-Ausbildungszentrum für lateinamerikanische Soldaten, eine kleine Liste der prominentesten Absolventen liest sich wie eine Anklageliste von "amnesty international" - in Lateinamerika ist sie unter dem Namen "Schule der Diktatoren" besser bekannt. Im Kursangebot stehen Aufstandsbekämpfung, Training für Scharfschützen, psychologische Kriegsführung und "Low Intensity Warfare" im Vordergrund.

Und die Erfolge?

Angesichts wachsender oder auf hohem Niveau stagnierender Zahlen von Drogenabhängigen und steigendem Anteil des Drogenhandels an der Weltwirtschaft könnte eigentlich nur festgestellt werden, daß die Strategien gegen den Handel mit illegalisierten Drogen vollends gescheitert sind. Da jedoch kein allgemeines Wehklagen über die Mißerfolge der Anti-Drogenpolitik zu hören ist, stellt sich die Frage, ob die entsprechenden Strategien nicht auf anderen Ebenen recht erfolgreich waren. Dieser Hypothese folgend, können drei Felder charakterisiert werden, die im Rahmen der bisher praktizierten Drogenpolitik profitiert haben. Das erste kann als militärisch-außenpolitisch, das zweite als ökonomisch und das dritte als polizeilich-innenpolitisch charakterisiert werden.

Im militärisch-außenpolitischen Feld hat sich nach dem Fall der "Berliner Mauer" und dem damit verbundenen Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems eine gravierende Änderung ereignet. Das in den USA bis dahin dominierende Feindbild "Kommunismus" ist verschwunden. Die Militärs, insbesondere der USA, die eine Legitimationskrise befürchten mußten, stärkten ihre Position durch den "War on Drugs". Weiterhin können Eingriffe in die nationale Souveränität anderer Staaten mit dem Argument der Produktion von illegalisierten Drogen gerechtfertigt werden. Wichtig ist hierfür, daß der Cocaanbau, mit Ausnahme geringer Flächen für den traditionellen Eigenbedarf, illegal bleibt. Denn über diese Flächen können und üben die USA Druck auf die Politik der betreffenden Länder aus. Von diesem Hintergrund aus ist es auch erklärbar, warum die Coca noch immer illegalisiert wird. Es scheint gelungen

zu sein, das Drogenproblem als Leitmotiv einer "Neuen Internationalen Ordnung" anklingen zu lassen, das die bisherige Rolle des "Reichs des Bösen" des Sowjet-Kommunismus ersetzt. Dessen imaginäre Existenz, gegen das die USA in heroischer Weise kämpfen, erlaubt es, die ökonomischen und geopolitischen Interessen dieses Landes hinter dem Bild der rettenden imperialen Macht zu verbergen.

Für den ökonomischen Bereich wurde bereits herausgestellt, daß der Handel mit illegalisierten Drogen weitreichendste Bedeutung hat. Und im Interesse der verschiedensten weltwirtschaftlichen Akteure liegt, soweit deren Machtstellung nicht gefährdet wird. Zudem zeigt sich im ökonomischen Feld, daß der "Krieg gegen die Drogen" massive wirtschaftliche Auswirkungen hat. Denn die Repressionen und Illegalisierungen gegen den Drogenanbau und -handel treiben den Preis für die Drogen in die Höhe.

Aber auch für das innenpolitische Feld wird der Diskurs über die Drogen instrumentalisiert. In der EU und in den USA werden Junkies, HaschischkonsumentInnen, KleindealerInnen etc. verstärkt ins Visier genommen und kriminalisiert. Dies geht Hand in Hand mit dem Ausbau vernetzter Überwachungssysteme - so z.B. im Falle des Schengener Abkommens und der Arbeit der Europäischen Drogenfahndungsbehörde (seit 1993, mit Datenbank). So erfüllt der Drogendiskurs im innenpolitischen Feld folgende Funktion: Die "Drogenbekämpfung" bildet für die auf Sicherheit und Abwehr bedachten Politikkreise einen Vorwand, um einschneidende Fahndungsmaßnahmen, harte Gesetze und effiziente Hochleistungscomputer am Volk vorbei bringen zu können. Wer kann schon etwas dagegen haben, wenn Politiker erklären, "den Drogenhandel" und die "Drogen-Mafia" bekämpfen zu wollen und dafür neue polizeiliche und rechtliche Instrumentarien als unentbehrlich bezeichnen. Der "Große Lauschangriff" sei als ein bekannteres Beispiel genannt.

Auf diese Weise wird deutlich, weshalb die bisherige Drogenpolitik, die an ihrer eigenen Forderung - der Reduzierung des Drogenkonsums - gemessen, deutlich scheitert, dennoch so konstant ist und wenig kritisiert wird. Denn in anderen Feldern ist diese Politik der Illegalisierung sehr erfolgreich und so entsteht ein Gefüge, daß die gegenwärtige Drogenpolitik zementiert und bestehende Herrschaftsverhältnisse stabilisiert. Nur so ist zu erklären, weshalb die Coca-Pflanze, die gesundheitlich vollkommen unbedenklich ist, dennoch auf der Liste der weltweit gefährlichsten Drogen steht.

Literaturauswahl

Kappler, Manfred. Drogen und Kolonialismus. Berlin 1987.

Hargraves, Clare. Bitterer Schnee. München 1993.

Wichmann Stefan. Wirtschaftsmacht Rauschgift. FfM 1992.

Schley, Gernot (Hrsg.). Im Schatten der heiligen Pflanze. Bad Honnef 1992.

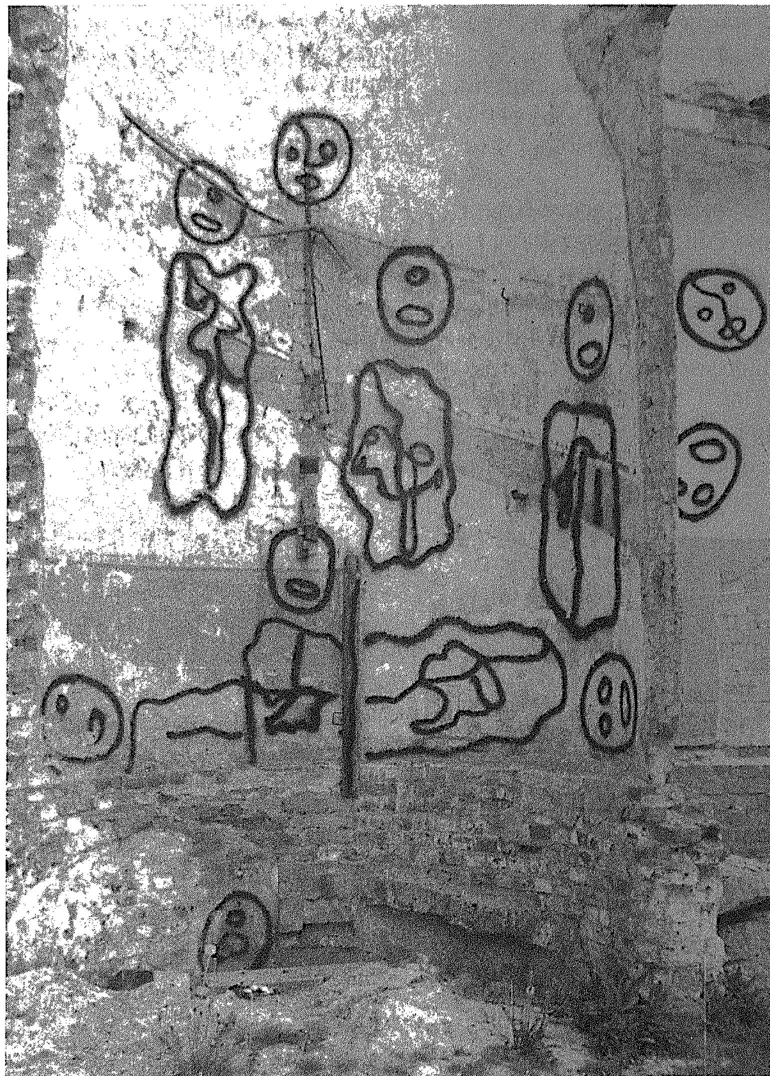
Leuthardt, Beat. Festung Europa. Zürich 1994

Kurzes

zusammengestellt von Wolfgang Haug

Infoladen Tierra y Libertad und die Frauenbibliothek in Plauen von Faschos angegriffen.

Am 6.12. rissen Faschos Regale von den Wänden, zerschlugen Scheiben, zerrisen Bücher und zerstörten einen Teil des Inventars. Mittels eines großen eisernen Aschenbechers hatten die Angreifer die Tür zur Frauenbiliothek eingeschlagen und solange randaliert, bis sich einer der Angreifer offenbar verletzte, wie eine Blutspur nahelegt. Der Infoladen war bereits mit Steinwürfen angegriffen worden, der jetzige Überfall bedeutet jedoch eine neue Qualität. Um den Verlust auszugleichen wurde ein Spendenkonto eingerichtet: Infoladen "Tierra y Libertad"/Frauenbibliothek, c/o Selbstverwaltetes PROjekt "Schuldenberg", Thiergartenstr.4, 08527 Plauen



Höhlenmalereien 3000 v.Ch. in Südfrankreich?

Anarchistenjagd in Italien

Am 1.6.96 wurden in Trient vier Anarchisten wegen eines Banküberfalls im Berufungsprozeß zu 5 Jahren bzw. zu 3 Jahren und 4 Monaten verurteilt. Im Nachhinein sollen die vier jetzt für einen weiteren Banküberfall angeklagt werden.

Am 16.11.95 wurden in ganz Italien die Wohnungen von 60 AnarchistInnen von einer Spezialeinheit der Carabinieri durchsucht. Gegen alle wurden konstruierte Beschuldigungen wegen subversiver Vereinigung" oder "bewaffneter Vereinigung" etc. erhoben.

In der Nacht vom 16./17.September 96 fand die Repression einen unglaublichen Höhepunkt: 60 Hausdurchsuchungen, 70 Ermittlungsverfahren, 20 Haftbefehle – die Begründungen für die Haftbefehle stellen ein buntes Sammelsurium zahlreicher ungelöster Fälle der vergangenen 15 (!) Jahre dar. Darunter Entführungen, Sprengstoffanschläge gegen Polizei- und Armeekasernen und die Kaufhauskette Standa, Autobomben gegen Polizeiautos und: Mehrfacher Mord. Als Kronzeugin für diese Welle fungiert Mojdeh Namsetchi, eine Ex-Freundin des in Trient Hauptangeklagten Carlos Tesseri, deren Aussagen inzwischen 70 Seiten füllen, die aber im ersten Prozeß krank abwesend war.

Die ganzen Vorgänge dokumentieren den Versuch der Staatsanwaltschaft (die römischen Staatsanwälte Marini und Ionta) eine Verbindung zwischen "allgemeiner Kriminalität" und subversivem Anarchismus glaubhaft zu machen. Dazu bedarf es der Konstruktion eines Chefs, Mitgliedern einer bewaffneten Bande und von UnterstützerInnen. Der Staat kann nicht zugeben, daß eine Vernetzung von Individuen gleichen Interesses, um sich den gesellschaftlichen Regeln zu entziehen oder zu widersetzen, möglich ist. Er braucht einen Feind im herkömmlichen Sinne, mit Chef und Gefolgsheer. Hinzukommt der Versuch der Spaltung der anarchistischen Bewegung in Italien, indem die FAI (die Föderation anarchistischer Gruppen) ausdrücklich in ein besseres Licht gerückt wird. Das Problematische an den Vorgängen ist, daß sich in Italien selbst bislang kaum Interesse regt und außer den Anarchisten und einigen linksradikalen Radiostationen momentan niemand Öffentlichkeitsarbeit leistet.

Weitere Infos: L'evasione, C.P. 45, I-38068 Roverto (TN)

oder: Comitato Diefesa Anarchici, c/o El Paso Occupato, Via Passo Buole 47, I-10127 Torino

Sozialem Zentrum in Thessaloniki droht Räumung

Die Villa Varvara, ein von anarchistischen und autonomen Gruppen betriebenes soziales und kulturelles Zentrum soll geräumt werden, um ein stadtgenehmes "Kulturzentrum" zu errichten, das einer Beförderung der griechischen Stadt zur "Europäischen Kulturhauptstadt 97" weniger widerspricht. Die Villa Varvara ist ein Gebäude in der Altstadt, das seit fast 3 Jahren (3.1.94) besetzt ist und zu einer wichtigen Einrichtung der anarchistisch-autonomen Szene geworden ist. Konzerte, Sommerkino, Theater, Ausstellungen, ein Buchladen, eine Leihbibliothek, ein Gäste-

raum etc. machen die Villa für viele Menschen interessant.

Kontakt (sofern noch existent): Villa Varvara, P.O.Box 50868, GR-54014 Thessaloniki, Griechenland

Spezial - Zeitschrift gegen Kultur und Politik eingestellt

1983 als linksradikale Stadtzeitung für Hannover gegründet, entwickelte sich die Spezial ab 1991 zu einer bundesweiten linkssozialistischen Diskussionszeitschrift. 1996 veränderte sie ihr Erscheinungsbild zu einer Buchzeitschrift, um der Entwicklung im Buchhandel, immer weniger Zeitschriften ins Programm zu nehmen, entgegenzuwirken. Nach der ersten Nummer im neuen Format wurde nun die Einstellung verkündet. Als Grund werden u.a. inhaltliche Differenzen zwischen Redaktion und einem beauftragten und bezahlten Herausgeber angegeben, sowie eine Unzufriedenheit mit den in der Spezial veröffentlichten Analysen und auch mit der politischen Tendenz des eigenen Diskussionsumfelds:

"Leider entwickelten »Großtheoretiker« wie Kurz und Co. aus ihren theoretischen Einsichten Konsequenzen, die mit der Beschreibung und Perspektive der vorherrschenden Entwicklung sogar zum Teil konform gehen. Theoretiker aus der *ISF (Kritik & Krise)* und ihre Nachfolger in Form der *Bahamas Berlin* entwickeln theoretische Einsichten, die immerwährende politische Konsequenzlosigkeit als »Antipoloitik« begründen. Die alte *17°C* ist daran gescheitert, daß (...) antinationale Politik zur moralischen Position hingesunken (ist), (daß sie) inzwischen dem staatlich inszenierten »Antifaschismus« der Lichterketten hinterherhinkt und keine Antwort auf die widersprüchliche Entwicklung des globalen Kapitalismus selbst hat, der transnational und national zugleich ist. Und die Wiederbelebung eines linken Strukturalismus, der Versuch, Diskurstheorie, dekonstruktivistische Ansätze wieder in die linke Diskussion zu bringen, erscheint momentan eher als abebbende Suchbewegung, die in *Spex* und in der *Beute* ihren Ort des Verharrens (oder Niedergangs) längst gefunden haben. Es hat leider bisher nicht wirklich geklappt, sich durch Bezug auf »andere« Theoretiker als Marx aus der eigenen theoretischen Orientierungslosigkeit hinauszukatapultieren, obwohl mensch eben heute mit Marx (allein) die Welt nicht mehr erklären kann."

Ingolstadt - ein Denkmal für Deserteure?

75 Deserteure wurden in Ingolstadt von den Nazis hingerichtet. An sie soll ein Denkmal erinnern. Die CSU im Stadtrat wirkt dagegen, der CSU-Bürgermeister scheint durch ein zweitägiges Kolloquium umgestimmt, bei dem es zum Schlußresultat kam: "Es gibt heute keine schwerwiegenden Argumente, Deserteuren die Ehre zu verweigern."

Linke Literaturmesse im KOMM auch 1997

Nachdem die 1.Linke Literaturmesse in Nürnberg, an der sich auch der Trotzdem-Verlag und der SF beteiligt hatten, von allen Beteiligten als großer Erfolg eingeschätzt wurde, soll sie auch 1997 als explizit linke Buchmesse wiederum in den Räumen des selbstverwaltetetn Kultur-und Kommunikationszentrums KOMM stattfinden.

Mumia Abu-Jamal Ehrenbürger von Venedig!

Venedig hat am 18.Oktober Mumia Abu-Jamal zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Stadtdirektor Emilio Rosini übergab die Ehrenbürgerschaft an Ramona Afrika, die einzige Überlebende der Bombardierung eines MOVE-Hauses durch das FBI, bei der 9 Menschen den Tod fanden. Rosini betonte, daß Venedig mit dieser Auszeichnung seinen Protest gegen die Todesstrafe ausdrücke, die "unmoralisch, nutzlos und schädlich" sei.

Ausstellung in Münster: Anarchistische Presse - vom Kaiserreich bis heute

Erich Mühsam gewidmet, findet in den Räumen der ESG Münster eine Ausstellung von 25 Bilderrahmen zur anarchistischen Presse von 1871 bis zu den Erzeugnissen heutzutage statt. Die Öffnungszeiten liegen von montags bis freitags von 8.00-16.30 Uhr. Kontakt: Tel. 0251-54307

Hausdurchsuchungen in Stuttgart und Reutlingen

Im September durchsuchten Beamte des Staatsschutzes in Stuttgart die Räume des Vereins Zentralkultur in der Pfarrstrasse. Zeitgleich wurden in Reutlingen die Räume des Café Nepomuk durchsucht. Dazu jeweils eine Privatwohnung. Laut Durchsuchungsbeschluß wird gegen Verantwortliche des Stuttgarter *Komitees zur Unterstützung kurdischer politischer Gefangener* und Verantwortliche des kurdischen *Kultur-und Sportvereins für Tübingen und Umgebung* sowie gegen zwei Privatpersonen wegen "öffentlicher Aufforderung zu Straftaten", der "Zuwiderhandlung gegen ein Betätigungsverbot" (§ 20) und wegen der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (§ 90) ermittelt. Beschlagnahmt wurde ein nach den §§ 20 und 90 kriminalisierter Spendenaufruf des Stuttgarter Komitees aus dem Jahr 1995 zur Unterstützung kurdischer politischer Gefangener.

Polizeiüberfall auf eine Filmveranstaltung im Cafe Excess in Frankfurt

Ende September stürmte die Polizei die Vorführung des Films "How to come through". 80 BesucherInnen wurden durchsucht, fotografiert und abtransportiert. Bis 6 Uhr morgens zogen sich die gewaltsam durchgeführten erkennungsdienstlichen Behandlungen hin.

Grundlage des polizeilichen Überfalls war ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt" - gemeint sind die Gruppen Keine Verbindung e.V. und KABELSCHNITT, die sich 1995 und 1996 zu zwei Sabotageakten gegen Datenleitungen des Frankfurter Flughafens bekannt hatten. Der Ermittlungsrichter erwartete, daß *"der Film selbst Informationen zum Tathergang oden den Tätern beinhaltet und damit als Beweismittel in Betracht kommt oder sonstige Beweismittel in dem Lokal für die anschließende Diskussion bereitgehalten werden."* Weiterhin sei zu erwarten, daß sich *"die unbekannten Täter selbst als Zuschauer unter dem Publikum befinden und Gegenstände mit sich führen, die der Überführung dienen können."*

Der Polizeiüberfall war jedoch ein Schlag ins Wasser, so mußten alle Betroffenen wieder freigelassen werden.

Der Film beleuchtet die verschiedenen Facetten des Rassismus in der BRD - von Solingen bis Rostock, der Vollstreckung der Abschiebepolitik durch den BGS am Frankfurter Flughafen etc. Im Film werden Fragen nach möglichen

Widerstandsformen gestellt, neben Blockadeaktionen, Selbstschutz von MigrantInnen auch die Anschläge auf das Glasfasernetz am Frankfurter Flughafen. Der Film wurde während der Buchmesse nach einer anderen Veranstaltung erneut aufgeführt.

Uli Dillmann nach 8 Jahren wieder aufgetaucht

Der Kölner Journalist und ehemalige Mitredakteur anarchistischer Zeitschriften, Uli Dillmann, kehrte nach Deutschland zurück. 1987 waren in einer Razzia Ulla Penselin und Ingrid Strobl wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Roten Zora verhaftet worden. Gefahndet wurde nach KäuferInnen von Weckern der Marke Emes Sonochron. Ein solcher Wecker war bei einem RZ-Anschalg auf ein Kölner Lufthansa-Hochhaus verwendet worden. Ingrid Strobl war wegen des Kaufs eines solchen Weckers zu 5 Jahren Haft verurteilt worden. EMMA-Herausgeberin Alice Schwarzer hatte seinerzeit in einer Rufmord-Kampagne Uli Dillmann, der mit Ingrid Strobl befreundet war, öffentlich als Mister X und als Agent Provocateur des Verfassungsschutzes bezeichnet und dadurch Uli Dillmann gezwungen abzutauchen. 1996 wurde das Verfahren mangels Beweisen endlich eingestellt.

Christoph Seidler wieder aufgetaucht und freigelassen

Der lange Jahre als RAF-Mitglied und Beteiligter am Fall Herrhausen gesuchte Christop Seidler kam aus dem Libanon zurück. Er war 1984 aus Angst vor Verhaftung wegen Unterstützung der RAF und unter dem dauernden Druck der Observation abgetaucht, schloß sich aber nie der RAF an, sondern "emigrierte" in den Libanon, was er belegen konnte. Heute ist auch der Vorwurf der "Mitgliedschaft" verjährt und an Aktionen war Seidler laut seinem SPIEGEL-Interview nie beteiligt.

PDS-Spanienkonferenz in Berlin

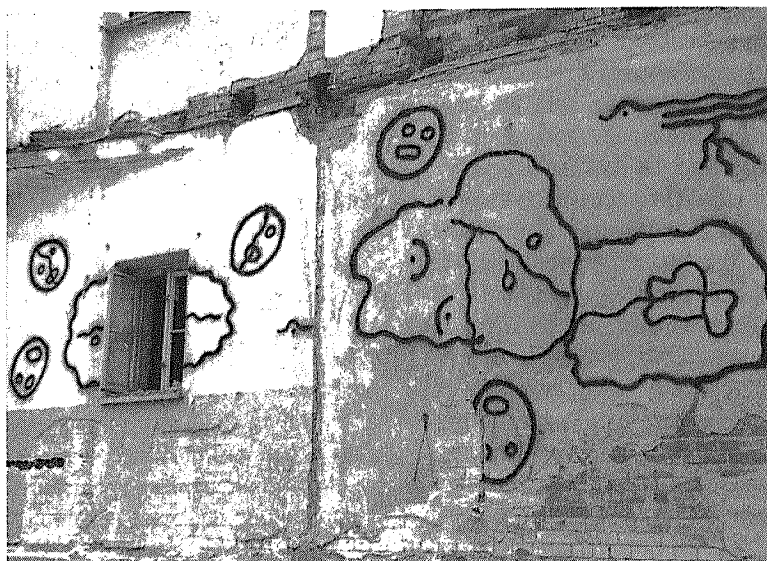
Am 24. November fand im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin eine Veranstaltung *"Der antifaschistische Kampf für menschliche Zivilisation und die Widersprüche zwischen den Linken"* statt. Ausgangspunkt war die Spanische Revolution, so daß genügend Zündstoff in diesem Thema lag. Daß sich Kommunisten bis heute mit der Revidierung ihrer einseitigen Einschätzung überaus schwertun, bewies erst neulich die *UZ, Zeitung der DKP*, in ihrer Besprechung des Ken Loach-Films "Land and Freedom". Uninformiert über zahlreiche selbstkritische anarchistische Analysen, drehte sie den Spieß kurzerhand um, und hielt den Anarchisten vor, sie sollten endlich über ihre dubiose Rolle nachdenken. Erfreulicherweise bemühte sich die PDS die früher verteufelten anarchistischen und trotzkistischen Positionen darzustellen, noch erfreulicher dabei, daß sie wirkliche Kenner der Positionen einlud. So übernahmen die Historiker Andreas Graf und Reiner Tossdorff die Darstellung der CNT/FAI bzw. der POUM, beide beschäftigen sich schon lange Jahre mit der Forschung zu ihren Themen und haben dazu auch verschiedentlich Aufsätze oder Bücher publiziert.

So offen die Absicht der PDS war, so wenig Gegenliebe fand sie bei einem Teil ihres Klientels. Das Konzept, auch die anderen linksradikalen Strömungen zu Wort kommen zu lassen und zur Einstimmung Ken Loachs Film zu zeigen, stieß auf die vehemente Ablehnung der Gruppe der früheren Interbrigadisten. Die Gegenpositionen wurden als geschichtsfälschend bezeichnet, eine Diskussion darüber verweigert – "wir oder die".

Trotzdem wurde das Konzept befolgt das neben positiven Diskussionsbeiträgen zum Antifaschismus, auch den Vortrag von Stefan Priebnow, Redakteur der *Zeitschrift Kalaschnikow*, einschloß, in dem er eine ursächliche Beteiligung der Kommunisten an den Maikämpfen 1937 leugnete und entsprechende Materialien als geschichtsfälschend bezeichnete. Daß die PDS Anarchisten und Trotzkisten einlade, hänge damit zusammen, daß sie eine bürgerliche Partei werden wolle mit dem Ziel der Regierungsbeteiligung. (Klingt logisch, oder?

In der anschließenden Diskussion wurde die These von der Geschichtsfälschung weiter strapaziert. Dirk Schneider (PDS-Kreuzberg) *(wenn es sich nicht um einen unbedarften Namensvetter handelt, war der doch mal in der AL und davor bei der anarchistischen 883, SF-Red.)* verurteilte zwar den Mord der KP an dem POUM-Führer Andres Nin, leugnete aber einen Zusammenhang der Verfolgungen in Spanien mit den Moskauer Prozessen, unter anderem mit dem Hinweis, daß die in Moskau zum Tode verurteilt wurden, die in Spanien aber "nur" zu 15 Jahren Haft. Im übrigen sei die Tatsache, daß es keine anarchistische Bewegung und keine POUM mehr gebe, Beweis genug dafür, wie schädlich deren Positionen gewesen seien. Die PDS wolle mit dieser Veranstaltung nur die DDR-Vergangenheit entsorgen. Ob Dirk Schneider hier nicht seine eigene Vergangenheit entsorgt hat? Und das ganz ohne Not, denn er lebt ja nicht in Moskau 1937...

Systemkritische Graffiti im Südosten 1992!
Fotos: Jürgen Mümken



Zur Eröffnung einer politischen Debatte

Mit dem vorliegenden Artikel Noam Chomskys, der als Kapitel *"Goals and Visions"* dem 1996 erschienenen Buch *Powers and Prospects* entnommen wurde, beginnen wir eine Diskussion um Perspektiven heutigen libertären Denkens und Verhaltens zwischen Noam Chomsky und Murray Bookchin.

Wir stellen zunächst Chomskys Ansatz vor. Aus einem Interview mit Murray Bookchin, das in der *Ökolinx 23* erschien,entnahmen wir, daß er Chomskys Ansatz für falsch hält, dazu behauptete er, daß Chomsky durch seine Mitgliedschaft bei den *Democrat Socialists of America* in die Sozialdemokratie abgedriftet sei und daß dies eine Tragödie wäre. *»Bei solchen "anarchistischen" Freunden wie ihm brauche ich keine reaktionären Feinde mehr. Dennoch küssen ihm "Anarchisten" heute den Hintern, als wäre er die Reinkarnation von Bakunin und sie ignorieren dabei, was er tut und sagt und was alles andere ist als anarchistisch.«*

Wir wollten der Sache auf den Grund gehen und fragten bei beiden nach. Noam Chomsky sandte uns einen Brief, in dem er seine Mitgliedschaft bestätigte: *»Zu meiner Mitgliedschaft bei der DSA, ja ich trat vor vielen Jahren bei. Ich habe ziemlich scharfe und radikale Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung, die ich absolut nicht mag (das ist gegenseitig). Vieles davon wurde über die Jahre hin gedruckt. Aber die Organisation selbst hat, wie das oft der Fall ist, wenig mit den elitären Intellektuellen zu tun, die im Briefkopf stehen. Sie setzt sich hauptsächlich aus jungen Leuten zusammen, die ganz gute Sachen machen und ich bin froh, ihnen so gut ich kann helfen zu können. Sie arbeiten ... zu Arbeitsrechten und Arbeiterkontrolle, Armutsproblemen, Gesundheitsfürsorge, Bildung und Umweltschutz, Anti-Interventionismus usw. Viele von ihnen sind linke Libertäre, die mit einiger Berechtigung glauben, daß innerhalb dieses Rahmens einiges erreicht werden kann.«*

Nach einem Telefonat mit Murray Bookchin sandte er uns einige Artikel und Interview-Ausschnitte Chomskys, in denen er die politische Tendenz verheerend oder kritisierenswert findet, dazu gehörte auch das Kapitel *Goals and Visions*, so daß wir uns entschlossen, mit diesem Kapitel die inhaltliche Debatte zu beginnen. Der SF möchte diese Debatte ausdrücklich nicht an vordergründigen Punkten wie etwa "Parteimitgliedschaft als anarchistisches Sakrileg" führen, sondern die Chance ergreifen, über die unterschiedliche Bestimmung libertärer Politik heute und in der Zukunft, eine Diskussion in Gang zu bringen. Wir haben Murray Bookchin gebeten, seine "Ziele und Visionen" zu formulieren und wollen anschließend von Seiten der SF-Redaktion ein Interview mit beiden über ihre unterschiedlichen Standpunkte und Gemeinsamkeiten führen, in dem dann auch die Grenzen von Kompromissen und Mitgliedschaften ausgeleuchtet werden sollen. Darüberhinaus sind natürlich auch die LeserInnen eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. *wh*

Visionen

Wenn ich im folgenden von Zielen und Visionen spreche, denke ich dabei eher an eine praktische als an eine wirklich prinzipielle Unterscheidung. Wie meistens in menschlichen Angelegenheiten ist es auch hier die praktische Perspektive, die am wichtigsten ist. Das theoretische Verständnis, insoweit wir es überhaupt haben, ist viel zu dünn, um viel Gewicht zu haben.

Mit Visionen meine ich die Konzeption einer zukünftigen Gesellschaft, die das, was wir tatsächlich tun, inspiriert, einer Gesellschaft, in der ein anständiger Mensch gern würde leben wollen. Mit Zielen meine ich die Optionen und Aufgaben, die in Reichweite liegen und die wir auf die eine oder andere Weise, geleitet von einer Vision, die noch weit entfernt und nebelhaft ist, verfolgen werden.

Eine inspirierende Vision muß sich auf eine Konzeption von der menschlichen Natur stützen, davon, was gut für die Menschen ist, von ihren Bedürfnissen und Rechten, von den Aspekten ihrer Natur, die genährt, ermutigt und zu ihrem eigenen und dem Nutzen anderer Gelegenheit zur Entfaltung haben sollten. Das Konzept von der menschlichen Natur, das unseren Visionen zugrunde liegt, ist im allgemeinen unausgesprochen und unvollständig, aber es ist immer, und sei es auch nur implizit, vorhanden, ganz gleich, ob man sich dafür entscheidet, die Verhältnisse so zu belassen, wie sie sind und seinen eigenen Garten zu bestellen, oder dafür für kleine, oder auch revolutionäre Veränderungen zu arbeiten.

Dies alles gilt zumindest für Menschen, die sich als moralisch verantwortliche Personen, nicht als Ungeheuer betrachten und sich Gedanken über die Auswirkungen dessen, was sie tun oder eben nicht tun, machen.

Hinsichtlich all dieser Fragen geht unser Wissen und unser Verständnis nicht sehr tief; wie in so gut wie jedem Bereich des menschlichen Lebens gehen wir auf der Basis von Intuition und Erfahrung, von Hoffnungen und Befürchtungen vor. Die Setzung von Zielen erfordert schwierige Entscheidungen mit

Ziele und

von Noam Chomsky

Foto: Herby Sachs/Version

sehr ernsthaften menschlichen Konsequenzen. Wir setzen sie uns auf der Basis unvollkommener Kenntnis der Wirklichkeit und begrenzten Verständnisses, und obwohl unsere Visionen eine Orientierung sein können und auch sollten, sind sie dies bestenfalls auf sehr unvollständige Weise. Sie sind weder klar noch sind sie unveränderlich, zumindest für Menschen, die den Konsequenzen ihrer Handlungen Bedeutung beimessen. Verständige Menschen werden sich um eine klarere Artikulation ihrer inspirierenden Visionen und um deren kritische Bewertung im Licht von Vernunft und Erfahrung bemühen. Bis jetzt ist hier die Substanz recht mager, und es bestehen keine Anzeichen dafür, daß sich dieser Zustand ändert. Parolen sind leicht dahingesagt, aber nicht sonderlich hilfreich, wenn reale Entscheidungen getroffen werden müssen.

Ziele versus Visionen

Ziele und Visionen können als in Konflikt zueinander erscheinen und sind es oft auch. Darin liegt kein Widerspruch, wie wir, denke ich, alle aus der ganz normalen Erfahrung wissen. Nehmen wir beispielsweise meinen eigenen Fall, um zu illustrieren, woran ich denke.

Meine persönlichen Visionen sind recht traditionell anarchistischer Art mit Ursprüngen in der Aufklärung und im klassischen Liberalismus. Bevor ich fortfahre, muß ich klarstellen, was ich damit meine. Ich meine nicht die Version des klassischen Liberalismus, die zu ideologischen Zwecken rekonstruiert worden ist, sondern das Original, bevor es an den Felsen des sich entwickelten Industriekapitalismus zerschmettert wurde, wie Rudolf Rocker es - meines Erachtens ziemlich treffend - vor sechzig Jahren in seinem Werk über den Anarchosyndikalismus ausdrückte.[1]

Während der Entwicklung des Staatskapitalismus in die moderne Zeit sind die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Systeme zunehmend von ausgedehnten Institutionen der privaten Tyrannei übernommen worden, die so

nah an das totalitären Ideal heranreichen wie nur irgend etwas, was Menschen bisher geschaffen haben. »Innerhalb des Konzerns«, schrieb der Wirtschaftswissenschaftler Robert Brady vor einem halben Jahrhundert, »entspringt alle Politik der Kontrolle von oben. Durch die Vereinigung dieser Macht, die Politik festzulegen, mit der Ausführung eben dieser Politik geht alle Autorität notwendigerweise von oben nach unten und alle Verantwortlichkeit von unten nach oben. Das ist natürlich das Gegenteil von »demokratischer« Kontrolle; es folgt den Strukturen diktatorischer Macht.« »Was in politischen Kreisen Legislative, Exekutive und Rechtsprechung genannt würde«, ist in »kontrollierenden Händen« gesammelt, die, »soweit es die Formulierung und Ausführung der Politik angeht, an der Spitze der Pyramide zu finden sind und ohne wesentliches Gegengewicht von der Basis her agieren.« Während die private Macht »wächst und expandiert«, verwandelt sie sich »in die Kraft einer Körperschaft, die in politischer Hinsicht immer einflußreicher und immer bewußter wird« und sich immer stärker einem »Propagandaprogramm« widmet, dessen »schließlicher Zweck darin besteht, die Öffentlichkeit ... zur Sichtweise der Kontrollpyramide zu bekehren«. Dieses Projekt, das in der von Brady betrachteten Periode schon beträchtlich gediehen war, erreichte einige Jahre später furchteinflößende Dimensionen, als die amerikanische Geschäftswelt danach strebte, die sozialdemokratischen Strömungen der Nachkriegswelt, die auch die Vereinigten Staaten erreichten, zurückzuschlagen und unter Verwendung der gewaltigen Ressourcen der Public-Relations-Industrie, der Unterhaltungsindustrie, der Medienkonzerne und was immer sonst noch von den »Kontrollpyramiden« der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung mobilisiert werden konnte, die Auseinandersetzung zu gewinnen, die ihre Führer »die immerwährende Schlacht um die Köpfe der Menschen« nannten. Dies sind Merkmale der modernen Welt von ausschlaggebender Wichtigkeit, wie von den wenigen sorgfältigen Studien in dramatischer Weise enthüllt wird.[2]

Die »Bankinstitute und vermögenden Gesellschaften«, vor denen Thomas Jefferson in seinen späteren Jahren warnte, und von denen er vorhersagte, daß sie sich in eine Form des Absolutismus verwandeln würden, die das Versprechen der demokratischen Revolution zunichte machen würde, wenn ihre Entwicklung nicht gezügelt würde, haben seitdem seine schlimmsten Erwartungen mehr als bestätigt. Sie sind nunmehr weitgehend jeder Rechenschaftspflicht entzogen und gegen Einmischung seitens der Bevölkerung und den Einblick der Öffentlichkeit immer mehr immun geworden, während sie starke wie wachsende Kontrolle über die globale Ordnung erlangten. Wer sich innerhalb ihrer hierarchischen Kommandostrukturen befindet, erhält Anordnungen von oben, während er selbst Anordnungen nach unten erteilt. Diejenigen außerhalb können versuchen, sich an das System der Macht zu vermieten, haben aber ansonsten kaum eine Beziehung dazu (außer durch den Kauf der Waren, die es anbietet, falls sie das können). Die Welt ist komplexer als jegliche simple Beschreibung, aber diejenige von Brady kommt ihr ziemlich nahe, heute sogar noch mehr als zu der Zeit, als er schrieb.

Es sollte hinzugefügt werden, daß die außerordentliche Macht, die die Konzerne und Finanzinstitutionen genießen, nicht das Resultat öffentlicher Entscheidungen war. Sie wurde im Verlauf der Schaffung eines in Entwicklung begriffenen Staates, der den Interessen privater Macht dient, von Gerichten und Rechtsanwälten zusammengezimmert und auf der Jagd nach Sonderprivilegien durch Ausspielen der Bundesstaaten gegeneinander ausgedehnt, was für große private Institutionen nicht sehr schwierig ist. Das ist der Hauptgrund dafür, daß der gegenwärtige Kongreß, der in ungewöhnlichem Ausmaß von Wirtschaftsinteressen dirigiert wird, danach strebt, die Bundesautorität auf die Einzelstaaten abzuwälzen, die leichter einzuschüchtern und zu manipulieren sind. Ich spreche hier von den Vereinigten Staaten, wo dieser Prozeß von der akademischen Wissenschaft ziemlich gut untersucht worden ist. Ich beschränke mich im weiteren auf diesen Fall; so weit ich weiß, sieht es auch anderswo sehr ähnlich aus.

Wir neigen dazu, die hieraus resultierenden Strukturen der Macht als unantastbar, praktisch als Teil der Natur anzusehen. Sie sind alles andere als das. Diese Formen der privaten Tyrannei erreichten einen ihrer gegenwärtigen Form ähnlichen Zustand, der die Rechte unsterblicher Personen einschließt, erst zu Beginn dieses Jahrhunderts. Die Verleihung von Rechten und die Rechtstheorie, die dahinter stand, wurzeln in weitgehend demselben intellektuellen Boden, der die beiden anderen Hauptformen des Totalitarismus im zwanzigsten Jahrhundert, den Faschismus und den Bolschewismus, nährte. Es besteht kein Grund, diese Tendenz innerhalb der menschlichen Organisation als dauerhafter anzusehen als ihre schändlichen Brüder.[3]

Es ist konventionelle Praxis, Begriffe wie »Totalitarismus« und »Diktatur« auf die politische Macht zu beschränken. Brady fällt aus dem Rahmen, indem er sich nicht an diese sich anbietende Konvention hält, die dazu beiträgt, die Zentren der Entscheidungsfindung den Augen der Öffentlichkeit zu entziehen. Das Bemühen, dies zu tun, ist in jeder Gesellschaft zu erwarten, die auf illegitimer Autorität basiert - und das heißt, jeder bestehenden Gesellschaft. Das ist beispielsweise auch der Grund, aus dem Darstellungen, die persönliche Eigenschaften und Mängel, vage und unspezifische kulturelle Praktiken und ähnliches mehr zur Grundlage machen, der Untersuchung der Struktur und Funktion mächtiger Institutionen bei weitem vorgezogen werden.

Wenn ich von klassischem Liberalismus spreche, meine ich die Ideen, die von der anschwellenden Flut der staatskapitalistischen Autokratie in beträchtlichem Maß hinweggeschwemmt wurden. Diese Ideen überlebten (oder wurden wiedererfunden) in verschiedenen Formen in der Kultur des Widerstandes gegen die neuen Formen der Unterdrückung und dienten dabei als inspirierende Vision für Massenkämpfe, die den Spielraum an Freiheit, Gerechtigkeit und Rechten beträchtlich erweitert haben. Ebenso wurden sie innerhalb libertärer linker Strömungen aufgegriffen, angepaßt und weiterentwickelt. Dieser anarchistischen Vision zufolge kommt jeder Struktur von Hierarchie und Autorität, ob es sich nun um persönliche Beziehungen handelt oder um die gesellschaftliche Ordnung als ganze, eine schwere Last der Rechtfertigung zu. Wenn sie dieser Last nicht gewachsen ist - manchmal ist sie es -, dann ist sie illegitim und sollte zerstört werden. Wird diese Herausforderung aufrichtig formuliert und direkt angegangen, kann ihr selten begegnet werden werden. Echt libertär gesinnte Menschen haben hier

ein weites Arbeitsfeld vor sich.

Staatsmacht und private Tyrannei sind wichtige Beispiele an einem extremen Pol, aber diese Fragen stellen sich so ziemlich quer durch alle Gebiete: in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern, Lehrern und Schülern, Männern und Frauen, denen, die jetzt leben und den zukünftigen Generationen, die dazu gezwungen sein werden, mit den Resultaten dessen zu leben, was wir tun - tatsächlich so gut wie überall. Die anarchistische Vision in fast jeder Variante hat insbesondere die Auflösung der staatlichen Macht ins Auge gefaßt. Ich persönlich teile diese Vision, obwohl sie meinen Nahzielen direkt zuwiderläuft. Von daher die Spannung, von der ich gesprochen habe.

Meine kurzfristigen Ziele liegen in der Verteidigung und sogar Stärkung von Elementen der Staatsautorität die, obwohl in grundlegender Weise illegitim, gerade jetzt von kritischer Notwendigkeit sind, um den heftigen Anstrengungen, den bei der Ausdehnung von Demokratie und Menschenrechten erreichten Fortschritt »zurückzurollen«, zu begegnen. Die Staatsautorität ist jetzt in den demokratischeren Ländern schweren Angriffen ausgesetzt, aber nicht, weil sie mit der libertären Vision in Konflikt steht. Sondern im Gegenteil: weil sie einigen Aspekten dieser Vision einen (schwachen) Schutz bietet. Regierungen haben einen verhängnisvollen Makel: im Unterschied zu den privaten Tyranneien bieten die Institutionen der staatlichen Macht und Autorität der verachteten Öffentlichkeit die Möglichkeit, in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten eine gewisse wie auch immer begrenzte Rolle zu spielen. Dieser Defekt ist für die Herrschenden unerträglich, die im Augenblick mit einer gewissen Berechtigung glauben, daß Wandlungen in der internationalen wirtschaftlichen und politischen Ordnung die Aussicht bieten, eine Art »Utopie für die Herrschenden« mit düsteren Perspektiven für einen Großteil der restlichen Menschheit zu schaffen. Es sollte unnötig sein, hier im einzelnen auszumalen, was ich meine. Die Auswirkungen sind selbst in den reichen Gesellschaften allzu offensichtlich, von den Korridoren der Macht zu den Straßen, Landgebieten und Gefängnissen. Aus Gründen, die Aufmerksamkeit verdienen, aber jenseits des Rahmens der vorliegenden Bemerkungen liegen, wird die Rollback-Kampagne gegenwärtig von den dominanten Sektoren von Gesellschaften (nämlich denen der englischsprachigen Welt) angeführt, in denen die jetzt unter Beschuß stehenden Werte in einigen ihrer fortgeschrittensten Formen realisiert worden sind - was keine geringe Ironie, aber auch keinen Widerspruch darstellt.



Foto: Sabine Adorf/Version

Es lohnt sich, im Gedächtnis zu behalten, daß die Erfüllung des utopischen Traums seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts als unmittelbar bevorstehende Aussicht gefeiert worden ist (ich komme auf diese Periode noch kurz zurück). In den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts konnte der revolutionäre sozialistische Künstler William Morris schreiben:

Ich weiß, daß es zur Zeit gültige Meinung ist, daß das System des Wettbewerbs oder des »Den Letzten holt der Teufel« das letzte System der Wirtschaft ist, das die Welt sehen wird; daß es die Vollkommenheit darstellt und daher in ihm der Endzustand erreicht worden ist; und es ist zweifellos eine kühne Sache, sich dieser Meinung entgegenzustellen, von der man mir sagt, selbst die gelehrtesten Männer verträten sie.

Wenn die Geschichte wirklich, wie zuversichtlich proklamiert wird, zu Ende ist, so fügte er hinzu, dann »wird die Zivilisation sterben«, aber die gesamte Geschichte sagt uns, daß dem nicht so ist. Die Hoffnung, daß Vollkommenheit in Reichweite sei, hatte in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts erneut Konjunktur. Mit der starken Unterstützung der geläufigen liberalen Meinung und natürlich der Geschäftswelt hatte Woodrow Wilsons Rotenpanik erfolgreich Gewerkschaften und unabhängiges Denken unterminiert und so geholfen, eine Ära der Vorherrschaft wirtschaftlicher Interessen zu etablieren, von der man erwartete, sie werde von Dauer sein. Mit dem Zusammenbruch der Gewerkschaften hatten die Werktätigen auf dem Höhepunkt des Automobilbooms keine Macht und wenig Hoffnung. Die oftmals gewaltsame Vernichtung der Gewerkschaften und der Rechte der Arbeiter schockierte sogar die rechtsgerichtete englischen Presse. Ein australischer Besucher, der über die Schwäche der amerikanischen Gewerkschaften verblüfft war, beobachtete 1928, daß »gewerkschaftliche Organisation nur bei Duldung durch die Unternehmer existiert... Sie hat keinen wirklichen Anteil an der Festlegung der Arbeitsbedingungen«.

Ein weiteres Mal zeigten die folgeden paar Jahre, daß diese Hoffnungen voreilig waren. Aber diese wiederkehrenden Träume bieten ein Modell, das die »Kontrollpyramiden« und ihre politischen Vertreter gegenwärtig wiederherzustellen suchen.[4]

Ich denke, daß in der heutigen Welt die Ziele eines engagierten Anarchisten darauf gerichtet sein sollten, einige der Staatsinstitutionen gegen den Angriff auf sie zu verteidigen und dabei gleichzeitig zu versuchen, sie für mehr tatsäch-

lich relevante Teilnahme der Öffentlichkeit zu öffnen - und sie schließlich in einer weitaus freieren Gesellschaft aufzulösen, wenn die angemessenen Bedingungen dafür geschaffen werden können.

Ob dieser Standpunkt nun richtig oder falsch ist - und das ist eine Angelegenheit, über die das Urteil ungewiß ist -, er wird jedenfalls von dem scheinbaren Konflikt zwischen Zielen und Visionen nicht widerlegt. Derartige Konflikte sind ein normales Merkmal des Alltagslebens, mit dem wir irgendwie zu leben versuchen, dem wir aber nicht entkommen können.

Die »humanistische Konzeption«

Mit alldem im Gedächtnis würde ich mich gern der allgemeineren Frage der Zukunftsvisionen zuwenden. Sie ist heute auf dem Hintergrund des sich verschärfenden Versuchs, die Errungenschaften, die durch lange und oft heftige Massenkämpfe gewonnen worden sind, zu revidieren, zu untergraben und zu zerstören, ganz besonders angemessen. Die fraglichen Themen sind von historischer Bedeutung und werden oft in Kampagnen, »die Öffentlichkeit zur Sichtweise der Kontrollpyramide zu bekehren«, in Nebel von Entstellung und Verfälschung gehüllt. Es könnte zum Nachdenken über die Ideale und Visionen, die bisher formuliert, modifiziert und umgeformt wurden, kaum einen besseren Moment geben. Diese Ideale sind mit der Entwicklung der Industriegesellschaft zu ihrem gegenwärtigen Stadium oft in ihr Gegenteil verkehrt worden, begleitet von einem massiven Angriff auf Demokratie, Menschenrechte und sogar Märkte, während der Triumph dieser Werte gerade von denen lauthals bejubelt wird, die die Speerspitze des Angriffs gegen sie bilden - ein Prozeß, der bei denen, die sich mit dem auskennen, was in aufrichtigeren Tagen »Propaganda« genannt wurde, ein wiedererkennendes Kopfnicken auslösen wird. Es ist ein Augenblick in der menschlichen Geschichte, der gleichermaßen intellektuell gesehen interessant wie von einem menschlichen Gesichtspunkt aus verhängnisschwanger ist.

Ich möchte mit der Skizzierung eines Standpunkts beginnen, der von zwei führenden Denkern des zwanzigsten Jahrhunderts, Bertrand Russell und John Dewey, formuliert wurde, die über eine große Zahl von Fragen verschiedener Meinung waren, aber eine Vision teilten, die Russell »die humanistische Konzeption« nannte - oder um Dewey zu zitieren, den Glauben, daß das »letztliche Ziel« der Produktion nicht die Produktion von Gütern ist, sondern die Produktion »freier Menschen, die miteinander auf der Basis der Gleichheit verbunden sind«. Das Ziel der Erziehung besteht, wie Russell es ausdrückte, darin, »ein Gefühl für den Wert von anderen Dingen als Herrschaft zu vermitteln«, dazu beizutragen, »gebildete Bürger einer freien Gemeinschaft« zu schaffen, in der sowohl Freiheit als auch »individuelles Schöpfertum« gedeihen und die arbeitenden Menschen die Herren ihres Schicksals, nicht Werkzeuge zur Produktion sein werden. Illegitime Strukturen des Zwangs müssen demontiert werden; besonders aber die Beherrschung durch »das Wirtschaften für privaten Profit durch die private Kontrolle von Bankoperationen, Land und Industrie, verstärkt durch das Kommando über die Presse, die Presseagenten und weitere Mittel von Publizität und Propaganda« (Dewey). Wenn dies nicht getan wird, fuhr Dewey fort, macht es wenig Sinn, von Demokratie zu reden. Die Politik wird »der Schatten« bleiben, »der vom großen Geschäft auf die Gesellschaft geworfen wird, [und] die Abschwächung des Schattens wird am Wesen der Sache nichts ändern«. Demokratische Formen werden keinen wirklichen Inhalt haben, und die Menschen werden »nicht auf freie und intelligente Weise, sondern um des Verdienstes willen« arbeiten, ein Zustand, der »beengend und unmoralisch« ist. Dementsprechend muß das industrielle Leben »statt einer feudalistischen eine demokratische Ordnung« erhalten, die auf Arbeiterkontrolle, freier Assoziation und föderaler Organisation beruht, gemäß den allgemeinen Vorstellungen einer ganzen Strömung sozialen Denkens, wozu etwa nebst vieler Anarchisten G.D.H. Coles Gildensozialismus und Linksmarxisten wie Anton Pannekoek, Rosa Luxemburg, Paul Mattick und andere gehören. Russell vertrat in dieser Hinsicht ziemlich ähnliche Ansichten.[5]

Probleme der Demokratie stellten den hauptsächlichen Brennpunkt von Deweys Denken und direktem Engagement dar. Dewey enstammte direkt dem amerikanischen Mainstream und war »so amerikanisch wie apple pie«, wie der geläufige Ausdruck lautet. Es ist daher bedeutsam, daß die Gedanken, die er vor nicht allzu vielen Jahren zum Ausdruck brachte, heute in einem Großteil der intellektuellen Kultur als exotisch oder Schlimmeres angesehen oder sogar in einflußreichen Teilen der Kultur als »antiamerikanisch« denunziert würden.(...)

Die Ideen, die in nicht sehr weit zurückliegender Vergangenheit von so hervorragenden Gestalten wie Russell und Dewey ausgedrückt wurden, wurzeln in der Aufklärung und im klassischen Liberalismus und bewahren ihren revolutionären Charakter: in der Erziehung, am Arbeitsplatz und in jedem anderen Bereich des Lebens. Wenn sie in die Tat umgesetzt würden, würden sie dazu beitragen, den Weg für die

freie Entwicklung menschlicher Wesen zu bereiten, deren Ziele nicht in Akkumulation und Herrschaft, sondern in Unabhängigkeit des Geistes und der Tat, der freien Vereinigung auf der Basis der Gleichheit und der Zusammenarbeit zur Erreichung gemeinsamer Ziele bestehen. Solche Menschen würden Adam Smiths Verachtung für die »niederen« und »schäbigen Bestrebungen« der »Herrscher der Menschheit« und ihren »schändlichen Wahlspruch« teilen: »Alles für uns, und nichts für die anderen«, die Leitprinzipien, deren Bewunderung und Verehrung man uns lehrt, während traditionelle Werte unter unablässigen Angriffen unterhöhlt werden. Sie würden unschwer begreifen, was eine Gestalt des Vorkapitalismus wie Smith dazu brachte, vor den schlimmen Konsequenzen der Arbeitsteilung zu warnen und seine durchaus nuancierte Verfechtung der Märkte zum einem Teil auf den Glauben zu stützen, daß es unter Bedingungen »perfekter Freiheit« eine natürliche Tendenz zur Gleichheit geben würde, ein Resultat, das er aus elementaren moralischen Gründen als offenkundig erstrebenswert ansah.

Die »humanistische Konzeption«, die von Russell und Dewey zu einer zivilisierteren Zeit zum Ausdruck gebracht wurde und die der libertären Linken vertraut ist, steht in radikalem Widerstreit zu den führenden Strömungen des zeitgenössischen Denkens: den Leitideen der von Lenin und Trotzki errichteten Ordnung sowie der staatskapitalistischen Industriegesellschaften des Westens. Eines dieser Systeme ist glücklicherweise zusammengebrochen, aber das andere ist auf dem Weg zurück in eine möglicherweise sehr häßliche Zukunft.

»Der neue Geist der Zeit«

Es ist wichtig, zu erkennen, wie scharf und dramatisch der Zusammenstoß der Werte zwischen dieser humanistischen Konzeption und dem ist, was heute vorherrscht, nämlich die Ideale, die von der Arbeiterpresse der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als »der neue Geist der Zeit: Sich bereichern, und an nichts als sich selbst denken« denunziert wurden - Smiths »schändlicher Wahlspruch«, eine erniedrigende und beschämende Doktrin, die kein anständiger Mensch akzeptieren könne. Es ist bemerkenswert, die Evolution der Werte von einer Gestalt des Vorkapitalismus wie Smith mit seinem Augenmerk auf Mitgefühl, das Ziel der Freiheit in Gleichheit und das grundlegenden Menschenrecht auf schöpferische und erfüllende Arbeit bis zu denen zu verfolgen, die »den neuen Geist der Zeit« feiern und dabei oft in schamloser Weise Smiths Namen im Mund führen. Lassen wir die vulgären Darbietungen, die regelmäßig die ideologischen Institutionen verunzieren, einmal beiseite. Nehmen wir statt dessen jemanden, der wenigstens ernst genommen werden kann, sagen wir einmal den Nobelpreisträger der Ökonomie James Buchanan, der uns erzählt, daß »die ideale Gesellschaft die Anarchie ist, in der kein Einzelner und keine Gruppe von Einzelnen Zwang auf die anderen ausübt«. Er gibt dann den folgenden Kommentar, der autoritativ als Tatsache festgestellt wird:

Die ideale Situation für jeden Menschen ist eine solche, die ihm volle Handlungsfreiheit gestattet und das Verhalten anderer hemmt, um ihnen die Befolgung seiner eigenen Wünschen aufzwingen. Das heißt, jeder Mensch strebt die Herrschaft über eine Welt von Sklaven an,

ein Gedanke, den Adam Smith als krankhaft betrachtet hätte, ebenso wie Wilhelm von Humboldt, John Stuart Mill oder überhaupt jeder, der der klassischen liberalen Tradition auch nur nahe steht - aber genau er wird uns als unser schönster Traum hingestellt, für den Fall, daß wir es noch nicht gemerkt haben.

Eine faszinierende Illustration des Zustands der intellektuellen Kultur und der in ihr vorherrschenden Werte sind die Kommentare zu den schwierigen Problemen, denen wir bei der Aufrichtung der Menschen in Osteuropa gegenüberstehen, die jetzt endlich befreit sind, so daß wir die liebende Sorge, mit der wir unsere Hinterhöfe anderswo während einiger hundert Jahre überschüttet haben, auf sie ausdehnen können. Die Konsequenzen dieser Fürsorge scheinen in Gestalt einer beeindruckenden Ansammlung von Schreckenskammern rund um die Welt ziemlich klar, aber wundersamerweise - und sehr zum Glück - lehren sie nichts über die Werte unserer Zivilisation und die Prinzipien,



Foto: Sabine Adorf/Version

die ihre edlen Führer leiten; nur »Antiamerikaner« und ihresgleichen könnten so wahnsinnig sein, nahezulegen, daß die immer gleichen Resultate der Geschichte möglicherweise einen Seitenblick verdienen würden. Nun gibt es neue Anwendungsgebiete für unsere Wohltätigkeit. Wir können den von der kommunistischen Tyrannei befreiten Menschen helfen, den gesegneten Zustand von Bengalis, Haitianern, Brasilianern, Guatemalteken, Filipinos, eingeborener Völker überall, afrikanischer Sklaven - die Liste ist endlos - zu erreichen oder sich ihm wenigstens anzunähern.

Ende 1994 brachte die *New York Times* eine Artikelserie darüber, wie sich unsere Schüler anstellen. Der Artikel über Ostdeutschland beginnt mit dem Zitat eines Pfarrers, der einer der Führer der Volksproteste gegen das kommunistische Regime gewesen war. Er beschreibt seine wachsende Sorge über das, was in seiner Gesellschaft vor sich geht: »brutaler Wettbewerb und die Gier nach Geld sind dabei, unseren Sinn für Gemeinschaft zu zerstören. Beinahe alle verspüren ein Maß an Angst oder Depression oder Unsicherheit«, während sie die Lektionen einüben, die wir für die rückständigen Völker der Welt bereit halten. Aber ihre Reaktion beinhaltet keine Lektion für uns.

Das Schaustück, auf das alle Welt stolz ist, ist Polen, wo »der Kapitalismus freundlicher gewesen ist« als anderswo, wie Jane Perlez unter der Schlagzeile »Schnelle und langsame Straßen auf dem kapitalistischen Weg« berichtet: einige Polen verstehen, worum es geht, andere dagegen lernen langsam.

Perlez bringt von beiden Sorten Beispiele. Die gute Schülerin ist die Besitzerin einer kleinen Fabrik, die ein

»aufblühendes Beispiel« der besten Seiten im modernen kapitalistischen Polen ist. Dank zinsfreier Regierungskredite in dieser nunmehr florierenden freien Marktwirtschaft stellt ihre Fabrik »bezaubernde perlenbesetzte Kleider« und »raffiniert geschnittene Hochzeitskostüme« her, die größtenteils an reiche Deutsche, aber auch an wohlhabende Polinnen verkauft werden. In der Zwischenzeit hat sich, wie die Weltbank berichtet, die Armut seit Einführung der Reformen mehr als verdoppelt, während die Reallöhne um 30 Prozent gefallen sind und die polnische Wirtschaft sich Voraussagen zufolge bis Ende 1994 bis zu einem Stand von 90 Prozent ihres Bruttosozialprodukts von vor 1989 erholen sollte. Aber »der Kapitalismus ist freundlicher gewesen«: hungrige Menschen können für die »Zeichen plötzlichen Konsums« dankbar sein und die Hochzeitskostüme in den Fenstern eleganter Läden, die »ausländischen Wagen mit polnischen Nummernschildern«, die die Straße, die Warschau mit Berlin verbindet, hinunterrasen und die »neureichen Frauen mit in ihre Taschenkalender gesteckten 1300-Dollar-Handys« bewundern.

»Man muß den Leuten beibringen, zu begreifen, daß sie für sich selbst kämpfen müssen und sich nicht auf andere verlassen können«, erklärt eine Jobberaterin in der Tschechischen Republik. Besorgt über die Schaffung einer »permanenten Unterklasse« betreibt sie einen Trainingskurs, um Leuten, denen in den Tagen, als »die stolze Parole noch lautete: "Ich bin Bergarbeiter, wer sonst ist besser?"«, »egalitäre Werte eingedrillt worden« waren, die richtige Einstellung beizubringen. Die schnellen Lerner kennen jetzt die Antwort auf diese Frage: die Angehörigen der Ex-Nomenklatura, die jetzt, wo sie sich in Agenten ausländischer Unternehmen verwandeln, die sie wegen ihrer Kenntnisse und ihrer Erfahrung natürlicherweise bevorzugen, über ihre wildesten Träume hinaus reich sind; die Bankiers, die sich über das Netzwerk der »Jungs von damals« im Geschäft festsetzen; die polnischen Frauen, die die Wonnen des Konsums genießen; die von der Regierung unterstützten Hersteller eleganter Kleider für den Export an weitere reiche Frauen. Kurz, die richtige Art von Leuten.

So sehen die Erfolge der amerikanischen Werte aus. Dann gibt es da noch die Mißerfolge, die immer noch auf der Standspur fahren. Perlez wählt als Beispiel einen 43 Jahre alten Kohlebergarbeiter, der »in seinem holzverkleideten Wohnzimmer sitzt und die Früchte seiner Arbeit unter dem Kommunismus bewundert - einen Fernseher, bequeme Möbel, eine blinkende neue Küche« und jetzt nach 27 Jahren in den Gruben arbeitslos ist und an die Jahre vor 1989 denkt. Sie »waren großartig«, sagt er, und »das Leben war sicher und behaglich«. Als langsamer Lerner findet er die neuen Werte »unbegreiflich«, und kann nicht verstehen, »warum er zuhause ist, keine Arbeit hat und auf Sozialhilfe angewiesen ist«. So macht er sich Sorgen um seine zehn Kinder, denn ihm fehlt das Talent, sich zu »bereichern, und an nichts als sich selbst zu denken«.

Es ist demnach verständlich, daß Polen ein Platz an der Seite der anderen Trophäen gebührt und zusätzlichen Stolz und Selbstbejubelung auslöst.



Die Region plagt sich mit weiteren langsamen Lernern, ein Problem, über das in einem »Globalbericht« von Korrespondenten des Christian Science Monitor in der früheren kommunistischen Welt ein Überblick gegeben wird. Ein Unternehmer klagte, daß »er einem ukrainischen Landsmann 100 $ im Monat geboten habe, damit dieser ihm helfe, auf privatem Land Rosen zu züchten« (übersetzt: damit er für ihn arbeitet). »Verglichen mit den 4 $, die der Mann auf einer Kollektivfarm verdiente, war das ein Vermögen. Aber das Angebot wurde zurückgewiesen.« Der schnelle Lerner schreibt diese Unvernunft »einer bestimmten Mentalität« zu, die selbst nach dem Sieg der Freiheit noch ihre Blüten treibt: »Er denkt, "Njet, ich werde nicht das Kollektiv verlassen und dein Sklave sein"«. Amerikanische

Die Standardgeschichte lautet, daß Osteuropa, das nun endlich befreit ist, jetzt zu den reichen Gesellschaften des Westens aufschließen kann. Vielleicht, aber dann fragt man sich doch, warum dies nicht im Verlauf des letzten halben Jahrtausends geschehen war, während dessen ein Großteil Osteuropas im Verhältnis zum Westen bis weit in unser Jahrhundert hinein ständig zurückfiel und dessen ursprüngliche »Dritte Welt« wurde. Eine andere vorstellbare Zukunftsperspektive ist, daß der vorherige Status Quo mehr oder weniger wiederhergestellt wird: Teile des kommunistischen Imperiums, die einst zum industriellen Westen gehört hatten - Westpolen, die tschechische Republik und einige weitere - werden sich ihm allmählich angleichen, während andere Teile zu so etwas wie ihrem vorherigen Status zurückkehren, als Dienstleistungsgebiete für die reiche industrielle Welt, die natürlich nicht einfach aufgrund ihrer einzigartigen Tugenden so reich geworden ist. Wie Winston Churchill in einem Papier, das er im Januar 1914 seinen Kabinettskollegen vorlegte, feststellte,

sind wir kein junges Volk mit einer unschuldigen Geschichte und einer spärlichen Erbschaft. Wir haben uns ... einen insgesamt übermäßigen Anteil am Reichtum und Verkehr der Welt angeeignet. Wir haben alles bekommen, was wir an Territorium wollten, und unser Anspruch, im unbelästigten Genuß riesiger und glänzender Besitztümer belassen zu werden, die hauptsächlich durch Gewalt erworben wurden und großenteils durch Waffenmacht aufrechterhalten werden, scheint anderen oft weniger angemessen als uns. (...)

Was jetzt in einem Großteil Osteuropas geschieht, wiederholt zum Teil die übliche Geschichte von Regionen, die in eine Dienstleistungsrolle gedrängt wurden, in der viele von ihnen - mit lehrreichen Ausnahmen - verbleiben. Es läßt sich ebenfalls gut vergleichen mit einer langen, interessanten und wichtigen Strömung in der Geschichte der Industriegesellschaften selbst. Das moderne Amerika wurde über die Proteste seiner Arbeiter hinweg geschaffen«, wie der Historiker der Arbeiterbewegung an der Yale University David Montgomery hervorhebt, Proteste, die kraftvoll und unverblümt waren und mit »heftigen Kämpfen« ein–



Foto: R. Maro

Arbeiter waren lange Zeit ebenfalls von derselben Unwilligkeit infiziert, jemandes Sklave zu werden, bis sie dann richtig zivilisiert wurden; darauf komme ich noch zurück.

Mieter in einem Wohngebäude in Warschau leiden unter derselben Krankheit. Sie wollen ihre Wohnungen nicht an einen Industrieunternehmer abtreten, der einen aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammenden Besitzanspruch auf das Gebäude erhebt und fragt: »Warum sollen Leute von etwas profitieren, auf das sie kein Recht haben?« Es hat, so fährt der Bericht fort, »bedeutende Reformfortschritte« bei der Überwindung solch rückständiger Haltungen gegeben, obwohl »immer noch großes Widerstreben besteht, Ausländer Land kaufen und verkaufen zu lassen«. Der Koordinator US-geförderter landwirtschaftlichen Initiativen erklärt, daß »man hier nie eine Lage haben wird, wo 100 Prozent des Lands in privaten Händen ist. Sie haben nie Demokratie gehabt«. Immerhin schlagen die antidemokratischen Leidenschaften nicht so hohe Wellen wie in Vietnam, wo ein Dekret vom Februar 1995 »die Uhr zurückdrehte«: »In einem Tribut an Marx zielt das Dekret darauf ab, Vietnamesen zu helfen, den privilegierten Wenigen Pacht abzupressen, die Landzertifikate für Geschäftsunternehmen besitzen«, die in dem Bemühen gewährt wurden, ausländische Investitionen anzuziehen. Wenn man bloß ausländischen Investoren und einer kleinen einheimischen Elite erlauben würde, das Land aufzukaufen, könnten die Eingeborenen für sie arbeiten (wenn sie Glück haben), und wir würden endlich Freiheit und »Demokratie« haben, so wie in Mittelamerika, den Philippinen und anderen schon vor langem befreiten Paradiesen.

hergingen. Es gab einige hart erkämpfte Siege, die von erzwungener Anpassung an »ein äußerst undemokratisches Amerika« abgelöst wurden, besonders, wie er bemerkt, in den zwanziger Jahren, als es schien, daß »das Haus der Arbeiterbewegung« »untergegangen« sei.

Die Stimme der arbeitenden Menschen wurde in der Arbeiter- und Volkspresse, die von der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts an bis zum zweiten Weltkrieg und sogar noch darüber hinaus blühte und schließlich durch staatliche und private Macht zerstört würde, klar und deutlich artikuliert. Selbst in den fünfziger Jahren erreichten 800 Arbeiterzeitungen immer noch zwanzig bis dreißig Millionen Menschen und strebten - eigenen Worten zufolge - danach, die Konzernoffensive zum »Ausverkauf des amerikanischen Volkes an die Tugenden des Big Business« zu bekämpfen, den Rassenhaß und »alle Arten von antidemokratischen Worten und Taten« bloßzustellen und »Gegenmittel für die schlimmsten Gifte der ausgehaltenen Presse« zu liefern. Dies waren die kommerziellen Medien, die die Aufgabe hatten, »bei jeder Gelegenheit die Arbeiterbewegung zu verdammen und dabei die Sünden der Bank- und Industriemagnaten, die in Wirklichkeit die Nation kontrollieren, sorgfältig zu übergehen«.

Stimmen des Widerstands

Die Volksbewegungen des Widerstands gegen die staatskapitalistische Autokratie und die beredten Stimmen dieser Bewegungen können uns eine Menge über die Ziele und Visionen gewöhnlicher Menschen, über ihre Sicht der Dinge und ihre Bestrebungen lehren. Die erste große (und meines Wissens immer noch einzige) Studie über die Arbeiterpresse der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wurde vor siebzig Jahren von Norman Ware publiziert. Sie ist heute eine erhellende Lektüre, oder wäre es, wenn sie bekannt wäre. Ware konzentriert sich auf die Zeitschriften, die von Handwerkern und »Fabrikmädchen« in Industriestädten im Umkreis von Boston, dem »Athen Amerikas« und der Heimat seiner größten Universitäten, gegründet und betrieben wurden. Die Städte sind immer noch da und großenteils demoralisiert und in Verfall begriffen, aber in nicht größerem Maß als die belebenden Visionen der Menschen, die sie einst bauten und den Grundstein für den Reichtum und die Macht Amerikas legten.

Die Zeitschriften zeigen, wie fremd und unerträglich die von der privaten Macht geforderte Wertesysteme für die Werktätigen waren, die es hartnäckig ablehnten, normale menschliche Gefühlsregungen aufzugeben. »Der neue Geist der Zeit«, den sie heftig verurteilten, »war für einen erstaunlich großen Sektor der früheren amerikanischen Gemeinschaft abstoßend«, schreibt Ware. Der Hauptgrund war »der Niedergang des Industriearbeiters als einer Person«, die »psychologische Veränderung«, der »Verlust von Würde und Unabhängigkeit« und demokratischer Rechte und Freiheiten, während die Werte des Industriekapitalismus durch staatliche und private Macht wenn nötig mit Gewalt aufgezwungen wurden.

Die Arbeiter beklagten die »Degradierung und den Verlust jener Selbstachtung, die aus den Handwerkern und Arbeitern den Stolz der Welt gemacht hatte«, den Niedergang von Kultur, Fertigkeiten und Kenntnissen und selbst einfacher menschlicher Würde, während sie dem unterworfen wurden, was sie »Lohnsklaverei« nannten und was ihrem Empfinden nach nicht viel anders war als die Leibeigenschaft der Plantagen im Süden, da sie nun gezwungen waren, sich selbst zu verkaufen und nicht das, was sie produzierten, wodurch sie zu »Gesinde« und »niederen Untertanen« von »Despoten« wurden. Sie beschrieben die Zerstörung »des Geistes freier Institutionen«, die die Werktätigen auf einen »Stand der Knechtschaft« reduziere, in dem sie »eine Geldaristokratie wie eine Lawine über uns hängen sehen, die jedem Mann, der ihr Recht zur Versklavung und Unterdrückung der Armen und Unglücklichen in Frage zu stellen wagt, mit Vernichtung droht«. Und sie konnten kaum umhin, die materiellen Bedingungen bei sich Zuhause oder im nahegelegenen Boston zu bemerken, wo die Lebens-

erwartung für Iren im Jahr 1849 auf 14 Jahre geschätzt wurde.

Besonders dramatisch und wiederum wichtig für den gegenwärtigen Angriff auf Demokratie und Menschenrechte war der scharfe Niedergang der Hochkultur. Die von den Farmen von Massachussetts kommenden »Fabrikmädchen« waren gewohnt gewesen, ihre Zeit damit zu verbringen, Klassiker und zeitgenössische Literatur zu lesen, und die unabhängigen Handwerker stellten, wenn sie ein wenig Geld hatten, oft einen Jungen an, der ihnen vorlas, während sie arbeiteten. Es ist keine geringe Aufgabe gewesen, derartige Gedanken aus den Köpfen der Menschen zu vertreiben, so daß heute ein angesehener Kommentator Ideen über die Demokratisierung des Internet, um den weniger Privilegierten den Zugang zu ermöglichen, höhnisch abtun kann:

> Man sollte meinen, daß, wie die Dinge jetzt stehen, die Armen sämtliche Information bekommen, die sie wollen und sich in vielen Fällen sogar den Bemühungen von Schulen, Bibliotheken und der Informationsmedien widersetzen, sie informierter zu machen. Tatsächlich hilft dieser Widerstand oft, zu erklären, warum sie arm sind

- zusammen mit ihren mangelhaften Genen, zweifellos. Diese Erkenntnis wurde als so profund betrachtet, daß sie von den Herausgebern in einem besonderen Kasten präsentiert wurde.[14]

Die Arbeiterpresse verurteilte außerdem das, was sie die »gekaufte Priesterschaft« der Medien, der Universitäten und der intellektuellen Klasse nannte, Apologeten der Macht, die danach strebten, den Despotismus zu rechtfertigen, der gerade dabei war seinen Zugriff zu verstärken und seine erniedrigenden Werte zu verbreiten. »Die in den Werken arbeiten, sollten sie auch besitzen« schrieben arbeitende Menschen ohne die Hilfeleistungen radikaler Intellektueller. Auf diese Weise würden sie die »monarchischen Prinzipien« überwinden, die »auf demokratischem Boden« Wurzeln schlugen. Jahre später wurde dies zum Sammelruf für die organisierte Arbeiterbewegung, und zwar selbst für ihre konservativeren Sektoren. In einer weithin verbreiteten Ansprache auf einem Gewerkschaftspicknick erklärte Henry Demarest Lloyd, daß es die »Mission der Arbeiterbewegung ist, die Menschheit von den Aberglauben und Sünden des Markts zu befreien und das Elend, das die Frucht dieser Sünden ist, abzuschaffen. Dieses Ziel kann erreicht werden, indem die Prinzipien demokratischer Politik auf die Wirtschaft ausgedehnt werden.« »Es sollen die Menschen, die die Arbeit tun, sein, die die Länge des Arbeitstags, die Arbeitsbedingungen und die Verteilung des Produkts bestimmen«, verlangte er in einer Ansprache, die David Montgomery »einen Fanfarenruf an die Tagung der AFL von 1893« nannte. Es sind die Arbeiter selbst, fuhr Lloyd fort, die »die Lenker der Industrie auswählen sollen, und als Diener, nicht als Herren wählen sollen. Es ist die Wohlfahrt aller, auf die die koordinierte Arbeit aller gerichtet sein muß ... Das ist Demokratie.«[15]

Diese Ideen sind innerhalb der libertären Linken natürlich wohlbekannt, wenngleich sie den Doktrinen der dominierende Machtsysteme radikal zuwiderlaufen, ob diese nun in den großenteils bedeutungslosen Begriffen des zeitgenössischen Diskurses als »links«, rechts« oder »Mitte« bezeichnet werden. Es ist noch nicht lange her, daß sie, nicht zum erstenmal, unterdrückt wurden, und sie können wiederhergestellt werden, wie schon oft zuvor.

Solche Werte wären auch für die Begründer des klassischen Liberalismus verständlich gewesen. Wie vorher schon in England illustrieren die Reaktionen von Arbeitern in den Industriestädten Neuenglands die Scharfsichtigkeit von Adam Smiths Kritik an der Arbeitsteilung. In Übernahme typischer Ideen der Aufklärung über Freiheit und Kreativität erkannte Smith daß »die Intelligenz des größeren Teils der Menschen notwendigerweise durch ihre gewöhnliche Arbeitstätigkeit geformt wird«. Er folgert, daß

> der Mensch, dessen Leben in der Ausführung einiger weniger Verrichtungen verausgabt wird, deren Ergebnisse vielleicht ebenfalls immer dieselben, oder fast genau dieselben sind, keine Gelegenheit hat, sein Verständnis zur Geltung zu bringen ... und im allgemeinen so dumm und unwissend wird, wie es ein menschliches Geschöpf nur sein kann ... Aber in jeder gehobenen und zivilisierten Gesellschaft ist dies der Zustand, in den die werktätigen Armen, das heißt, die große Masse des Volkes, notwendigerweise verfallen muß, wenn die Regierung keine Vorkehrungen trifft, es zu verhindern,



was seiner Auffassung nach getan werden muß, um dem zerstörerischen Einfluß wirtschaftlicher Kräfte einen Riegel vorzuschieben. Wenn ein Handwerker auf Befehl einen schönen Gegenstand herstellt, schrieb Wilhelm von Humboldt in klassischem Werk, das Mill inspirierte, »mögen wir bewundern, was er tut, aber wir verachten, was er ist«: nicht ein freies menschliches Wesen, sondern ein bloßes Werkzeug in den Händen anderer. Aus ähnlichen Gründen »ist der Arbeiter, der einen Garten bebaut, vielleicht in einem wahreren Sinn sein Eigentümer als der teilnahmslose Wollüstling, der seine Früchte genießt«. Auch später blieb für echte Konservative klar, dafl die Kräfte des Marktes das, was am menschlichen Leben wertvoll ist, zerstören werden, wenn sie nicht scharf beschränkt werden. Alexis de Tocqueville stellte ein halbes Jahrhundert später in Wiederholung von Smith und von Humboldt die rhetorische Frage, was »von einem Mann erwartet werden kann, der zwanzig Jahre seines Lebens damit verbracht hat, Nadelköpfe zu machen?« »Die Kunst schreitet voran, der Kunsthandwerker zurück«, kommentierte er. Ebenso wie Smith schätzte er die Gleichheit der Bedingungen hoch, in der er die Grundlage der amerikanischen Demokratie erkannte, und warnte davor, daß, wenn »die permanente Ungleichheit der Bedingungen« jemals zur Tatsache wird, »die Aristokratie der Manufaktur, die unter unseren Augen heranwächst« und »eine der härtesten ist, die jemals in der Welt existiert haben«, ihren Beschränkungen entkommen könnte, was das Ende der Demokratie bedeuten würde. Auch Jefferson faßte es als grundlegende Voraussetzung auf, daß »weitverbreitetes Elend und konzentrierter Reichtum in einer Demokratie nicht Seite an Seite existieren können«.[16]

Erst im frühen neunzehnten Jahrhundert kam es so weit, daß die zerstörerischen und inhumanen Marktkräfte, die von den Begründern des klassischen Liberalismus verdammt wurden, zu Gegenständen der Verehrung erhoben wurden und ihre Heiligkeit von Ricardo und anderen klassischen Ökonomen als ihr Beitrag zum im England der Industrialisierung

ausgetragenen Klassenkrieg mit der Gewißheit »der Prinzipien der Schwerkraft« etabliert wurde - Doktrinen, die man jetzt wiederauferstehen läßt, wo »der ewigwährende Kampf um den Geist der Menschen« mit erneuter Intensität und Grausamkeit geführt wird.

Es sollte festgehalten werden, daß diese ökonomischen Gegenstücke zu Newtons Gesetzen in der wirklichen Welt in der Praxis großenteils genauso gehandhabt wurden wie heute. Die spärlichen Studien von Wirtschaftshistorikern über diesen Gegenstand schätzen, daß etwa die Hälfte des industriellen Sektors von Neuengland geschlossen worden wäre, wenn man die Wirtschaft den weitaus billigeren Produkten der britischen Industrie geöffnet hätte, die ihrerseits mit reichlichem Rückgriff auf die Staatsmacht etabliert und aufrechterhalten worden war. Heute gilt weitgehend dasselbe, wie jedermann schnell entdecken wird, der den Nebel der Rhetorik beiseitescheucht und sich die Realität des »Wirtschaftsliberalismus« und der »unternehmerischen Werte«, die er fordert, ansieht.

John Dewey und Bertrand Russell sind zwei der Erben dieser Tradition im zwanzigsten Jahrhundert, deren Wurzeln in der Aufklärung und dem klassischen Liberalismus liegen und die meines Erachtens am lebendigsten verwirklicht ist in der ermutigenden Geschichte des Kampfs, der Organisierung und des Denkens werktätiger Männer und Frauen in ihrem Bestreben, die Sphäre von Freiheit und Gerechtigkeit gegen den neuen Despotismus staatlich unterstützter privater Macht aufrechtzuerhalten und zu erweitern.

Eine grundsätzliche Frage wurde von Thomas Jefferson in seinen späteren Jahren formuliert, als er das Wachstum der neuen »Aristokratie der Manufaktur« beobachtete, das de Tocqueville alarmierte. Sehr in Sorge um das Schicksal des demokratischen Experiments traf er eine Unterscheidung zwischen »Aristokraten« und »Demokraten«. Die »Aristokraten« sind »diejenigen, die das Volk fürchten und ihm mißtrauen und alle Macht von ihm weg in den Händen der oberen Klassen konzentrieren wollen«. Im Gegensatz dazu »identifizieren sich« die Demokraten »mit dem Volk, haben Vertrauen in es und sehen es als ehrlichen & sicheren ... Träger des öffentlichen Interesses«, wenn auch nicht immer »den weisesten«. Die Aristokraten seiner Tage waren die Verfechter des im Aufstieg begriffenen kapitalistischen Staates, den Jefferson mit Unwillen betrachtete, da er den offenkundigen Gegensatz zwischen Demokratie und Kapitalismus - oder genauer gesagt, »real existierenden Kapitalismus«, der eng mit der Staatsmacht verbunden ist - erkannte.

Jeffersons Beschreibung der »Aristokraten« wurde von Bakunin weiter entwickelt, der vorhersagte, daß die »neue Klasse« der Intellektuellen einem von zwei parallelen Wegen folgen würde. Sie könnten danach streben, Kämpfe des Volkes dazu auszubeuten, die Staatsmacht in ihre eigenen Hände zu nehmen und zu einer »Roten Bürokratie« werden, die das grausamste und bösartigste Regime der Geschichte errichten wird. Oder sie könnten zu der Ansicht gelangen, daß die Macht anderswo liegt und sich selbst als deren »gekaufte Priesterschaft« anbieten, und den wirklichen Herren entweder als Manager oder als Apologeten dienen, die in den staatskapitalistischen Demokratien »das Volk mit des Volkes Stock schlagen«.

Das ist wohl eine der wenige Voraussagen der Sozialwissenschaften, die auf sehr dramatische Weise wahr geworden sind. Allein aus diesem Grund verdient sie einen Ehrenplatz im berühmten Kanon, obwohl wir darauf noch lange zu warten haben werden.

»Harte Liebe«

Es besteht, denke ich, eine schaurige Ähnlichkeit zwischen der heutigen Periode und den Tagen, als die gegenwärtige Ideologie - das, was jetzt »Neoliberalismus« oder »wirtschaftlicher Rationalismus« genannt wird - von Ricardo, Malthus und anderen entwickelt wurde. Ihre Aufgabe war es, den Menschen zu demonstrieren, daß sie keine Rechte haben, im Gegensatz zu dem, was sie närrischerweise glauben. Der schwerwiegende intellektuelle Irrtum der vorkapitalistischen Periode bestand in dem Glauben, daß die Menschen einen Platz in der Gesellschaft und ein Recht auf diesen Platz haben, vielleicht nur auf einen elenden Platz, aber immerhin etwas. Die neue Wissenschaft demonstrierte, daß das Konzept eines »Rechts, zu leben« ein simpler



Foto: H.J. Lichtenberger

Trugschluß sei. Irregeleiteten Menschen mußte geduldig erklärt werden, daß sie keine Rechte haben, außer dem Recht, ihr Glück auf dem Markt zu versuchen. Eine Person, die keinen unabhängigen Reichtum besitzt und auf dem Arbeitsmarkt nicht überleben kann, »hat keinen Anspruch auf die geringste Menge an Nahrung und hat in der Tat nichts dort zu suchen, wo sie sich befindet«, verkündete Malthus in einflußreichen Schriften. Es ist ein »großes Übel« und eine Verletzung der »natürlichen Freiheit«, die Armen zu dem Glauben zu verführen, daß sie weitere Rechte haben, meinte Ricardo, voll des Zorns über diesen Anschlag auf die Prinzipien der ökonomischen Wissenschaften und die elementare Vernunft sowie die moralischen Prinzipien, die nicht weniger erhaben sind. Die Botschaft ist simpel. Du hast die freie Wahl: den Arbeitsmarkt, das Arbeitsgefängnis, den Tod, oder wegzugehen - wie es noch möglich war, als sich dank der Ausrottung und Vertreibung der eingeborenen Bevölkerung nicht eben durch Marktprinzipien riesige Räume eröffneten.



Die Begründer der Wissenschaft wurden in ihrer Hingabe an das »Glück des Volkes« von niemandem übertroffen und schlugen zu diesem Zweck sogar eine gewisse Erweiterung des Stimmrechts vor: »natürlich nicht universal auf alle Menschen, sondern auf denjenigen Teil von ihnen, von dem nicht angenommen werden kann, daß er irgendein Interesse am Umsturz des Rechts auf Eigentum hat«, erklärte Ricardo und fügte hinzu, daß noch strengere Beschränkungen angebracht sein würden, sollte es sich zeigen, daß »die Einengung des Kreises der Stimmberechtigten auf die allerengsten Grenzen« größere »Sicherheit für eine gute Auswahl der Repräsentanten« garantieren würde. Es gibt eine reichhaltige Sammlung ähnlicher Gedanken bis auf den heutigen Tag.[17]

Es ist nützlich, sich zu erinnern, was geschah, als die Gesetze des wirtschaftlichen Rationalismus formuliert und eingeführt wurden - in der üblichen doppelten Weise: Marktdisziplin für die Schwachen, aber die Handreichungen des Fürsorgestaats, wann immer sie zum Schutz der Reichen und Privilegierten gebraucht wurden. In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte die neue Ideologie schon in beträchtlichem Maß gesiegt, und sie wurde in den folgenden Jahren noch vollständiger etabliert. Es gab allerdings ein kleines Problem. Es schien unmöglich, in die Köpfe der Menschen zu bringen, daß sie keine eingeborenen Rechte hatten. Dumm und unwissend wie sie waren, fanden sie es schwer, die einfache Wahrheit zu begreifen, daß sie kein Recht zu leben haben, und sie reagierten auf alle möglichen irrationalen Arten. Einige Zeit lang verwendete die englische Armee einen guten Teil ihrer Energie auf die Niederschlagung von Unruhen. Später nahmen die Dinge eine verhängnisvollere Wende. Die Menschen begannen, sich zu organisieren. Die Chartistenbewegung und später die Arbeiterbewegung wurden zu bedeutenden Kräften. Zu diesem Zeitpunkt gerieten die Herren in eine gewisse Besorgnis, da sie erkannten, daß wir ihnen das Recht zu leben verweigern können, aber auch sie uns das Recht zu herrschen verweigern können. Irgend etwas mußte getan werden.

Zum Glück gab es eine Lösung. Die »Wissenschaft«, die doch etwas flexibler ist als diejenige Newtons, begann, sich zu verändern. Um Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war sie in den Händen von John Stuart Mill und sogar so standhafter Charaktere wie Nassau Senior, der zuvor ein Pfeiler der Orthodoxe gewesen war, in bedeutender Weise umgestaltet worden. Es stellte sich heraus, daß die Prinzipien der Schwerkraft nunmehr die Rudimente dessen einschlossen, was allmählich der kapitalistische Wohlfahrtsstaat wurde, mit einer Art sozialen Kontrakts, der durch langen und harten Kampf mit vielen Rückschlägen, aber auch vielen Erfolgen etabliert wurde.

Jetzt erleben wir einen Versuch, die Geschichte zurückzudrehen und zu den glücklichen Tagen zurückzukehren, wo die Prinzipien des ökonomischen Rationalismus für kurze Zeit herrschten und in harter Weise demonstrierten, daß die Menschen keine Rechte über das hinaus haben, was sie auf dem Arbeitsmarkt gewinnen können. Und da nunmehr die Verfügung »Geht woanders hin« nicht mehr funktionieren kann, werden die Optionen auf das Arbeitsgefängnis oder Hunger eingeengt, und zwar als eine Sache des Naturgesetzes, das zeigt, daß jeder Versuch, den Armen zu helfen, ihnen nur schadet - nur den Armen allerdings; den Reichen wird durch derartiges Vorgehen wundersamer Weise geholfen, wie zum Beispiel, wenn die Staatsmacht interveniert, um Investoren nach dem Zusammenbruch des hochgradig angepriesenen mexikanischen Wirtschaftswunders« auszulösen, oder um niedergehende Banken und Industrien zu retten, oder um Japan von den amerikanischen Märkten auszusperren, damit US-Konzerne wie in den achtziger Jahren die Möglichkeit bekommen, die Stahl-, Automobil- und Elektronikindustrie wiederaufzubauen (inmitten beeindruckender Rhetorik über freie Märkte seitens der protektionistischsten Administration der Nachkriegsära und ihrer Nachbeter). Es gibt viele weitere Beispiele; das alles ist nichts als die Spitze des Eisberges. Aber die restliche Bevölkerung wird den eisernen Prinzipien des wirtschaftlichen Rationalismus unterworfen, was mittlerweile von denen, die die Subventionen zuteilen,

manchmal »harte Liebe« genannt wird.

Unglücklicherweise ist das keine Karikatur. Tatsächlich ist eine Karikatur kaum möglich. Man fühlt sich an Mark Twains in seinen (lange Zeit ignorierten) antiimperialistischen Essays gemachten verzweifelten Kommentar über seine Unfähigkeit erinnert, einen der bewunderten Helden der Schlächterei an den Filipinos zum Gegenstand der Satire zu machen: »Keine Satire über Funston könnte wirklich Vollendung erreichen, den auf diesem Gipfel sitzt Funston schon selbst ... [er ist] die fleischgewordene Satire«.

Was auf den Titelseiten gleichgültig berichtet wird, würde in einer Gesellschaft mit einer wirklich freien und demokratischen Kultur Hohn und Entsetzen auslösen. Nehmen wir nur ein Beispiel. Betrachten wir die wirtschaftliche Hauptstadt des reichsten Landes der Welt: New York City. Ihr Bürgermeister, Rudolph Giulani, legte schließlich seine Steuerpolitik, einschließlich der radikal regressiven Umschichtung der Steuerlast, offen: Reduktion der Besteuerung der Reichen (»sämtliche Steuersenkungen des Bürgermeisters nützen der Wirtschaft«, bemerkte die New York Times im kleingedruckten Teil) und Erhöhung der Besteuerung der Armen (verborgen als Anstieg in den Tarifen für den öffentlichen Verkehr für Schulkinder und Werktätige, höhere Schulgelder an öffentlichen Schulen usw.). Verbunden mit tiefgreifenden Einschnitten bei öffentlichen Mitteln, die den allgemeinen Bedürfnissen der Bevölkerung dienen, sollte diese Politik den Armen helfen, anderswohin zu gehen, erklärte der Bürgermeister. Diese Maßnahmen würden sie »in die Lage versetzen, sich frei im Lande zu bewegen«, erläuterte der Bericht in der Times unter der Schlagzeile »Giulani sieht die Ausgabensenkung für Sozialhilfe als Chance für Beweglichkeit«.

Kurz, diejenigen, die vom Sozialhilfesystem und den öffentlichen Dienstleistungen gebunden waren, werden jetzt endlich von ihren Ketten befreit, ganz ähnlich wie es die Begründer des klassischen Liberalismus in ihren streng bewiesenen Theoremen rieten. Und es ist alles zu ihrem Wohl, wie die neuerdings rekonstituierte Wissenschaft beweist. Während man das beeindruckende Gebäude fleischgewordener Rationalität bewundert, läßt einem das hier gezeigte Mitleid mit den Armen die Augen tränen.

Wohin werden die befreiten Massen gehen? Vielleicht in favelas an den Stadträndern, so daß sie »frei« sein können, irgendwie den Weg zurück zu finden, um die Schmutzarbeit für die zu machen, die berufen sind, die reichste Stadt der Welt zu genießen, eine Stadt, in der die Ungleichheit größer ist als in Guatemala und 40 Prozent der Kinder bereits unter der Armutsgrenze leben, noch bevor diese neuen Maßnahmen der »harten Liebe« ins Werk gesetzt worden sind.

Blutende Herzen, die die Wohltaten, mit denen die Armen überhäuft werden, nicht begreifen können, sollten zumindest in der Lage sein, zu sehen, daß es keine Alternative gibt. »Die Lektion der nächsten paar Jahre könnte sein, daß New York ganz einfach nicht reich oder wirtschaftlich vital genug ist, um sich den ausgedehnten öffentlichen Sektor leisten zu können, den es im Verlauf der vergangenen Periode der großen Depression geschaffen hat«, erfahren wir aus einem Gutachten, das Thema einer anderen Titelgeschichte der *Times* ist.

Der Verlust an wirtschaftlicher Vitalität ist real genug, zum Teil als Resultat von »Stadtentwicklungs«-Programmen, die eine blühende Produktionsbasis zugunsten des expandierenden Finanzsektors eliminierten. Der Reichtum der Stadt ist eine andere Sache. Das Gutachten, auf das sich die *Times* bezog, ist der Bericht an Investoren der Investmentfirma J.P. Morgan, der fünften in der Rangliste der Fortune 500 von 1995, die 1994 unter schwachen 1,2 Billionen US-$ an Profiten litt. Gewiß, es war kein großes Jahr für J.P. Morgan, verglichen mit dem »phänomenalen« Profitanstieg von 54 Prozent für die 500 bei lediglich 2,6 Prozent Anstieg bei den Arbeitsplätzen und 8,2 Prozent Verkaufssteigerung in »einem der profitabelsten Jahre für die amerikanische Wirtschaft überhaupt«, wie Fortune frohlockend berichtete. Die Wirtschaftspresse feierte ein weiteres »Flaggenjahr für die US-Konzernprofite«, während die »US-Haushaltsmittel in Wirklichkeit gefallen zu sein scheinen«, und das in diesem vierten Jahr zweistelligen Profitwachstums und vierzehnten Jahr in Folge, in dem die Reallöhne sanken. Die Fortune 500 haben neue Höhen der »Wirtschaftsmacht« erklommen; ihre Umsätze liegen nahe bei zwei Dritteln des Bruttosozialprodukts und sind wesentlich höher als das BSP von Deutschland oder England, von ihrer Macht über die Weltwirtschaft gar nicht zu reden - eine eindrucksvolle Konzentration von Macht in nicht rechenschaftspflichtigen privaten Tyranneien und ein weiterer willkommener Schlag gegen Demokratie und Märkte.

Wir leben in »schlanken und mageren Zeiten«, und jeder hat den Gürtel enger zu schnallen; so lautet das Mantra. In Wirklichkeit schwimmt das Land in Kapital, mit »hochschnellenden Profiten«, die »die Tresore des Amerika der Konzerne überfluten«, wie Business Week jubelte, noch bevor die Nachrichten über das alle Rekorde brechende letzte Vierteljahr 1994 hereinkamen, das einen »phänomenalen Anstieg von 71 Prozent« für die 900 in Business Weeks »Corporate Scoreboard« enthaltenen Gesellschaften verzeichnete. Und wo die Zeiten allenthalben so hart sind, was für eine Wahl hat man da als den nun befreiten Massen »eine Chance zur Beweglichkei zu geben«?

»Harte Liebe« ist genau der richtige Ausdruck: Liebe für die Reichen und Privilegierten, Härte für alle anderen.

Die Rollback-Kampagne an der sozialen, politischen und ideologischen Front macht sich Möglichkeiten zunutze, die durch bedeutsame Umschichtungen der Macht in die Hände der Herrschenden während der letzten 20 Jahre geboten werden. Das intellektuelle Niveau des vorherrschenden Diskurses liegt unterhalb der Verachtungsschwelle, und das moralische Niveau ist grotesk. Aber die Einschätzung der Zukunftsperspektiven, die dahinter liegt, ist nicht unrealistisch. Das ist meines Erachtens die Situation, in der wir uns jetzt befinden, wenn wir über Ziele und Visionen diskutieren.

Wie schon in der Vergangenheit immer kann man wählen, ein Demokrat in Jeffersons Sinn zu sein, oder ein Aristokrat. Letzterer Weg winkt angesichts dessen, wo Reichtum, Privilegien und Macht liegen und der Ziele, die dort natürlicherweise angestrebt werden, mit reichem Lohn. Der andere Weg ist einer des Kampfs und oft der Niederlage, aber auch von Belohnungen, die sich diejenigen, die sich ädem neuen Geist der Zeit: Sich bereichern und an nichts denken als an sich selbst« ergeben, nicht

einmal vorstellen können.

Die Welt von heute hat sich weit von derjenigen Thomas Jeffersons oder der Arbeiter der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts entfernt. Die Möglichkeiten der Wahl, die sie bietet, haben sich jedoch keineswegs grundlegend geändert.

übersetzt von Michael Schiffman



Foto: Wolfgang Müller

Anmerkungen

1 Rocker, Anarchosyndicalism (Secker & Warburg, 1938); »Anarchism and Anarchosyndicalism«, als Appendix beigefügter Essay in P. Eltzbacher (Freedom Press, 1960).

2 Brady, Business as a System of Power (Columbia, 1943). Zur Konzernpropaganda, siehe insbesondere die Pionierarbeit von Alex Carey, von der einiges nun in seinem Taking the Risk out of Democracy (UNSW, 1995) gesammelt ist; und über Amerika nach dem Krieg, Elizabeth Fones-Wolf, Selling Free Enterprise: the Business Assault on Labor and Liberalism, 1945-60 (University of Illinois Press, 1995), die erste amerikanische akademische Studie zu diesem allgemeinen Thema. Siehe auch William Puette, Through Jaundiced Eyes: How the Media View Organized Labor (Cornell University Press, 1992); William Solomon und Robert McChesney, Hrsg., New Perspectives in U.S. Communication History (Minnesota, 1993); McChesney, Telecommunications, Mass Media & Democracy (Oxford, 1993).

3 Besonders erhellend hinsichtlich dieser Fragen ist das Werk des Rechtshistorikers an der Harvard University, Morton Horwitz, zum Beispiel The Transformation of American Law, 1870-1960, vol II (Oxford, 1992).

4 Gaby Zabel, ed., Art and Society: Lectures and Essays by William Morris (Georgesís Hill, Boston, 1993). Hugh Grant Adams, zitiert von Ronald Edsforth, Class Conflict and Cultural Consensus (Rutgers University Press, 1987, 29). Siehe auch Patricia Cayo Sexton, The Wars on Labor and the Left (Westview, 1991).

5 Für eine Diskussion, siehe meine Vorlesungen zum Gedächtnis Russells, Problems of Knowledge and Freedom (Harper & Row, 1971). [Deutsch »Über Erkenntnis und Freiheit«; Suhrkamp 1973.] Über Dewey, siehe besonders Robert Westbrook, John Dewey and American Democracy (Cornell University Press, 1991).

6 Buchanan, The Limits of Liberty: Between Anarchy and Leviathan (Chikago, 1975), 92.

7 Stephen Kinzer, New York Times, 14. Oktober 1994.

8 New York Times, 7. Oktober 1994.

9 Justin Burke et al., Christian Science Monitor, 26. Juli 1995.

10 Umfrage, Maria Lopez Vigil, Envio (Jesuitenuniversität von Zentralamerika, Managua), Juni 1995. Colum Lynch, Boston Globe, 15. September 1994; anscheinend der einzige Bericht in der Mainstreampresse. Siehe auch Alexander Cockburn, Nation, 7. November 1994.

11 Clive Ponting, Churchill (Sinclair-Stevenson, 1994), 132

12 Für einige Versuche eines Vergleichs und einen Überblick über die schmale Literatur zu diesem Thema, siehe mein Year 501 (South End, 1993) [deutsch »Wirtschaft und Gewalt«, Zur Klampen, 1993 & dtv A.d.Ü.]; ebenso World Orders, Old and New (Columbia, 1994). Ich übergehe die Reaktion darauf, obwohl sie ziemlich interessant ist.

13 Montgomery, The Fall of the House of Labor (Yale 1987), 7; John Bekken, in Solomon und McChesney, op. cit.; Fones-Wolf, op. cit. Über ähnliche Entwicklungen in England einige Jahre später, siehe Edward S. Herman und Noam Chomsky, Manufacturing Consent (Pantheon, 1988), deutsch »Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung« (Trotzdem-Verlag 1996), Kap. 1.2.

14 George Melloan, Wall Street Journal, 16. Mai 1994.

15 Ware, The Industrial Worker 1840-1860 (Chikago: Ivan Dee, 1990, Nachdruck der Ausgabe von 1924); Montgomery, Citizen Worker (Cambridge 1993).

16 Für von Humboldt, siehe mein Cartesian Linguistics (Harper & Row, 1966) [dt. Cartesianische Linguistik, Max Niemeyer, 1971. A.d.Ü.], »Language and Freedom«, 1969, abgedruckt in For Reasons of State (Pantheon, 1973) [dt. »Sprache u. Freiheit«, in: Aus Staatsraison, Suhrkamp, 1974. A.d.Ü.] und James Peck, ed., The Chomsky Reader (Pantheon, 1987). Ebenso Problems of Knowledge and Freedom. Smith, siehe Patricia Werhane, Adam Smith and His Legacy for Modern Capitalism (Oxford, 1991), und Year 501. De Tocqueville, Jefferson, siehe John Manley, »American Liberalism and the American Dream«, Nature, Society and Thought 1.4, 1988.

17 Rajani Kanth, Political Economy and Laissez-Faire (Rowman and Littlefield, 1986); siehe World Orders für weitere Diskussion.

18 David Firestone, New York Times, 29. April; Steuersenkungen, Steven Lee Myers, New York Times, 28. April 1995.

19 Fortune, 15. Mai, 1. Mai; Business Week, 6. März 1995.

20 Business Week, 30. Januar; 15. Mai 1995.

Von der Suche nach der der Anarchie in der Geschichte und herrschaftsfreien Ordnungen primitiver Gesellschaften

von Thomas Wagner

Bemühen sich libertäre Autoren und Autorinnen um konstruktive Elemente einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, dann erfolgt oft ein Rückgriff auf historische Traditionen gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Die emanzipatorischen Aspekte mittelalterlicher Stadtkultur, die schon Peter Kropotkin[1] feierte, werden dann ebenso bemüht wie die israelischen Kibbuzim. Neben die Heraufbeschwörung der sozialen Errungenschaften der libertären (Teil) Umwälzung während des Abwehrkampfes gegen den Faschismus in Spanien tritt in solchen Konzepten zuweilen sogar die Sehnsucht nach dem vermeintlichen Ursprung der Demokratie im klassischen Athen hervor. Grundsätzlich sind solche Rückgriffe auf historische Formen radikaldemokratischer Theorie und vor allem Praxis legitim. Erst der Bezug auf gelebte Erfahrungen, was Erfolge und Scheitern libertären und gleichheitlichen Strebens gleichermassen einbegreift, macht aus Freiheitshoffnungen konkrete Utopien, aus denen neben traditionsgestütztem Hoffnungspotential realitätsoffene Projekte für den aktuellen gesellschaftlichen Kampf um eine reale kurz-, mittel- und langfristige libertärsozialistische Umgestaltung der Gesellschaften entwickelt werden können. Gegenüber den teils problematischen und fragwürdigen Rückbesinnungen auf mittelalterliche oder antike "Vorbilder" werde ich die These entwickeln, daß der Blick auf egalitäre primitive Gesellschaften weit mehr Anknüpfungspunkte für konstruktives anarchistisches Denken bietet als die libertäre Aufwärmung althergebrachter Gründungsmythen liberaler Demokratien.

Die Betrachtung herrschaftsfreier Gesellschaften aus ethnologischem Beispielmaterial eröffnet die Möglichkeit, radikaldemokratische und libertäre Perspektiven nicht nur aus dem dafür nicht ganz unproblematischen Beispiel der attischen Demokratie zu schöpfen, wie dies Cornelius Castoriadis und Murray Bookchin zu tun pflegen, sondern auf einen breiten Fundus egalitärer und herrschaftsfreier Institutionalisierungen zurückgreifen zu können.

Der libertäre Zugriff auf die griechische polis. Das Beispiel Castoriadis

Nicht selten wurde versucht, das klassische Athen zur Urahnin libertärer Praxis zu machen. Allen voran Murray Boockchin, der hier Wurzeln seiner Vorstellung eines "libertären Kommunalismus" sieht. Als bemerkenswert am antiken Athen stellt Boockchin dessen Umkehr des offensichtlich "normalen" antiken Trends zur Oligarchie heraus. »Die aristokratischen Institutionen wurden stetig geschwächt und bewußt abgeschafft oder zu rein zeremoniellen Körperschaften reduziert, während die Macht der demokratischen Institutionen verstärkt wurde«.[1] Gleichsinnig feiert Cornelius Castoriadis die griechische polis einseitig als jenen Ort, an dem nicht nur die Philosophie, sondern auch die Demokratie entstanden sei.[3] Dabei ist nicht nur der Sachverhalt einer griechischen Urstiftung der philosophischen Denkens und neuzeitlicher Rationalität angesichts anderer hochkultureller Durchbrüche fragwürdig.[4] Vor dem Hintergrund der primitiven herrschaftsfreien Gesellschaften büßt auch das Beispiel der attischen Demokratie seine unerreichte Einzigartigkeit als ursprünglichstes Modell ein, ohne jedoch notwendig an Wert als parardigmatische

Vergleichsfolie für Modelle direkter Demokratie zu verlieren. Vielmehr erweist sich, daß die von Castoriadis beschriebenen wesentlichen Strukturmerkmale attischer Demokratie sich mit jenen treffen, die für anarchistische Gesellschaften der Ethnologie festgestellt werden können. Das attische Modell kann somit durchaus zu einem tieferen Verständnis egalitärer Gesellschaftsstrukturen und den ihnen zugrundeliegenden Institutionalisierungen beitragen. Allerdings ist stets mitzudenken, was auch Castoriadis nicht verschweigt, daß die attische Form der politischen Egalität begleitet ist vom »Ausschluß der Frauen, der Fremden und Sklaven vom Bürgerstatus«.[5] Als wesentliche Bedingung stellt Castoriadis die allgemeine aktive Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten heraus. Ob damit »zum ersten Mal in der Geschichte die Schaffung eines öffentlichen Raumes« erfolgte, ist freilich fragwürdig, stellen doch die öffentlichen und demokratischen Entscheidungsprozesse in vielen primitiven Gesellschaften analoge Muster der Institutionalisierung eines öffentlichen Raumes der Entscheidungsfindung dar.

Ein schärferes Urteil über die attische Demokratie fällte Ernest Bornemann. Im Gegensatz zu der bürgerlichen Meinung, daß Athen durch die Einführung der sogenannten Demokratie einen bedeutsamen Fortschritt in der menschlichen Geschichte erzielt habe, stellten die patriarchalischen Verfassungen der griechischen Stadtstaaten, vor allem aber die Athens, einen gewaltigen Rückschritt in der Geschichte der Gleichberechtigung dar. Wenn mit "Demokratie" das Recht gemeint sei, in offener Abstimmung und völliger Gleichberechtigung der Geschlechter alle gemeinsamen Fragen zu entscheiden, ohne Unterschied von arm und reich, in völliger Abwesenheit jeglicher Privilegien jederzeit abwählbare Repräsentanten zu wählen, dann bestehe die Geschichte der Stadtstaaten eher in einem Verfall der Volksherrschaft als in ihrem Aufbau. »Es gab demokratische Institutionen, aber es gab sie in der vorathenischen Frühgeschichte, im Gentilsystem der klasenlosen, matrilinearen, matrilokalen Stammesgesellschaft«.[6] Äußerst skeptisch gegenüber der Annahme einer Urstiftung der Demokratie in der griechischen polis äußerte sich auch Christian Meier. Meier stellt die Rede vom ersten Auftauchen der Demokratie in Frage, indem er auf die Stammesversammlungen in anderen frühen Kulturen hinweist. Auch »in Mesopotamien, Indien, bei den Persern, auch bei den Zulus und anderswo« sind »frühe Volksversammlungen bezeugt oder zu erschließen«.[7] Die Besonderheit der demokratischen Formen und egalitären Werthaltungen in den sich entwickelnden Stadtstaaten führt er deshalb auch weniger auf spezifisch neue Einstellungen, als vielmehr auf das Beharrungsvermögen traditionaler Elemente zurück. Mit dieser Ausgangshypothese stellt sich die Frage nach der Besonderheit der antiken griechischen Kultur neu. Nicht mehr die "Erfindung" von egalitären Institutionen gilt es zu erklären, sonden vielmehr die ausbleibende Entwicklung von zentralistischen Monarchien.

Das Beispiel primitiver Anarchien

Das klassische Athen ist also definitiv nicht die weltgeschichtliche Wiege der Demokratie. Vielmehr kann von manchen außereuropäischen ethnologischen Beispielen gelernt werden, wie demokratische Selbstverwaltungsstrukturen mit Geschlechtergleichheit und weitgehender ökonomischer Gleichheit verbunden werden können. Viele primitive Gesellschaften haben in ihren Gemeinwesen und Föderationen kleiner Einheiten weitaus mehr als »die eine oder andere "utopische" Forderung des klassischen Anarchismus seit jeher verwirklicht«. Sie können daher, anders als Horst Stowasser[8] meint, mit guten Gründen als anarchistisch bezeichnet werden. Zumindest dann, wenn unter Anarchien Gesellschaftsformen verstanden werden sollen, in denen dauerhafte Herrschaft von Menschen über Menschen erfolgreich verhindert werden kann.

Im Vergleich zur relativ kurzen Dauer des real existiert habenden Staatssozialismus kann für die primitiven Anarchien von einem historischen Erfolgsmodell herrschaftsfreier Sozialformen gesprochen werden. Wahrscheinlich ist, daß die vorhochkulturelle Menschheitsgeschichte durch herrschaftsfreie Gesellschaftsordnungen geprägt wurde - und noch das richterzeitliche Israel kann mit guten Gründen als anarchistische Hochkultur bezeichnet werden.[9] Eine herausragende Untersuchung anarchistischer Gesellschaften stellen beispielsweise Pierre Clastres Ausführungen über indianische "Staatsfeinde" dar.[10] Einen weiteren Meilenstein der Rekonstruktion antistaatlicher Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens lieferte die 1967 zuerst erschienene Studie Christian Sigrists "Regulierte Anarchie", die 1994 als Taschenbuch neu aufgelegt wurde.

Gleich mehrere Standardargumente von Anarchieskeptikern vermag diese Arbeit überzeugend zu widerlegen. Da ist zunächst die verbreitete Vorstellung, herrschaftsfreie Ordnungen könnten nur in ganz kleinen Gruppen funktionieren. Die von Sigrist untersuchten staatslosen afrikanischen Gesellschaften umfassen aber eine Größenordnung von 30000 bis zu 900000 Individuen. Ein weiteres Vorurteil besagt, die Gleichheit in primitiven anarchistischen Gesellschaften gründe auf organisatorischer Unfähigkeit ("der dumme und faule Eingeborene") oder auf wirtschaftlichem Mangel, der letztendlich verhindere, daß einzelne Personen oder Gruppen nennenswerten Reichtum ansammeln können. Demgegenüber kann der Autor aufzeigen, daß die egalitären und herrschaftsfreien Strukturen von den Individuen immer wieder hergestellt werden müssen - und das ist eine zivilisatorische Leistung ersten Ranges. Das durch egalitäre Traditionen institutionalisierte Gleichheitsbewußtsein liefert die Hintergrundssicherheit für aktives individuelles und kollektives Handeln, das der Einübung von Gleichheit dient. Ein konkretes Beispiel: Ein Mann, der erheblich mehr Reichtümer erwirtschaftet hat, als seine Nachbarn, kann, statt Bewunderung zu erfahren, als Hexer verdächtigt und als solcher verfolgt werden. Die Angst hiervor ist groß, so daß schon begrenzter individueller Wohlstand eher verschwiegen als herausgestellt wird. Der in die Sprache von Hexereianklagen gekleidete Neid, in kapitalistisch geprägten Gesellschaften ein als asozial bewertetes individuelles Gefühl, ist in anarchistischen Gesellschaf-

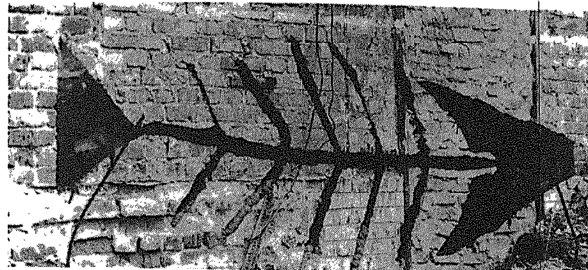
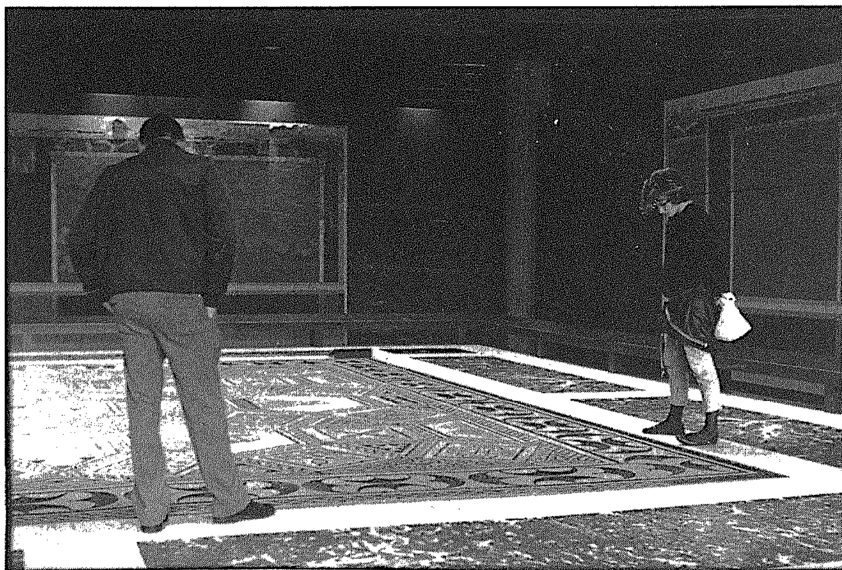


Foto: Marco Capovilla

Foto: Roger Sonnewald

ten ein produktiver Faktor der gemeinschaftlichen Verhinderung von Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen (190ff).

Sicher gibt es in primitiven Anarchien auch gesellschaftliche Zwänge. Daß die Herausbildung von Herrschaftsstrukturen verhindert werden muß, mag spontan einleuchten. Auch die zeitlich beschränkten Machtunterschiede zwischen Individuen verschiedenen Alters lassen sich in den freiheitlichsten Gesellschaftskonzepten wohl kaum gänzlich beseitigen. Zu fragen ist eher, wie auf libertäre Weise mit diesen, an anthropologische Daten anknüpfenden Unterschieden umgegangen werden kann. Gerade hierfür, also etwa für eine libertäre Pädagogik, vielleicht sogar Antipädagogik, ließen sich in primitiven Gesellschaften fruchtbare Anregungen holen. Heikler ist das Problem des bei vielen Primitiven institutionalisierten Machtgefälles zwischen Frauen und Männern. Solche Gesellschaften sind nur in einem eingeschränkten Sinne egalitär, entsprechen wenigstens in dieser Hinsicht nicht libertären Idealen. Aber zumindest muß auch für diese halbierten Anarchien eingeräumt werden, daß die Unterdückung von Frauen in ansonsten egalitären Gesellschaften zumeist weniger krass ausfällt, als in Staaten. Es gibt jedoch auch Untersuchungen primitiver Gesellschaften, die dem Idealbild der Herrschaftsfreiheit auch zwischen den Geschlechtern deutliche näher kommen und daher im engeren Sinne d.h. als gänzlich anarchistisch bezeichnet werden können.


Foto: Manfred Kampschulte

Geschlechtersymmetrie in herrschaftfreien Gesellschaften

Parallel zur Behauptung menschliches Zusammenleben sei nur in hierarchisierten Herrschaftsordnungen möglich, lebt auch in linken Kreisen ungebrochen die Annahme fort, die Unterordnung von Frauen in patriarchalische Strukturen sei geschichtlich universal. Eine Ausnahme bilden jene Autorinnen und Autoren, die eine frühzeitliche Frauenherrschaft (Matriarchat) annehmen. Die Matriarchatsthese in dieser Form gilt mittlerweile wissenschaftlich als weitgehend widerlegt. Aktueller und für eine libertäre radikaldemokratische Perspektive vielversprechender sind jene Diskussionsbeiträge und Ergebnisse feministisch inspirierter Ethnologie, die von einem Machtgleichgewicht zwischen Männern und Frauen in primitiven anarchistischen Gesellschaften ausgehen. Machtgleichgewicht heißt, daß es weder Herrschaft von Männern über Frauen noch von Frauen über Männer gibt. Wer hierüber mehr erfahren will, kann auf die von Ilse Lenz und Ute Luig herausgegebene spannende Aufsatzsammlung "Frauenmacht ohne Herrschaft" zurückgreifen: »Die Erklärungen für diese Gleichheitlichkeit fallen unterschiedlich aus, obwohl sich drei Richtungen nachzeichnen lasse: 1. Gleichheit als Ausdruck persönlicher Autonomie und egalitärer Dynamik in Jäger- und Sammlergesellschaften (Leacock); 2. Gleichheit als Ergebnis der Kontrolle von unterschiedlichen Bereichen und Institutionen durch Frauen oder Männer, dies führt zu Interdependenz und Kooperation, so daß sich insgesamt eine Balance zwischen den Geschlechtern herstellt (Schlegel); 3. Gleichheit als Ausdruck gesellschaftlicher Kontrolle, die zwischen den Geschlechtern gleich aufgeteilt ist. Diese Erklärung der Gleichheit kann mit der ersten Form zusammenfallen, doch bezieht sie sich auch auf Gesellschaften, die nicht so stark durch individuelle Autonomie geprägt sind, wie dies für die von Leacock beschriebenen Wildbeuter zutrifft«.

Die Herausgeberinnen versammeln zahlreiche Beiträge, die zeigen, wie verschieden Machtbalancen zwischen den Geschlechtern in anarchistischen Gesellschaften institutionalisiert sein können. Anspruchsvolle theoretische Erörterungen, z.B. zur näheren Bestimmung und Abgrenzung der Begriffe Macht und Herrschaft, finden sich neben Fallstudien über Irokesinnen (Judith K. Brown), die Huronengesellschaft (Karen Anderson), die Hopi (Alice Schlegel), afrikanische Wildbeutergesellschaften (Ute Luig) und anderen mehr. »Es geht weder um Herrschaft der Frauen noch der Männer, sondern um Gesellschaften, die von Grund auf gleichheitlich und herrschaftsfrei waren oder sind. Dies bedeutet eine - mehr oder weniger begrenzte - Autonomie der einzelnen Personen, eine Streuung der Macht im Sinne einer ursprünglichen Gleichheitlichkeit und der entsprechenden politischen Repräsentanz und schließlich die Notwendigkeit von Konsens. Diese Möglichkeiten verbinden sich mit einer symbolischen Ordnung, in der weibliche Körper, Sexualität und Denken als mächtig und kreativ gelten. Hier ergibt sich ein utopisches Potential aus der Diskussion um nichtpatriarchalische Gesellschaften. Während diese Gruppen kein frühes Idyll darstellen, sondern aus ihrer historischen Erfahrung deutlich wird, daß Gleichheit und Autonomie der Geschlechter den Preis beständiger Auseinandersetzung fordern, vermitteln sie Möglichkeiten für eine andere herrschaftsfreie Geschlechterpolitik auch in Industriegesellschaften«.

Für alle Untersuchungen herrschaftsfreier Gesellschaften gilt, was Sigrist im Vorwort zu dritten Auflage seines Buches schreibt, daß sie die prinzipielle

Realisierbarkeit alternativer Gesellschaftsentwürfe beweisen. »Und umgekehrt lassen diese die "menschlichen Kosten", welche herrschaftliche, zentralistische Organisationsmodelle und die Klassenscheidungen verursachen, erkennen. Die Konzeption "regulierte Anarchie" kann als gesellschaftspraktisches Prinzip relevant werden, indem sie das Recht auf das Aufbrechen von Strukturen der Ungleichheit, der Unterordnung legitimiert und flexible Organisationsformen stimuliert, welche Experimente mit Formen der Selbstorganisation und dezentraler Planung erlauben«.

Borneman, Ernst: Das Patriarchat. Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems. Frankfurt a.M., Fischer 1984

Castoriadis, Cornelius: Die griechische polis und die Schaffung der Demokratie. In: Ulrich Rödel (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Frankfurt a.M., Suhrkamp 1990 S. 298-328

Clastres, Pierre: Staatsfeinde. Studien zur politischen Anthropologie. Frankfurt a.M., Suhrkamp 1976

Haude, Rüdiger: Die Ökonomie der Staatsfeinde. In: Ein Loch in der Zensur Nr. 22, Aachen 1992

Haude, Rüdiger: Das richterzeitliche Israel: eine anarchistische Hochkultur. Manuskript, Aachen 1994

Kropotkin, Peter: Die historische Rol-le des Staates. Berlin, "Der Syndikalist" 1920

Lenz, Ilse/Luig, Ute: Frauenmacht ohne Herrschaft. Geschlechterverhältnisse in nichtpatriarchalischen Gesellschaften. Frankfurt a.M., Fischer 1995 (26,90 DM)

Meier, Christian: Die Entstehung einer autonomen Intelligenz bei den Griechen. In: S.N. Eisenstadt (Hrsg.): Kulturen der Achsenzeit. Ihre Ursprünge und ihre Vielfalt. Teil 1. Frankfurt a.M., Suhrkamp 1987 S. 89-127

Neu, Rainer: Von der Anarchie zum Staat. Entwicklungsgeschichte Israels vom Nomadentum zur Monarchie im Spiegel der Ethnosoziologie. Neukirchen-Vluyn, Neukirchener 1992

Sigrist, Christian: Regulierte Anarchie. Untersuchungen zum Fehlen und zur Entstehung politischer Herrschaft in segmentären Gesellschaften Afrikas. Hamburg, Europäische Verlagsanstalt 1994 (28 DM)

Sigrist, Christian: Regulierte Anarchie. Eine Anthropologie herrschaftsfreien Zusammenlebens. In: Herbert Wendt u. Norbert Loacker (Hrsg.): Kindlers Enzyklopädie "Der Mensch". München 1984

Stowasser, Horst: Freiheit Pur. Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft. Frankfurt a.M., Eichborn 1995

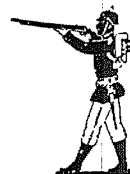
Anmerkungen

1 Vgl. Kropotkin, Rolle: 10ff
2 Vgl. Boockchin, Neugestaltung: 61
3 Vgl. Castoriadis, polis: 300
4 Vgl. Eisenstadt, Kulturen der Achsenzeit
5 Vgl. Castoriadis, polis: 306
6 Vgl. Bornemann, Patriarchat: 76
7 Vgl. Meier, Entstehung: 98
8 Seiner im selben Absatz geäußerten Ansicht, daß die Schlüsse, die aus solchen Gesellschaften gezogen werden können, für anarchistische Positionen wichtig sind, kann dagegen uneingeschränkt zugestimmt werden. Vgl. Stowasser, Freiheit: 17.
9 Vgl. Haude: Israel, Neu: Anarchie.
10 Vgl. hierzu auch Haude: Ökonomie





Zwischen "Krieg dem Krieg!" und "Widerstrebt dem Übel nicht mit Gewalt!" Anarchistischer Antimilitarismus im Deutschen Kaiserreich vor 1914



Ulrich Bröckling

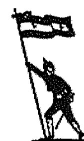
I.

Als Karl Liebknecht in seiner 1907 erschienenen Broschüre "Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung" an seine Partei appellierte, es nicht bei der parlamentarischen Opposition gegen die wilhelminische Rüstungspolitik zu belassen, sondern daneben eine gezielte Agitation insbesondere unter der wehrpflichtigen Jugend zu betreiben, fand er dafür eine bemerkenswerte Begründung: Die antimilitaristische Propaganda schnell und energisch auszubauen, schrieb er, sei dringend geboten, "schon um den anarchistischen Antimilitarismus, der sich auch in Deutschland bereits zu regen beginnt, im Keim zu ersticken".[1] Dessen theoretischer Widerlegung widmete er ein eigenes Kapitel seiner Schrift, in dem er die gängigen Attacken der "wissenschaftlichen Sozialisten" wiederholte: Die anarchistische Lehre sei utopisch, die anarchistische Praxis individualistisch oder putschistisch; Anarchisten hielten die Beeinflussung des Willens für die einzig wesentliche Voraussetzung des Erfolgs und bei gehöriger Anstrengung eine revolutionäre Mobilisierung jederzeit für möglich; sie verkennten ferner den "organisch-kapitalistischen Charakter des Militarismus" und begriffen daher seine isolierte Beseitigung als ihr Endziel. Die moralisierende Menschentümelei ihrer Propaganda ignoriere "die Klassenkampfinteressen des Proletariats" und gleiche so "in sehr diskreditierender Weise den pathetischen Deklamationen der Tolstoianer und den ohnmächtigen Kriegsbeschwörungen jener Weltfriedensfreunde vom Schlage der Bertha von Suttner". Der sozialdemokratische Antimilitarismus dagegen sei Klassenkampfpropaganda, sein Kampfmittel nicht eine heroische Propaganda der Tat, sondern "allmähliche organische Zersetzung und Zermürbung des militaristischen Geistes".[2]

Liebknecht konnte sich mit seinem Programm in der SPD zwar nicht durchsetzen - seine Broschüre brachte ihm nicht nur einen Hochverratsprozeß und anderthalb Jahre Festungshaft ein, sondern auch harsche Kritik seiner Parteigenossen -, doch scheint zumindest der Feldzug gegen die libertäre Konkurrenz erfolgreich verlaufen zu sein. Während ein knappes Jahrhundert und zwei Weltkriege später der sozialdemokratische Antimilitarismus sein Ziel, den "Staatsbürger in Uniform", längst erreicht hat, ist die Tradition des anarchistischen und anarchosyndikalistischen Kampfes gegen Militär und Krieg gründlich vergessen.[3] Es sieht so aus, als sei es tatsächlich gelungen, sie "im Keim zu erstikken". So verfehlt es wäre, diese Randständigkeit allein auf sozialdemokratischen Säuberungseifer und staatliche Repression zurückzuführen, so wenig läßt sich die anarchistische Bewegung doch ohne die gegen sie gerichtete antagonistische Kooperation von Regierung und SPD verstehen. Im Prozeß der "negativen Integration" brauchten und produzierten SPD wie Militärmonarchie gleichermaßen radikale Dissidenten: Was auch immer die libertären Sozialisten unternahmen, in den innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden sie in die Rolle des "Schwarzen Manns" gedrängt, mit dem man die Bürger schrecken und die sozialdemokratische Opposition staatsbürgerlich disziplinieren konnte. Die staatlichen Organe perhorreszierten wider besseres Wissen die SPD als "Umsturzpartei" und schoben ihr zum Beweis für revolutionäre Umtriebe Artikel oder Aktionen von anarchistischer Seite unter. Für die auf "friedliche Koexistenz" mit dem Obrigkeitsstaat bedachte Arbeiterpartei dagegen galt spätestens seit dem Sozialistengesetz jeder, der "direkte Aktionen" zum Sturz der Klassenherrschaft proklamierte, als ein Agent provocateur, zu dem man gar nicht genug Distanz wahren konnte.



Diese auch vor Denunziationen nicht zurückschreckende Abgrenzungswut bezog ihre Dynamik nicht zuletzt da-



raus, daß sie sich gegen Abweichler aus dem eigenen Lager richtete. Die Geschichte des Anarchismus in Deutschland läßt sich über weite Strecken als Geschichte der Abspaltungen vom übermächtigen "großen Bruder" lesen. Zumal vor 1900 rekrutierte sich die anarchistische Bewegung vor allem aus ehemaligen Sozialdemokraten, die wegen sozialrevolutionärer Positionen aus der Partei ausgeschlossen oder sich enttäuscht von ihr abgewandt hatten. Johann Most etwa, dessen zunächst in London, dann in New York erscheinende "Freiheit" in den 80er Jahren zum führenden Organ des deutschsprachigen Anarchismus avancierte, hatte vor Verhängung des Sozialistengesetzes Parteizeitungen in Chemnitz und Mainz redigiert und zwischen 1874 und 1878 die SPD auch im Reichstag vertreten. Gustav Landauers "Sozialist" wiederum, während der 90er das intellektuelle Forum der libertären Kräfte, ging aus der Oppositionsbewegung der "Jungen" hervor, die auf dem Erfurter Parteitag 1891 aus der SPD ausgeschlossen worden waren.[4]

Für die Distanzierung von den Anarchisten war das Thema Antimilitarismus geradezu prädestiniert, bemühten sich die Sozialdemokraten doch nach Kräften, dem Obrigkeitsstaat ihre patriotische wie militärische Zuverlässigkeit zu demonstrieren und den Vorwurf zu widerlegen, sie seien "vaterlandslose Gesellen". Einig waren sich Staatssozialisten und Libertäre noch darin, daß die Strategien des Kampfes gegen Militarismus und Krieg aufs engste verknüpft waren mit den Strategien sozialer Befreiung. Das unterschied die Antimilitaristen gleich welcher Couleur fundamental von den bürgerlichen Pazifisten, die mittels moralischer Mobilisierung und völkerrechtlicher Vereinbarungen Kriege verhindern zu können hofften, ohne die bestehende soziale Ordnung anzutasten. Im übrigen jedoch konnte der Gegensatz zwischen sozialdemokratischem und anarchistischem Antimilitarismus kaum größer sein. Die SPD lehnte über alle internen Differenzen hinweg das Militär nicht grundsätzlich ab, sondern nur seine quasi-absolutistische Form.[5] Dem politischen Programm entsprach die sozialdemokratische Praxis. Auch wenn man der Partei in Militärkreisen geradezu paranoisch eine Unterwanderung des Heeres unterstellte, hielten sich die Genossen doch treu an Bebels Verhaltensregel für sozialdemokratische Rekruten, sie sollten, solange sie in Kaisers Rock steckten, den Mund halten und sich nicht anmerken lassen, daß sie Sozialdemokraten seien, da ihnen das schlecht bekommen möchte.[6] Statt in den Kasernen zu agitieren oder ihre Anhänger zu Fahnenflucht oder militärischem Ungehorsam aufzufordern, verlegte die Partei sich auf einen streng legalen Antimilitarismus, der den Reichstag zu seiner Haupttribüne machte. Dort nutzten die Sozialdemokraten insbesondere die zunächst alle sieben, später alle fünf Jahre anstehenden Debatten über den Militärhaushalt, um die Zustände im Heer anzuprangern und die allgemeine Volksbewaffnung zu fordern. Die entschiedenste antimilitaristische "Tat" der Partei blieb denn auch die regelmäßige Ablehnung des Militäretats. Ihre Parole, "diesem System keinen Mann und keinen Groschen!", war nicht Anstiftung zu Kriegs-dienstverweigerung und Steuerboykott, sondern Abstimmungsanweisung für die Abgeordneten.

Der anarchistische Antimilitarismus dagegen richtete sich nicht allein gegen das stehende Heer preußisch-deutscher Provenienz mit adlig dominierter Offizierskaste, Rekrutenschinderei und langer Dienstzeit. Vielmehr bekämpften die Anarchisten das Militär als Fundament eines jeden Staates. Ohne gehorsame Soldaten kein Gewaltmonopol, ohne dieses kein Staat. Da sie die politische



SPD – Unser Programm in Wort und Bild



Zentralmacht nicht erobern, sondern zerstören wollten, lag ihnen nichts an Demokratisierung, umso mehr aber an Zersetzung und Abschaffung ihrer bewaffneten Organe. Zudem war kaum ein schärferer Gegensatz denkbar als der zwischen militärischer Disziplin und anarchistischem Pathos der Freiheit. Eine Bewegung, die auf direkte Aktion statt auf parlamentarische Repräsentation setzte, stand vor der Aufgabe, die Funktionsfähigkeit des staatlichen Gewaltapparats soweit irgend möglich zu unterminieren. Solange der Staat über zuverlässige Truppen verfügte, ließen sich Streiks und Aufstandsbewegungen, wenn nötig mit Waffengewalt, unterdrücken. Gelang es nicht, die Armee zu neutralisieren, war jede revolutionäre Praxis im anarchistisch-syndikalistischen Sinne zum Scheitern verurteilt. Militärisch war das Militär allemal überlegen.

II.

1880 wurde in verschiedenen Garnisonen des Reiches ein Flugblatt aufgefunden, überschrieben "An unsere Brüder in der Kaserne". In Berlin war es per Post Soldaten zugeschickt worden, in anderen Städten hatten Zivilisten es auf Fensterbänken oder Kasernengängen abgelegt, in einigen Fällen sogar durch die Fenster in Mannschaftsstuben geworfen. Als Absender war die Londoner Adresse von Johann Mosts "Freiheit" angegeben. Dieser war im gleichen Jahr wegen seines vehementen Antiparlamentarismus und seiner revolutionären Rhetorik aus der SPD ausgeschlossen worden, seine unter verschiedenen Tarntiteln gedruckte und auf abenteuerlichen Wegen ins Land geschmuggelte Zeitung besaß unter den radikaleren deutschen Sozialisten jedoch zahlreiche Anhänger.[7] Mosts Antimilitarismus war weniger vom Anliegen der Kriegsverhinderung motiviert; er proklamierte den sozialen Krieg und reizte die Soldaten zum "Umdrehen der Gewehre" auf. Da letztlich die Macht der Waffen über Sieg oder Niederlage der sozialen Revolution entscheiden würde, hing alles daran, auf welche Seite sich die Waffenträger schlugen. Klassenkampf in der Armee bedeutete daher Kampf der Kommandierten gegen die Kommandierenden, bedeutete Aufstand der proletarischen Mannschaften gegen die adligen Offiziere.

"Millionen arbeitsamer Männer seufzen unter der schrecklichsten Last", hieß es in dem Flugblatt, "und wagen es nicht, ihr Joch zu zerbrechen, weil sie sich vor Euch fürchten. Das hat noch einigen Sinn. Denn Ihr seid zwar dem Volke gegenüber eine verschwindend kleine Minderheit, aber ihr seid bis an die Zähne bewaffnet und das Volk steht ohne Wehr - ein Löwe ohne Klauen und ohne Zähne! Allein auch Ihr handelt nur unter dem Drucke der Furcht, unter dem Einfluß, den die Kriegsartikel auf Euch ausüben, unter dem Schrecken, den Euch ein blutiges Gesetz in die Knochen jagt. Doch vor wem fürchtet Ihr Euch denn in Wirklichkeit? Vor den Offizieren. Nur diese können ja die Drohungen wahr machen, welche Euch für den Fall des Bruches Eurer vorgeschriebenen Subordination vorschweben. Mithin fürchtet Ihr Euch ebenfalls als Masse vor einer Handvoll Menschen. Und Eure Furcht ist weniger begreiflich wie die des Proletariats, weil Ihr in Waffen starrt. Ein Schlag von Euch genügt, und die Kommandantenschaft, von der Generalität bis herab zum Junkertroß, liegt zerschmettert am Boden."[8]

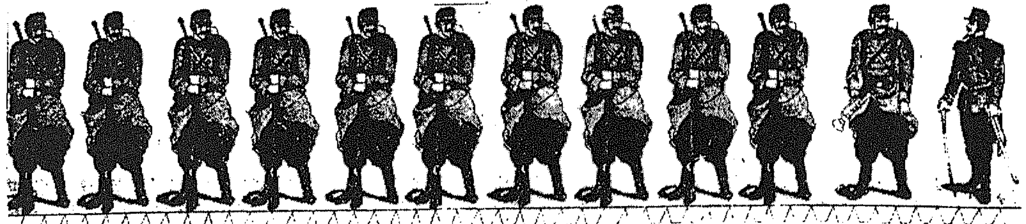
Der Wille zum Ungehorsam sollte aus den Demütigungen des militärischen Alltags selbst kommen; die Verzweiflung des von seinen Vorgesetzten schikanierten Soldaten werde, so hoffte Most, in Empörung und Gegengewalt umschlagen: "Den meisten von Euch kocht hundertmal das Blut in allen Adern, wenn irgendein Offizier voll Übermut Euch quält und plagt und Hunden gleich traktiert. Warum wird solch ein Schuft nicht auf der Stelle totgeschlagen? Warum? Die Disziplin, sagt Ihr, verbietet das. Man würde solch einen Akt der Gerechtigkeit furchtbar, exemplarisch ahnden. Gewiß - Einer, der seine malträtierten Brüder rächen wollte, würde schwer dafür zu büßen haben. Aber muß es denn nur Einer sein, der solchermaßen Menschenrecht und Menschenwürde wahrt! Gebt acht! Fast täglich erschießt sich mindestens ein Soldat, der die Quälereien seiner Vorgesetzten nicht mehr ertragen kann. Wie wär's, wenn jeder, dem sein Leben ohnehin zur Last geworden, dasselbe bei einer kühnen Tat riskierte, statt mit bloßer Selbstvernichtung gegen eine barbarische Tyrannei zu protestieren?"[9]

Mosts zu dieser Zeit noch mehr blanquistisches als anarchistisches Revolutionsprogramm lebte vom Bild der grossen Insurrektion, gleichsam einer potenzierten Pariser Kommune. Es war die Vorstellung der proletarisch radikalisierten bürgerlichen Revolution. Kapitalismus und Staat begriff Most entsprechend auch eindimensional als

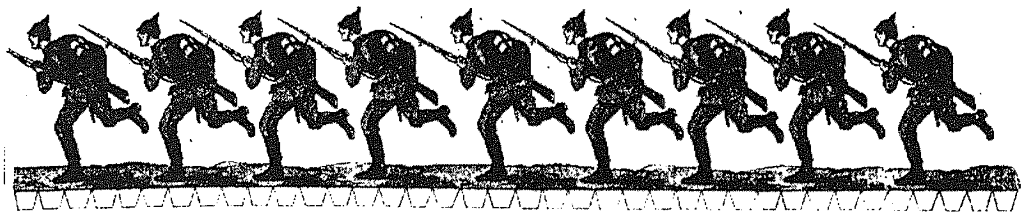
Gemessen an der Sozialdemokratie kamen Anarchismus und Anarchosyndikalismus im Deutschen Kaiserreich über eine marginale Bedeutung niemals hinaus. Nun spricht die praktische Schwäche einer Bewegung so wenig ein Urteil über ihre Ziele und Strategien, wie der Erfolg diese rechtfertigt. Eher im Gegenteil: Gerade das Ausmaß staatlich organisierter Gewalt, das von Deutschland ausging, läßt ermessen, wie dringend es hier einer radikalen Kritik an Staat und Militär bedurft hätte und ihrer noch bedarf. Darin liegt auch - bei aller unüberbrückbaren historischen Distanz - der Grund, im folgenden einige Grabungsfunde aus der Archäologie des Antimilitarismus zu präsentieren.

Ausbeutung und Tyrannei, soziale Befreiung als Beseitigung der Despoten in Staat und Fabrik. Als der große Aufstand auf sich warten ließ, begeisterte er sich zeitweise für die "Propaganda der Tat" und feierte in seiner Zeitung erfolgreiche Attentate auf gekrönte Häupter und andere Größen. Überzeugt von der herausragenden Bedeutung moderner Sprengstoffe für die soziale Revolution - "Es liegt auf der Hand, daß dieselben im nächsten Abschnitt der Weltgeschichte den ausschlaggebenden Faktor bilden." -, verfaßte er selbst ein "Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauches und Herstellung von Nitro-Glyzerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw.". Warum die Arbeiter sich nicht erhoben und die Soldaten brav ihren Dienst versahen, blieb ihm letztlich unverständlich. So mußte das Pathos seiner Sprache oft ausgleichen, was an Bezug zur Realität der Arbeiterbewegung fehlte. Sein Kasernenflugblatt schloß: "Der Tag wird kommen, wo die Massen des Proletariats sich in die Straßen der großen Städte ergießen, um anzustürmen gegen eine unerträgliche Despotie der Reichen wider die Armen. Die Machthaber werden lediglich bei Euch Rettung suchen. Verweigert das erste Regiment, welches gegen das Volk geführt wird, den Gehorsam, so ist's vorbei mit der ganzen Herrlichkeit der jetzigen Gesellschaft. - Soldaten, ihr könnt den Kampf kurz und den Sieg leicht machen, wenn Ihr nie vergeßt, daß Ihr unsere Brüder seid, daß unsere Feinde auch die Euren sind. Nieder mit der Disziplin! Hoch die Rebellion!"[11]

Das Flugblatt war zwar an die Soldaten adressiert, mittelbar richtete es sich allerdings auch an die konservativen Eliten in Armee und Regierung. Most beschwor exakt das Szenario herauf, das ihren schlimmsten Angstphantasien entsprach. Spätestens seit der Revolution von 1848 sorgten sich die Repräsentanten der Militärmonarchie vor allem darum, wie zu verhindern sei, daß die bewaffneten Untertanen ihnen bei Einsätzen gegen den "inneren Feind" die Gefolgschaft verweigerten. Anders als in den Söldnerarmeen des 18. Jahrhunderts, wo der Schwund durch Desertion einen kalkulierbaren Faktor darstellte, der durch strengere Überwachung und bessere Versorgung nur begrenzt zu verringern war, fürchteten die militärischen Befehlshaber jetzt nicht das Weglaufen oder -bleiben der Soldaten, sondern ihr Überlaufen zu den Aufständischen. Mit allen Mitteln versuchten sie deshalb, eine Infizierung des Heeres mit dem "revolutionären Bazillus" zu unterbinden. Jeder noch so bescheidene Versuch von Soldatenagitation ließ alle Alarmglocken schrillen.



Wieviele Leser das Soldatenflugblatt in den Kasernen erreicht hat, läßt sich nur schwer sagen. In einem Geheimbericht der preußischen Polizei heißt es dazu, über 30.000 Exemplare seien "gedruckt und ausgegeben, dagegen verhältnismäßig nur sehr wenige gefunden" worden.[12] Einige der Soldaten, denen das Blatt unaufgefordert per Post zugegangen war, hatten die gefährliche Konterbande gleich an ihre Vorgesetzten weitergegeben, daraufhin angeordnete Durchsuchungsaktionen in verschiedenen Garnisonen hatten jedoch kaum etwas zutage gefördert. Immerhin wurden in Berlin einige Verteiler gefaßt und zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.[13] Erhalten blieb das Pamphlet - Ironie der Geschichte - ausgerechnet als Anlage zur sogenannten Umsturzvorlage in den Protokollen des Reichstags, wo es der Kriegsminister 1895 (also 15 Jahre, nachdem es verteilt und beschlag-nahmt worden war!) mangels besserer Beweisstücke als Beleg für die systematische Wühlarbeit der SPD im Heer vorlegte, um verschärfte Maßnahmen zur Überwachung und Bestrafung politisch verdächtiger Rekruten durchzusetzen.[14]



III.

Auch ein weiterer Versuch, diesmal anarchosyndikalistischer Soldatenagitation wurde vereitelt. Am 18. Februar 1907 berichtete die Berliner "Zeit am Montag" über einen spektakulären Fahndungserfolg der politischen Polizei: "Einer ihrer Beamten sah in der Gesellschaft bekannter Berliner Anarchisten mehrfach auch einen Fremden und beobachtete, daß ihm ein Gesinnungsgenosse im Scheunenviertel in seiner Wohnung Nachtquartier gab. Als der Wohnungsinhaber morgens mit dem Besuch das Haus verließ, trug jeder einen Handkoffer. Der Beamte witterte darin verbotene Schriften und hielt beide Männer an, zumal da er auch erfahren wollte, wer der Fremde sei und was er in Berlin plane. Die Koffer waren nun wider Erwarten leer, dagegen besaßen die Anarchisten jeder ein Büchelchen, das die lebhafteste Aufmerksamkeit des Beamten erregte. Auf dem schwarz-weiß-roten Umschlag prangte der preussische Adler inmitten der großgedruckten Aufschrift 'Soldaten-Brevier'. Über dem Adler stand 'Mit Gott für König und Vaterland', darunter ein Auszug aus der Rede, die der Kaiser 1895 an die Rekruten hielt. Ganz unten las er: Verlag des Königl. Kriegsministeriums, Berlin 1907'. Diesem Umschlag entsprach aber keinesfalls der Inhalt, der Verdacht des Beamten erwies sich vielmehr als durchaus berechtigt. Das 'Soldaten-Brevier' enthielt in den Kapiteln: 'Vor dem Fahneneid', 'Die Musterung', 'Die Blutsteuer', 'Der Krieg', 'Was ist das Vaterland', 'Die Schlachtbank des Vaterlandes', 'Antipatriotismus', 'Das Los des Soldaten', 'Die Arbeiter an ihre Brüder' usw. die 'wüstesten Hetzereien und Aufreizungen'. [...] In der Wohnung im Scheunenviertel fand man noch den ehemaligen Redakteur des 'Revolutionär', Sauter, aber keine einzige verbo-



tene Druckschrift. Die weiteren Ermittlungen ergaben jedoch, daß der Wohnungsinhaber auf dem Boden einen Taubenschlag eingerichtet, aber seit einiger Zeit keine Tauben mehr gehalten hatte. Man durchsuchte daher auch den Boden, den man in großer Ausdehnung mit Taubenmist und allerhand Käfigen bedeckt fand. Nichts wurde entdeckt, bis man endlich auch den Mist wegräumte. Da kam dann das 'Soldaten-Brevier' mit dem verhetzenden Inhalt zum Vorschein. Gleich in 15000 Exemplaren."[15] Der Verfasser des Artikels, der die polizeilichen Angaben schon deshalb bezweifelte, weil er es aufgrund eigener Erfahrungen als Taubenzüchter für ausgeschlossen hielt, "daß die Tauben eines einzigen Berliner Schlages so fleißig gewesen sein sollten, das Quantum Mist zu produzieren, das erforderlich wäre, um einen so großen Haufen Druckschriften zu verdecken"[16], sollte Recht behalten. Als es wenige Wochen später zum Prozeß kam, war die Zahl der beschlagnahmten Broschüren auf 1232 geschrumpft. Das Gericht, das Haftstrafen zwischen drei Monaten und einem Jahr verhängte, hielt die Agitationsschrift offensichtlich für so gefährlich, das es vor Verlesung der inkriminierten Stellen die Öffentlichkeit vom Verfahren ausschloß.[17] Die Heeresführung reagierte ebenfalls höchst besorgt auf den Fund: Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Polizeiberichts warnte der preußische Kriegsminister von Einem in einem Brief an sämtliche Generalkommandos vor der Broschüre, "welche nicht allein dazu bestimmt und in hohem Maße geeignet ist, Widerwillen gegen die Erfüllung der militärischen Pflichten zu erzeugen, sondern auch zur Fahnenflucht, Gehorsamsverweigerung und Meuterei auffordert".[18] Die Ermittlungen im Bereich des Heeres verliefen jedoch ergebnislos.



Bei dem Soldaten-Brevier handelte es sich um eine Bearbeitung des französischen "Manuel du Soldat", das vom nationalen Kongreß der Arbeiterbörsen 1902 herausgegeben und binnen zwei Jahren in einer Auflage von mehr als 200.000 Exemplaren verbreitet worden war. Geschrieben hatte die deutsche Fassung der österreichische Anarchosyndikalist Siegfried Nacht,[19] bekannter unter seinem Pseudonym Arnold Roller. Dieser hatte seit Anfang des Jahrhunderts als Mitarbeiter verschiedener anarchistischer Zeitschriften die Taktik des revolutionären Syndikalismus im deutschen Sprachraum bekannt gemacht und beeinflußte mit seinen Broschüren "Die direkte Aktion" und "Der Soziale Generalstreik"[20] die Vorstellungen deutscher Anarchosyndikalisten bis in die Weimarer Republik. In Frankreich, wo die Arbeiterbewegung anders als in Deutschland durch vielfältige Überlappungen zwischen sozialistischen und anarchistischen Organisationsformen und Programmen gekennzeichnet war,[21] betrieben vor allem die syndikalistisch orientierten Gewerkschaften, aber auch die sozialrevolutionären Flügel der sozialistischen Parteien eine erfolgreiche antimilitaristische Agitation, die sich die militärfeindliche Stimmung nach der Dreyfuß-Affäre und wiederholten Truppeneinsätzen gegen Streikende zunutze machte.[22] Das "Manuel du Soldat" forderte die Rekruten auf, bei einem Einsatz im Innern nicht auf Streikende oder Aufständische zu schießen, im Kriegsfall zu desertiern bzw. zu meutern, auf keinen Fall jedoch ins Feld zu ziehen. Die Agitation wurde flankiert von praktischer Solidaritätsarbeit. Die lokalen Arbeiterbörsen hielten engen Kontakt zu ihren eingezogenen Mitgliedern und den Rekruten der örtlichen Garnisonen; die Gewerkschaftshäuser veranstalteten regelmäßige Soldatenabende. Viele Syndikate richteten einen "Soldatenpfennig" ein. Die durch monatliche Abzüge von den Gewerkschaftsbeiträgen oder durch Sonderumlagen aufgebrachten Summen ließ man eingezogenen Genossen als Aufbesserung des kargen Solds zukommen. Planmäßig unterstützte man Deserteure und Dienstverweigerer. Die vielfältigen antimilitaristischen Aktivitäten blieben nicht ohne Wirkung: Im Stahlrevier von Montceau-les-Mines fraternisierten Truppen offen mit Streikenden; bei einer Arbeitsniederlegung in Limoges schossen Soldaten statt auf die Arbeiter über deren Köpfe hinweg; in Südfrankreich meuterte bei Winzerunruhen ein ganzes Regiment; die Zahl der Fahnenflüchtigen stieg beträchtlich. An der Spitze der Bewegung stand Gustave Hervé, ein früherer Gymnasialprofessor und Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands, der im Departement von Yonne in hoher Auflage eine eigene Soldatenzeitung herausgab und dessen 1907 ins Deutsche übersetzte Buch "Leur Patrie" zur Programmschrift des antipatriotischen, wehrkraftzersetzenden Antimilitarismus wurde.[23] Aufsehen erregte ein großer Prozeß gegen Hervé und 25 weitere Angeklagte, die anläßlich der Rekruteneinziehung im Herbst 1905 auf Plakaten zur Desertion aufgefordert hatten. Die Kriminalisierung gab dem Aktivismus kurzfristig nur weiteren Auftrieb: Neue Plakate wurden geklebt, die neben den gleichen Forderungen 2000 Namen enthielten mit der Einladung, die Staatsanwaltschaft möge nun auch diesen allen den Prozeß machen.[24] Hervé versuchte, ermutigt von den Erfolgen in Frankreich, seine Position auch innerhalb der Zweiten Internationale durchzusetzen, wo er auf dem Stuttgarter Sozialisten-Kongreß 1907 jedoch mit seiner Parole "Plutôt l'insurrection que la guerre" so gut wie keine Zustimmung erntete und vor allem von den deutschen Sozialdemokraten heftig attackiert wurde.[25]



Wie schon Mosts Soldatenagitation war auch der Antimilitarismus der französischen Syndikalisten, den Siegfried Nacht - erfolglos - nach Deutschland zu importieren versuchte, alles andere als



friedlich, und auch Nacht selbst war kein Verfechter eines bloß gewaltlosen Widerstands. Für ebenso legitim wie notwendig gegen die Mordmaschine Militär hielt er alle Aktionen, die ihre Einsatzfähigkeit behinderten und zugleich die Loyalität der Mannschaften zersetzten. Das galt sowohl für Streikeinsätze wie erst recht für den Kriegsfall. Nachts Schriften zeigen einen ungebrochenen Aktivismus sowie einen fast religiösen Glauben an die revolutionäre Kraft des Generalstreiks. Seine nur allzu berechtigte Kritik an der sozialdemokratischen Fortschrittsgewißheit, aus dem in der Praxis nichts als Organisationsfetischismus und Warten entweder auf den "großen Kladderadatsch" oder auf ein "friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus" folgte, schlug um in voluntaristische Revolutionsmechanik, der eine nicht minder teleologische Geschichtskonstruktion zugrundelag: "So steuert nun die Entwicklung der revolutionären ökonomischen Kämpfe der Gegenwart", heißt es etwa in seiner Broschüre über "Die direkte Aktion", "gleichzeitig mit den fortwährenden Gegenwarts-Erfolgen, mit fortwährendem Gewinn immer größerer Freiheit für das Proletariat - geradezu von selbst endlich zum siegreichen ökonomischen Generalstreik als Entwicklungsresultat der vielen kleineren revolutionären Streiks zum Ziele hin."[26]

Im Soldaten-Brevier wandte sich Nacht entschieden gegen die sozialdemokratische Forderung nach "allgemeiner Volksbewaffnung" und Einführung des Milizwesens. Diese könnten die Kriegsgefahr nicht beseitigen, "weil die bloße Existenz bewaffneter Heere jederzeit neue Ausbrüche mordsbegeisterten Kriegspatriotismus ermöglichen und fördern kann. Um dies zu verhindern gibt es nur einen Weg, und dies ist die völlständige Beseitigung jeder Form von Armee."[27] Unmittelbar gegen den "proletarischen Patriotismus" der SPD war das Kapitel "Antipatriotismus" des Soldaten-Breviers gerichtet. Anspielend auf Bebels Wort, er selbst sei bereit, "die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen", wenn es einen Angriff des russischen Despotismus abzuwehren gelte,[28] wies Nacht auf die Inkonsequenz der Sozialdemokraten hin. Diese dächten nicht im geringsten daran, auch "die logische Fortsetzung dieses Gedankens



auszusprechen, - daß sie z.B. das deutsche Vaterland auf keinen Fall gegen eine Invasion von Frankreich verteidigen würden, weil doch durch einen Sieg Frankreichs mit der Einführung französischer Institutionen größere Freiheiten im besiegten deutschen Vaterlande aufblühen würden - wie dies ja auch der Fall war nach den Napoleonischen Kriegen."[29] Ohne daß Nacht einen Krieg herbeigewünscht hätte, mußte aus seiner Perspektive das Proletariat eher die Niederlage als einen militärischen Erfolg des "Vaterlands" wünschen: "Denn die siegreiche Monarchie und der Kapitalismus wird durch den Sieg gegen den äußeren Feind auch gestärkt gegen den 'inneren' Feind und zwar einerseits durch den Enthusiasmus des siegreichen Patriotismus und andererseits durch den Blutverlust des Volkes, dessen Jugend in den 'siegreichen' Schlachten gefallen ist. [...] Demgegenüber sehen wir wieder, wie gerade nach verlorenen Kriegen im Lande Perioden freierer politischer Entwicklung beginnen, wie in Preußen nach Jena 1806, wie Frankreich im Jahre 1871 mit seiner Niederlage auch das Kaisertum loswurde; wie gegenwärtig die revolutionäre Bewegung in Rußland durch die Niederlagen im japanischen Krieg gefördert wurde."[30] - Man wird Nachts These auch für den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts eine prognostische Qualität nicht absprechen können.

Eine strikte Absage erteilte Nacht auch der Hoffnung auf Abrüstung "von oben". In seinem Revolutionskonzept fielen Kriegsverhinderung und "Befreiungskampf des Proletariats" zusammen. Darin traf er sich mit linksradikalen Sozialdemokraten wie Liebknecht, Luxemburg oder Pannekoek. Doch während diese im Bann der Parteidisziplin legalistisch jeden Aufruf zur Gehorsamsverweigerung unterließen, setzte er nicht zuletzt auf die präventive Wirkung einer Propaganda des Ungehorsams: "Die Arbeiter haben keine Zeit und keine Geduld, so lange zu warten, bis sich die Versprechungen ihrer Vertreter erfüllt haben, die den Militarismus durch die Parlamente abzuschaffen versprechen, denn unterdessen schießen die Soldaten bei jeder Gelegenheit auf streikende Arbeiter. [...] Trotz aller Friedensschalmeien der großen Pazifisten könnte kein einziger Krieg vermieden werden, wenn die Herrschenden es beschließen und das Proletariat gehorcht. Der mörderische Krieg wird nicht beseitigt durch den friedlichen Pazifismus, sondern nur durch den rebellischen Antimilitarismus, diese direkte Aktion des Pazifismus. Auf die Kriegserklärung antworten die Antimilitaristen mit dem Militärstreik, Dienstverweigerung, Generalstreik und Meuterei. Eines der wichtigsten Mittel, den Krieg direkt durch das Volk zu verhindern, wäre, sofort nach der Kriegser-

klärung alle Transport- und Kommunikationsmittel, Telegraphen, Telephone, Eisenbahnschienen, Tunnel, Brücken, Hafenanlagen etc. so oft wie möglich zu vernichten oder zu sprengen - um die Entsendung der Regimenter zu verhindern. Massenstreiks, womöglich Generalstreiks in Arsenalen, Militärwerkstätten, Häfen etc. könnten ebenfalls die Kriegsoperationen ganz bedeutend hemmen - ja sogar die Niederlage des eigenen Landes herbeiführen. Wenn diese Idee recht stark propagiert würde, so könnte schon die bloße Idee Wunder wirken. Die bloße Ankündigung der Arbeiter und Soldaten, daß sie im Kriegsfalle streiken, die bloße Ankündigung, daß das Proletariat, das sich schon gewöhnt hat, im Kampfe mit dem Kapitalismus ihm seine Arbeit zu verweigern, ihm nun auch sein Leben und sein Blut im Krieg verweigern will, um es für die eigenen Ziele, die eigenen Ideale einzusetzen, wäre schon eine direkte Verhinderung des Krieges."[31]

IV.

War die Propaganda eines militanten, in Generalstreik und Insurrektion gipfelnden Antimilitarismus in Deutschland angeregt von den Aktivitäten französischer Syndikalisten, so kam der Anstoß zu einem ebenso grundsätzlichen, aber strikt gewaltlosen Widerstand gegen Militär und Staat aus Rußland. Von dort aus verkündete Leo Tolstoj seit Mitte der achtziger Jahre in zahllosen Flugschriften und Büchern seine aus dem Liebesgebot der Bergpredigt abgeleitete Lehre vom "Nichtwiderstreben".[32] Die unverfälschte Botschaft des Christentums bestand, so der Kern seiner Ethik, in einer Abkehr von jeder Gewalt: "widerstrebe nicht dem Übel will heißen; widerstrebe niemals dem Übel, d.h. übe nie Gewalt aus, d.h. bejahe nie eine Handlung, die der Liebe widerspricht. Und wenn du dabei gekränkt wirst, so ertrage die Kränkung und thue dennoch nichts Gewaltsames gegen den Nebenmenschen."[33] Dieser kategorische Imperativ implizierte keineswegs bloßes passives Erdulden; Nichtwiderstreben dem Übel bedeutete auch, sich zu verweigern, falls man selbst zur Anwendung oder zur mittelbaren Unter-stützung von Gewalt gezwungen werden sollte. Wer dieses Gebot ernstnahm, mußte unweigerlich in unversöhnlichen Gegensatz zu den staatlichen Gesetzen geraten. Für Tolstoj war jede Regierung "ein furchtbares, ja das gefährlichste Institut der Welt"[34]: "Die Regierungen unserer Zeit - alle Regierungen sowohl die despotischen als die liberalen - sind das geworden, was Herzen so zutreffend 'Dschingis-Chan mit dem Telegraphen' genannt hat, d.h. Organisationen der Gewalttat, welche sich aber jener Mittel bedienen, welche die Wissenschaft für die gemeinschaftliche, friedliche Tätigkeit freier und gleichberechtigter Menschen erfunden hat, welche die Regierungen aber zur Unterdrückung der Menschen gebrauchen."

Festgehalten im "Bannkreis der Gewalt" wurden die Menschen, so Tolstoj weiter, durch Repression, Bestechung, den "patriotischen Aberglauben" und schließlich dadurch, daß man eine Anzahl von ihnen "in jenem jugendlichen Alter auswählt, wo der Mensch noch keine festen, abgeschlossenen Begriffe von Moral hat, und sie aus allen natürlichen Lebensverhältnissen, Haus, Familie, Heimat, vernünftige Arbeit, herausreißt, in Kasernen einschließt, in eine besondere Kleidung steckt und sie durch Geschrei, durch Trommeln, Musik und glänzende Gegenstände veranlaßt, alltäglich gewisse, zu diesem Zweck erfundene Bewegungen auszuführen, um auf diese Art sie in einen Zustand der Hypnose zu versetzen, in welchem sie aufhören Mensch zu sein und vernunftlose, dem Hypnotiseur gehorsame Maschinen zu werden. Diese hypnotisierten, physisch starken Menschen werden jetzt bei der allgemeinen Wehrpflicht mit Mordwaffen versehen und sind immer gehorsame Werkzeuge der Regierungen und auf deren Befehl bereit zu jeder Gewaltthat."[36] Die Praxis der allgemeinen Wehrpflicht gewann in Tolstojs Perspektive eine doppelte Bedeutung: Sie verkörperte einerseits die "grausamste Form staatlicher Selbstbehauptung, insofern sie die Unterdrückten gegen ihr sittliches Bewußtsein zur Gewalt gegen ihre Brüder und Leidensgenossen bis hin zum Mord" verpflichtete. Andererseits betrachtete er sie als die historisch letzte Form staatlichen Zwangs, "weil sie den Menschen unweigerlich und in radikalster Form ihre widersprüchliche Lage in der staatlich organisierten Gesellschaft vor Augen führen und ihr Bewußtsein für einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft im Sinne der Liebeslehre Christi schärfen" mußte.[37]

Die Hoffnung auf einen revolutionären Umsturz der staatlichen Herrschaftsordnung hielt der Dichter für einen Selbstbetrug, da gewaltsames Aufbegehren das Übel reproduzieren und die Spirale von Gewalt und Gegengewalt weiterdrehen mußte: "Welche Partei auch triumphieren mag, sie muß, um eine neue Ordnung einzuführen und die Macht zu behalten, nicht nur alle bekannten Gewaltmittel anwenden, sondern auch neue erfinden. Die Unterdrückten werden nicht mehr dieselben





sein, die Unterdrückung wird neue Formen annehmen, aber keineswegs verschwinden, sondern nur noch grausamer werden, weil der Haß der Menschen durch den Kampf noch erhöht werden wird."[38] Aus dem Zirkel der Gewalt herausführen konnten allein die innere Umwandlung und die Verweigerung gegenüber allen unchristlichen Forderungen des Staates, insbesondere die Verweigerung des Kriegsdienstes. Auch wenn es vorerst nur wenige waren, die so handelten, mußte ihre Weigerung die Gewalt des Staates aushöhlen und, so Tolstojs optimistische Geschichtsphilosophie, notwendig zur Befreiung aller führen: "Es scheint, als ob diese Erscheinungen keine Wichtigkeit hätten; aber dennoch untergraben sie mehr als alles andere die Macht der Regierungen und bereiten die Befreiung der Menschen vor. Das sind jene einzelnen Bienen, welche anfangen, sich vom Schwarm zu trennen und umherfliegen in der Erwartung dessen, was nicht ausbleiben kann, nämlich daß der ganze Schwarm sich hinter ihnen erhebt. Und die Regierenden kennen und fürchten diese Erscheinungen mehr als die Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten und alle ihre Verschwörungen und Dynamitbomben."[39]

Tolstoj selbst verstand sich also nicht als Anarchist, aber er wurde als Anarchist rezipiert. In Deutschland beriefen sich oppositionelle Intellektuelle, so die Anhänger der "Ethischen Bewegung",[40] liberale Anarchismusforscher wie Paul Eltzbacher,[41] aber auch die parteikritischen Sozialisten des Friedrichhagener Kreises[42] auf seine Moraltheorie, um "einen 'reinen' Begriff von Anarchismus mit dem Hauptmerkmal 'absolute Gewaltlosigkeit' zu definieren, der die Identifikation des Anarchismus mit den vor allem in romanischen Ländern verübten Gewalttaten widerlegt[e] und zugleich die Verwirklichung des anarchistischen Ideals in unbedenklich undenkbare Ferne entrückt[e]".[43] Die Anarchisten in Deutschland wiederum druckten zwar eifrig Tolstojs staats- und militärkritische Schriften nach,[44] doch schon sein religiöser Rigorismus und seine asketische Sexualethik hinderten sie daran, vorbehaltlos zu seinen Jüngern zu werden. Der Historiograph der anarchistischen Bewegung, Max Nettlau, bekannte kurz und bündig: "Tolstoj ging uns allen auf die Nerven: man verstand nicht, wie er sich an das Christentum anklammern konnte, wie er Kunst und Wissenschaft geringzuschätzen schien und wie er, der sich gewiss in seine per-sönlichen Angelegenheiten nicht drein-reden ließ, der ganzen Welt Lehren gab im Sinne der Kreutzersonate..."[45] Selbst Gustav Landauer, dessen in hohem Maße lebensreformerisch ausgerichtetes Sozialismus-Verständnis der Tolstojschen Morallehre noch am nächsten stand, erklärte, "die Art Entsagung [...], wie Tolstoy sie übt und lehrt: sich unter das Joch zu beugen, das einem verhaßt ist", leuchte ihm nicht ein, und setzte gegen dessen christliche Ethik die libertäre Auffassung: "Es gibt kein unverbrüchliches 'Du sollst' für einen freien Menschen."[47]

Während in den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien und schließlich in Rußland sich zahlreiche junger Männer unter Berufung auf die Lehren des russischen Dichters weigerten, Soldaten zu werden, und dafür ins Gefängnis gingen, und Christen-Anarchisten in verschiedenen Ländern Siedlungen gründeten, um ein gewaltfreies Leben jenseits von Staat, Kapitalismus und Militarismus zu führen,[48] blieb die Rezeption der Tolstojschen Verweigerungspropaganda in der deutschen anarchistischen Bewegung weitgehend folgenlos. Zwar entzog sich der eine oder andere Anarchist dem Militärdienst: Rudolf Oestreich etwa, später Redakteur des "Freien Arbeiters", tauchte vor seiner Einberufung unter, wurde fünf Monate später an der französischen Grenze festgenommen und wegen Fahnenflucht zu einem halben Jahr Einzelhaft verurteilt.[49] Und Franz Jung berichtet in seiner Autobiographie, daß die Münchner Bohème-Anarchisten um Erich Mühsam wiederholt dienstunwilligen Wehrpflichtigen bei der Flucht in die Schweiz halfen. Untergebracht wurden die Deserteure meist in der anarchistischen Kolonie auf dem Monte Veritá.[50] Aber sich den Behörden zu stellen und freiwillig die sichere Bestrafung auf sich etwa zu nehmen, das kam keinem von ihnen in den Sinn. Sieht man von solchen kleinen und grossen Fluchten ab, beschränkte sich der libertäre Antimilitarismus jedoch weitgehend auf publizistische Aktivitäten.[51]

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer war im Deutschen Kaiserreich vor 1914 überhaupt äußerst gering; bei den gerichtlich sanktionierten Fällen handelte es sich meist um Angehörige pazifistischer Glaubensgemeinschaften wie der Mennoniten oder Adventisten.[52] Eine Ausnahme bildet der Fall eines konfessionslosen Dienstverweigerers, der sich bei seiner Entscheidung auf Tolstoj berief. Er ist dokumentiert in den Annalen der Berliner Charité, wohin der Betreffende zur Begutachtung seines Geisteszustands überwiesen worden war.[53] Lange bevor die Psychiater sich auf die



"Kriegsneurotiker" des Ersten Weltkriegs stürzten, wurde hier militärisch abweichendes Verhalten nicht mehr nur kriminalisiert, sondern auch pathologisiert. Der Schuhmacher Paul M. hatte sich im Mai 1901 geweigert, zu einer Reserveübung einzurücken und diese Entscheidung in einem Schreiben an das zuständige Wehrkommando begründet. Bei seiner Vernehmung erklärte er, "er könne es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, Waffendienste zu leisten, da er es als gegen die Gesetze der Menschlichkeit verstossend ansähe, andere Menschen zu töten. Er sei für allgemeine Abrüstung und weigere sich deshalb, dem Gestellungsbefehl Folge zu leisten, obwohl er wisse, dass er hierfür strenge Bestrafung zu gewärtigen habe. [...] Durch die Lektüre der Werke von Tolstoi, Bertha von Suttner, sowie sozialistischer Schriften sei er zu dieser Ansicht gekommen. Er selbst sei kein Sozialdemokrat. [...] Seit 1 1/2 Jahren sei er zu dem Entschluss gekommen, wenn eine Uebung von ihm verlangt würde, dieselbe nicht mitzumachen. Er habe gedacht, einer müsse mal anfangen, damit die Abrüstung endlich mal zu stande komme. [...] Auf die Frage, ob er denke, dass er irgend etwas erreichen werde mit seinem Vergehen, meint er, das könne er erst später beantworten. Wenn er verurteilt würde, würde sich der Staat mit sich selbst in Widerspruch setzen, da dieser doch selbst sage, er sei nur des Friedens wegen da. Auf das Vorhalten, er wäre doch eigentlich wegen seiner mangelhaften Vorbildung kaum im stande, für solche weittragenden Ideen zu wirken, antwortet Explorand: 'Wenn solche Leute, wie Tolstoi, nur allein daständen, könnten sie auch nichts durchsetzen.' Auf die Frage, warum er denn nicht einen von den Herren, die ihn so stark beeinflusst hätten, um Rat gefragt habe, sagt er, er wisse allein, was er zu tun habe. Massgeblich sei für ihn nur Tolstoi, und da wisse er, dass derselbe mit seiner Handlungsweise einverstanden sein würde. [...] Er meint, dass die Mehrzahl der Menschen im Grunde genommen auf dem Tolstoischen Grundsatz ständen, sie seien nur durch alle möglichen Rücksichten verhindert, ihre wahre Meinung zu sagen. Er bestreitet, dass er die Absicht habe, ein grosser berühmter Mann zu werden, er wolle nur sein Recht verteidigen. Schliesslich meint er, sein Leben sei nicht so gut gewesen, dass er große Verluste erlitte, wenn er im Gefängnis sitzen müsse."[54]

Der begutachtende Psychiater diagnostizierte zwar keine eindeutige Geistesstörung, aber doch den "abnormen Zustand" einer "überwertigen Idee", "die sein ganzes Fühlen und Denken einnimmt und seine Handlungsweise bestimmt, ohne dass er Rücksicht nimmt auf seine eigene Person".[55] Angesichts des Anstaltsalltags und erst recht angesichts der Psychiatrieverbrechen im weiteren Verlauf den 20. Jahrhunderts, konnte Paul M. froh sein, daß man ihn nicht zwangsinternierte, sondern für zurechnungsfähig erklärte und zu einer sechswöchigen Haftstrafe verurteilte. Paul M. ließ sich auch dadurch nicht von seinen Überzeugungen abbringen: Zwei Jahre später wiederholte sich der Kreislauf von Gestellungsbefehl, Verweigerung, psychiatrischer Begutachtung und gerichtlicher Verurteilung.

V.

So sehr die verschiedenen Strömungen des antistaatlichen Antimilitarismus auch zwischen individuellen und kollektiven, militanten und gewaltlosen Positionen schillerten, in der negativen Stoßrichtung ihrer Anstrengungen stimmten sie überein. Statt Volksmiliz und demokratische Kontrolle der Armee propagierten die Anarchisten Dienstverweigerung und Fahnenflucht, Streiks, Boykotte und Sabotage, also Aktionen der Obstruktion und gezielten "Wehrkraftzersetzung". Macht war, so ihre Grundüberzeugung, nicht als etwas zu begreifen, was die einen besitzen, die anderen eben nicht, sondern als ein soziales Verhältnis, das bei aller Asymmetrie vom Gehorsam der Beherrschten ebenso aufrechterhalten wird wie von den Sanktionsmitteln der Herrschenden. Welche zentrale Bedeutung der Disziplin zukam, hatte man damit verstanden, aber es fehlten die Kategorien, um zu begreifen, wie die Produktion zuverlässiger Soldaten vor sich ging. Daß Menschen gehorchten und sich für Nation, Staat und Krieg sogar begeistern ließen, war mit Einschüchterung und Manipulation nur unzureichend erklärt. An der offensichtlichen Sehnsucht nach strenger Autorität mußte selbst die leidenschaftlichste Beschwörung der Freiheit abprallen. Hier zeigte sich das Dilemma des anarchistischen Voluntarismus: Die Zersetzung staatlicher Macht "funktionierte" nur unter der Bedingung, daß alle, daß zumindest viele mitmachen. Als verschwindend kleines Häuflein, von der politischen Polizei schärfstens überwacht, von der nicht minder politischen Justiz massiv verfolgt, blieb den Anarchisten im Deutschen Reich daher nichts übrig, als der ungeliebten Wirklichkeit unter hohem persönlichen Einsatz ihre Kritik unversöhnlich, aber ohne Aussicht auf sichtbare Erfolge entgegenzuhalten. Klarer als andere erkannten sie die Macht des Ungehorsams, zu organisieren vermochten sie ihn nicht.





1 Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, in: ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1958, S. 450.
Ebd., S. 427 - 438. Vgl. dazu auch die Antikritik des niederländischen Anarchisten Domela Nieuwenhuis: Sozialdemokratischer und anarchistischer Antimilitarismus. In: Die freie Generation, 2. Jg., Bd. 2, April 1908, S. 227 - 232.

2 Einen Versuch der Vergegenwärtigung unternahm 1987 die Zeitschrift "graswurzelrevolution", die selbst in der Tradition des gewaltfreien Anarchismus steht, mit einem Sonderheft zur "Sozialgeschichte des Antimilitarismus" (Nr. 117/118). Das Heft dokumentiert zahlreiche Beiträge anarchistischer Autoren vor allem aus der Zeit zwischen den Weltkriegen. Vgl. außerdem die vom Verfasser herausgegebene und kommentierte Wiederveröffentlichung von Texten anarchistischer Soldatenagitation aus dem Deutschen Kaiserreich: Nieder mit der Disziplin! Hoch die Rebellion! Anarchistische Soldatenagitation im Deutschen Kaiserreich, Berlin 1988.

3 Vgl. dazu Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969; Andrew R. Carlson: Anarchism in Germany, Bd. 1: The Early Movement, Metuchen, N. J. 1972; Dirk H. Müller: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 - 1894, Berlin 1975; Hans Manfred Bock: Geschichte des "linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch, Frank-furt/M. 1976, S. 38 - 73; Peter Wienand: Revoluzzer und Revisionisten. Die "Jungen in der Sozialdemokratie vor der Jahrhundertwende, in: Politische Vierteljahresschrift 17, 1976, S. 208 - 241.

4 Die Grundzüge sozialdemokratischer Wehrpolitik faßte 1908 der liberale Politikwissenschaftler Walther Borgius in der neugegründeten "Zeitschrift für Politik" zusammen: "Sie bekämpfen die Klassenscheidung im Heere, die in dem Institut der Einjährig-Freiwilligen, in der prinzipiellen Trennung des Offizierskorps vom Unteroffizierskorps liegt. Sie bekämpfen das System der Berufssoldatenschaft, wie sie diese beiden Vorgesetzten-Gruppen darstellen. Sie bekämpfen die Verwendung des Heeres als Unterstützungstruppe der Polizei gegen den 'inneren Feind'. Sie bekämpfen die lange Dienstzeit, das geheime Militärstrafverfahren, die Härten der Disziplin, die künstliche Trennung des Heeres vom Volke (durch Kasernen und Kasinos etc.). Sie bekämpfen endlich das Prinzip, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in Händen des Fürsten oder einiger weniger leitender Staatsmänner liegt, statt bei der Volksvertretung, sowie überhaupt, daß die Militärverwaltung - die Entscheidung über Versetzungen, Ernennungen und Verabschiedungen etc. - in bürokratischer Form gehandhabt wird, statt in vollster Öffentlichkeit unter Mitwirkung der beteiligten Truppen selbst. Sie bekämpfen endlich die Form des stehenden Heeres mit der darin liegenden Brachlegung zahlloser Menschen-kräfte und seiner von Jahrzehnt zu Jahrzehnt steigenden Kostenlast, treten also ein für eine Volksmiliz, etwa des Genres, wie es die Schweiz heute schon durchgeführt hat, nur noch etwas mehr gereinigt von Klassenherrschaft und kapitalistischem Geiste. Da sie im übrigen aber, gleich den übrigen politischen Parteien, die Eroberung der politischen Macht erhoffen und erstreben, diese jedoch identisch ist mit der militärischen Gewalt, so können sie gar nicht Gegner des Militärs als solchen sein, sondern nur das Bestreben haben, es ihrer Partei und ihren Ideen dienstbar zu machen" (Die neuere Entwicklung des Anarchismus, in: Zeitschrift für Politik, 1.Bd., Berlin 1908, S.532).

5 August Bebel: Rede im Reichstag am 28.11.1891, Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstags, Bd. 118, S. 3122.

6 Zu Most vgl. seine autobiographischen Schriften: Acht Jahre hinter Schloß und Riegel, Skizzen aus dem Leben Johann Most's, New York 1886; Memoiren, 4. Bde., New York 1903 - 1907; sowie Rudolf Rocker: Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924; Dieter Kühn: Johann Most. Ein Sozialist in Deutschland, München 1974.

7 Zit. nach Bröckling (Hrsg.): Nieder mit der Disziplin!, a.a.O., S.85/86.

8 Ebd., S. 86.

9 Johann Most: Revolutionäre Kriegswissenschaft, New York 1885
Zit. nach Bröckling (Hrsg.): Nieder mit der Disziplin!, a.a.O., S. 87.

10 Bericht der Zentralstelle der politischen Polizei zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, 31. Dezember 1880, zit. nach Reinhard Höhn: Die vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Licht der Geheimberichte der preußischen Polizei 1878 - 1914, Bd. 1 (1878 - 1890), S. 60.

11 Reinhard Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 3, Bad Harzburg 1969, S. 93.

12 Stenogr. Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1894/95, 2. Anlagenband, Aktenstück Nr. 273, S. 1193/94. Ebd., S. 1188 - 1196, sind noch weitere beschlagnahmte Soldatenflugblätter dokumentiert.

13 K. Sch. [d.i. Karl Schneidt]: Ragout-Fin, in: Die Zeit am Montag, 18. Februar 1907.

14 Ebd.

15 Vgl. Prozeß gegen Sauter und Genossen, in: Vorwärts, 3. März 1907, 3. Beilage. Das sozialdemokratische Blatt hielt auf-grund von Ungereimtheiten in der Anklage das ganze für eine von der politischen Polizei inszenierte Aktion, verdächtigte einen flüchtigen Angeklagten als Agent provocateur und verwies darauf, daß schließlich auch Mosts "Freiheit" auf Kosten der Polizei gedruckt worden sei.

16 Zit. nach Höhn: Sozialismus und Heer, Bd. 3, a.a.O., S. 161.

17 Nacht, 1878 in Wien geboren, in Ostgalizien aufgewachsen, von Beruf Elektrotechniker, hatte seit seinem 18. Lebensjahr in anarchistischen und syndikalistischen Bewegungen verschiedener europäischer Länder gearbeitet. Nach einem Aufenthalt in Berlin lebte er einige Jahre in Paris, dann kurz in London; 1902/1903 durchwanderte er Spanien, wurde auf Gibraltar verhaftet, reiste bald darauf nach Italien, wurde ausgewiesen; auf dem internationalen antimilitaristischen Kongreß 1904 in Amsterdam trat er als Delegierter für Portugal und Spanien auf. Kurz darauf gab er in Böhmen die Zeitschrift "Generalstreik" heraus, die allerdings nur sechs Ausgaben erlebte. Es folgten Aufenthalte in Zürich, Österreich und Frankreich, die jeweils mit Ausweisungen endeten. Anschließend hielt er sich in England auf, bis er 1910 nach Italien ging. Etwa zur gleichen Zeit wie das "Soldaten-Brevier" stellte er zusammen mit seinem Bruder Max auch ein "Internationales Rebellen-Liederbuch" (London 1906) zusammen, von dem bei der Berliner Beschlagnahmungsaktion der Polizei ebenfalls einige Exemplare in die Hände gefallen waren.
Vgl. Max Nettlau: Geschichte der Anarchie, Bd. V, Anarchisten und Syndikalisten, Teil 1. Vaduz 1984, S. 269 (Anm.).

18 Arnold Roller [d.i. Siegfried Nacht]: Die direkte Aktion, zuerst New York 1903, neu: Berlin 1970; ders.: Der Soziale Generalstreik, Berlin 1905, neu: Bremen 1980. Diese Broschüre wurde in 17 Sprachen übersetzt. Ohne Pseudonym war bereits vorher erschienen: Der Generalstreik und die soziale Revolution, London 1902. Zur Geschichte des Anarchosyndikalismus in Deutschland vgl. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Darmstadt 21993; ders.: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 25. Jg., 1989, S. 293 - 358; Angela Vogel: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung, Berlin 1977; Hartmut Rübner: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands, Berlin/Köln 1994.

19 Vgl. dazu Petra Weber: Sozialismus als Kulturbewegung. Frühsozialistische Arbeiterbewegung und das Entstehen zweier feindlicher Brüder Marxismus und Anarchismus, Düsseldorf 1989.

20 Vgl. zur antimilitaristischen Bewegung in Frankreich den Bericht der Confédération Générale du Travail für die internationale Konferenz der Gewerkschaftssekretäre in Dublin: Antimilitarismus und Generalstreik. Berlin 1904; ferner Borgius: Die neuere Entwicklung des Anarchismus, a.a.O., S. 533/34; Hubert Lagardelle: Die syndikalistische Bewegung in Frankreich, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 26. Bd., Tübingen 1908, S. 607 - 610; Nettlau: Geschichte der Anarchie, Bd. V, a.a.O., S. 371 - 374.

21 Gustave Hervé: Das Vaterland der Reichen. Zürich 1907. Das Vorwort schrieb der wegen anarchistischer Positionen aus der SPD ausgeschlossene Arzt Raphael Friedeberg.

22 Nettlau schreibt dazu kritisch: Ich kann die Phasen von Hervés Entwicklung hier nicht erörtern; von der an seine Lehrtätigkeit anknüpfenden Kritik der patriotischen Legende gleitet er, im Pariser Milieu von jungen militanten anarchistischen, syndikalistischen und sozialistischen Kräften umgeben, zu einem flüchtigen Insurrektionismus, den er in einen neuen Blanquismus umphantasiert, der aber doch nur an das Bandenleben militanter Demonstranten anknüpft, wie die Boulanger- und Dreyfußzeit und der militante Royalismus sie produziert hatten. [...] Dadurch wurde der



Antimilitarismus dieser Art gelegentlich eine Eintagssensation der Strasse, verlor aber seinen geistigen Gehalt immer mehr. Er wurde Sache der Schlagfertigkeit auf der Strasse, eine Art von revolutionärem Militarismus, der Demonstrationen, Plakate, geläufiger Broschüren; Prozesse wurden zur Tribüne und die Gefängniszeit in politischer Haft wog nicht so schwer; Hervé schrieb dort seine Arktikel weiter, die anderen debattierten tagsüber mit den auch verhafteten Anarchisten, Syndikalisten und manchen Royalisten" (Geschichte der Anarchie, Bd. V, a.a.O., S. 373). Hervé rückte schon vor dem Ersten Weltkrieg von seinem Antimilitarismus und Antipatriotismus ab, wurde im Krieg zum fanatischen Chauvinisten und näherte sich in der Folgezeit den Positionen der rechtsradikalen "Action Française" an. Vgl. zu dieser Kehrtwendung den Kommentar Gustav Landauers: Deutschland, Frankreich und der Krieg [1913], in: ders.: Rechenschaft, Berlin 1919, S. 123 - 138.

23 Vgl. Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 18. bis 24. August 1907. Berlin 1907, S. 81 - 105.

24 Arnold Roller [d.i. Siegfried Nacht]: Die direkte Aktion, a.a.O., S.60.

25 Soldaten-Brevier, zit. nach dem Neudruck in: Bröckling (Hrsg.): Nieder mit der Disziplin!, a.a.O., S. 76.

26 August Bebel in einer Reichstagsrede aus dem Jahr 1904, zit. nach Christoph Butterwegge/Heinz-Gerd Hofschen: Sozialdemokratie, Krieg und Frieden, Heilbronn 1984, S. 63.

27 Soldaten-Brevier, a.a.O., S. 55.

28 Ebd., S. 56/57.

29 Ebd., S. 76/77. Aufgegriffen wurde der Vorschlag, bei Kriegsausbruch die Kommunikations- und Transportwege zu sabotieren, in einer 1914 in London von einem "D'Alba-Masetti-Schinas-Antimilitarismuskomité des internationalen Anarchismus" herausgegebenen Broschüre in deutscher Sprache. Unter dem Titel "Krieg dem Krieg. Was die Arbeiterklasse im Kriegsfalle zu tun hat. Grundsätzliches und Praktische Aktionsmittel" finden sich dort detaillierte Anweisungen zur Herstellung von Sprengstoff, zur Zerstörung von Lokomotiven, Bahnanlagen, Strom-, Gas- und Telefonleitungen sowie zur allgemeinen Desorganisation der kapitalistischen und staatlichen Ordnung. Durchgeführt werden sollten die Sabotageaktionen von konspirativ arbeitenden "revolutionären Kampfgruppen", die nicht mehr als fünf oder sechs Mitglieder umfassen durften. Ob diese unmittelbar vor Kriegsbeginn gedruckte und von einem verzweifelten Aktivismus getragene Flugschrift nach Deutschland gelangt ist, ließ sich nicht ermitteln. Das einzig nachzuweisende Exemplar befindet sich im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

30 Einen systematischen Überblick über Tolstojs Sozialethik gibt Wolfgang Sandfuchs: Dichter - Moralist - Anarchist. Die deutsche Tolstojkritik 1880 - 1900, Stuttgart 1995, S. 24 - 42, 218 - 237.

31 Leo N. Tolstoj: Mein Glaube [1882/84], Jena 21917, S. 23.

32 Ders.: Eines tut not. Über die Staatsmacht [1905], in: ders.: Rede gegen den Krieg. Politische Flugschriften, Frankfurt 1983, S. 84.

33 Ders.: Gottes Reich ist in Euch, Berlin 1894, S. 152/53.

34 Ebd., S. 155.

35 Sandfuchs: Dichter - Moralist - Anarchist, a.a.O., S. 221.

36 Tolstoj: Gottes Reich ist in Euch, a.a.O., S. 156.

37 Ebd., S. 174.

38 Vgl. u.a. Georg von Gizycky: Anmerkungen zu Graf Leo Tolstoy's Abhandlung über Religion und Moral, in: Ethische Kultur, 2. Jg, 1894, S. 30 - 40, 51 - 53; Friedrich Wilhelm Foerster: Idealer Anarchismus, ebd., 4. Jg, 1896, S.202/3; Heinrich Herkner: Der Anarchismus, ebd., S. 377 - 380, 387 - 389.

39 Vgl. Paul Eltzbacher: Der Anarchismus, Berlin 1900; ders.: Die Rechtsphilosophie Tolstoj's, in: Preussische Jahrbücher, Bd. 100, 1900, S. 266 - 282.

40 Vgl. insbesondere Bruno Wille: Christ-licher Anarchismus? Betrachtungen über den Egidy-Tag, in: Freie Bühne für modernes Leben, 2. Jg., 1891, S. 561 - 566; ders.: Tolstois Verherrlichung der Körperarbeit, ebd., S. 57 - 62; ders.: Die Philosophie des reinen Mittels, ebd., 3. Jg., 1892, S. 21 - 31, 145 - 154, 278 - 288. 406 - 416, 528 - 538, 627 - 633.

41 Sandfuchs: Dichter - Moralist - Anarchist, a.a.O., S. 336. Zur deutschen Tolstoj-Rezeption vor 1914 vgl. außerdem Edith Hanke: Prophet des Unmodernen. Leo N. Tolstoi als Kulturkritiker in der deutschen Diskussion der Jahrhundertwende, Tübingen 1993; dies.: Das "spezifisch intellektualistische Erlösungsbedürfnis" Oder: Warum Intellektuelle Tolstoi lasen, in: Gangolf Hübinger/Wolfgang J. Mommsen: Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt/M. 1993, S. 158 - 171.

42 Vgl. z.B.: An die Soldaten und jungen Leute, Berlin 1905, mit einem Nachwort von Johannes Holzmann (Senna Hoy); Der Staat und der Militarismus, in: Der freie Arbeiter, Beilage: Antimilitarismus, 1. Jg., November





1905, Zum Wesen der Regierungen, ebd., 2. Jg., August 1906; Der Patriotismus, ebd., September 1906; Rede gegen den Krieg, in: Der Sozialist. Neue Folge, 1. Jg., Nr. 20, 1.12.1909, mit einem Vorwort von Gustav Landauer; Patriotismus, in: Die Aktion, 1. Jg., 1911, Nr. 4, Sp. 101 - 104; Ueber die Abschaffung des Staates, in: Der freie Arbeiter, 8. Jg., Nr. 6, 11.2.1911.

43 Nettlau: Geschichte der Anarchie, Bd. V, a.a.O., S. 440.

44 Gustav Landauer: Die geschmähte Philosophie [1893], in: Signatur g.l. - Gustav Landauer im "Sozialist". Aufsätze über Kultur, Politik und Utopie (1892 - 1899), Frankfurt/M. 1986, S. 278. Positiver dagegen Landauers Nachruf: Lew Nikolajewitsch Tolstoi [1910], in: ders.: Der werdende Mensch, Potsdam 1921, S. 199 - 205.

45 Ders.: Etwas über Moral [1893], ebd., S. 284.

46 Vgl. Nettlau: Geschichte der Anarchie, Bd. V, S. 435 - 454, dort auch zahlreiche kritische Stellungnahmen von anarchistischer Seite zu Tolstoj; zu den niederländischen Christen-Anarchisten Gernot Jochheim: Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und soziale Verteidigung, Frankfurt/M. 1977.

47 Rudolf Oestreich: Wegen Hochverrats im Zuchthaus, Berlin 1913, S. 3. Oestreich wurde wegen antimilitaristischer Artikel im "Freien Arbeiter" zunächst zu sechs Wochen Gefängnis, in einem weiteren Verfahren wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Vgl. dazu Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im Kaiserreich, a.a.O., S. 36 - 39.

48 Franz Jung: Der Torpedokäfer, Neuwied/Berlin 1972, S. 95.

49 Vgl. exemplarisch die Beilage "Antimilitarismus" der Berliner Zeitschrift "Der freie Arbeiter", die zwischen Oktober 1905 und Oktober 1906 monatlich erschien. Nach einer Verurteilung des Redakteurs Rudolf Oestreich wegen zweier Artikel über den Hauptmann von Köpenick wurde die Beilage eingestellt. Gustav Landauers 1911 in einer Auflage von 100.000 gedruckte Flugschrift "Die Abschaffung des Krieges durch die Selbstbestimmung des Volkes. Fragen an die deutschen Arbeiter" wurde vor ihrer Verteilung wiederum von der Polizei beschlagnahmt und vernichtet. Der Text erschien dann 1919 in Landauers Aufsatzsammlung "Rechenschaft", a.a.O., S. 39 - 57.

50 Einiges Aufsehen erregte 1896 der Fall des elsässischen Mennoniten Gottlieb Thröner. Vgl. die Kontroverse in der Zeitschrift "Ethische Kultur: F. Staudinger: Der Fall Thröner und die absolute Ethik, in: Ethische Kultur, 4. Jg., 1896, S. 189/190; Paul Natorp: "Der Fall Thröner und die Ethik". Bemerkungen zu F. Staudingers Aufsatz, ebd., S. 201/02. In seiner "Antimilitarismus" Beilage vom Januar 1906 berichtet "Der freie Arbeiter" über einen Prozeß gegen einen adventistischen Kriegsdienstverweigerer in Mainz.

51 M. Köppen: Ueber einen reinen Fall von überwertiger Idee und über seine forensische Beurteilung, in: Charité-Annalen, XXIX. Jg., 1905, S. 301 - 313. Ein anderer Kriegsdienstverweigerer, Hermann Wetzel, verfaßte 1905 eine Broschüre mit dem Titel "Die Verweigerung des Heerdienstes und die Verurteilung des Krieges und der Wehrpflicht in der Geschichte der Menschheit" (Potsdam 1905), in der er sich ebenfalls auf Tolstoj sowie den panentheistischen Philosophen Karl Christian Friedrich Krause berief. Er sandte seine Schrift an die Ersatzkommission des zuständigen Aushebungsbezirks. Diese umging jedoch eine strafrechtliche Verfolgung, indem sie Wetzel für untauglich erklärte.

52 Köppen: Ueber einen reinen Fall von überwertiger Idee, a.a.O., , S. 305 - 309.

53 Ebd., S. 312.









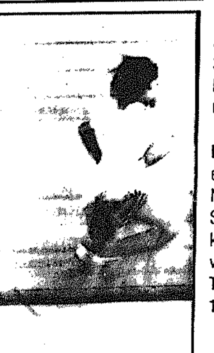


Foto: Nic Dunlop



DER CYBERTRIBE

Der Cybertribe ist eine ferne Utopie und gelebte Praxis zugleich.
Er ist ein Fantasiegebilde und dennoch ist er konkrete Realität.
Spürbar als pulsierender Rhythmus, erlebbar als verändernde Kraft,
die unzählige kleine, oftmals lose Gemeinschaften,
Gruppen und Projekte verbindet.

Der Cybertribe kennt als moderner Stamm keine Grenzen.
Seine Heimat ist der gesamte Erdball. Er ist überall und nirgendwo zu Hause.
Wer die Augen öffnet wird die Zeichen erkennen,
wird die Sprachen verstehen.

Der Cybertribe verbindet das Wissen alter Kulturen
mit dem Verständnis der Entwicklungen der Gegenwart.
Er verknüpft die Erfahrungen und Erkenntnisse von Hexen und Schamanen,
von Widerstandskämpferinnen und Revolutionären, von Hippies
und Kommunardinnen, von Hackern und Cybernautinnen,
um sie in der Gegenwart zu nutzen und für die Zukunft weiterzuentwickeln.
Persönliche und gesellschaftliche Veränderung, innere und äußere Entwicklung
werden dabei zu einer neuen Einheit.

Der Cybertribe entsteht überall dort, wo der Manipulation
ein neues Bewußtsein und der Eingeschränktheit
neue Dimensionen gegenübergestellt werden.
Überall dort wo dem Prinzip der Konkurrenz das Prinzip der Solidarität,
dem Prozeß der Zerstörung ein Prozeß der Heilung und der Politik der
Unterdrückung eine Politik des Widerstandes entgegengesetzt wird.
Manchmal entsteht er völlig unerwartet,
um genauso schnell wieder zu verschwinden.
An einigen Orten wächst er kontinuierlich Schritt für Schritt
und an anderen besteht er schon seit einer kleinen Ewigkeit.

Der Cybertribe kennt keine Zugehörigkeit im herkömmlichen Sinne.
Es ist nicht möglich und auch gar nicht notwendig ihm
in irgendeiner Weise formal beizutreten.
Es bedarf nicht einmal der Kenntnis des Begriffs oder der damit
verbundenen Ideen, um dem Cybertribe anzugehören.
Die Zugehörigkeit ergibt sich von alleine, manifestiert in den
Energien und Handlungen der entsprechenden Person.

Der Cybertribe in all seinen Ausprägungen ist ein Aufbäumen
und ein Aufschrei gegen die allgegenwärtige Zerstörung.
Er ist ein Versuch, ein Ansatz diesen Prozeß aufzuhalten und zu überwinden,
um auf den Trümmern des alten Systems eine neue Kultur aufzubauen.

Die Sterne sind erreichbar, aber nur wenn wir es wirklich wollen.

Wolfgang Sterneck



TECHNO UND DER CYBERTRIBE

EIN GESPRÄCH MIT WOLFGANG STERNECK

Bei keinem anderen Musikstil prallen die Meinungen so aufeinander wie bei Techno. Dabei wird oft vergessen, daß Techno keine einheitliche Bewegung ist, sondern vielfältige Strömungen vereint.

Im folgenden Gespräch beschreibt Wolfgang Sterneck seine Sicht der Techno-Kultur. Sterneck, der selbst seit längerem in der Szene aktiv ist, veröffentlichte die Bücher 'Cybertribe-Visionen' und 'Der Kampf um die Träume - Musik, Gesellschaft und Veränderung'.

Was ist der Cybertribe?

Wolfgang Sterneck: Der Cybertribe ist eine riesige, Genzen überschreitende Gemeinschaft, die in ihrer Vielfältigkeit kaum überschaubar ist. Es ist eine Art moderner Stamm, der das Wissen alter Kulturen ebenso nutzt, wie die Entwicklungen der Gegenwart. Alte Rituale haben dabei genauso ihren Platz, wie das Surfen im Internet, die Beschäftigung mit psychedelischen Substanzen genauso wie das Eintreten für gemeinschaftlichen Lebensformen, um nur ein paar Stichwörter zu nennen. Es geht letztlich um einen bewußten Umgang mit den Möglichkeiten, die uns umgeben bzw. sich in uns befinden, mit dem Ziel der inneren persönlichen Entwicklung und der äußeren gesellschaftlichen Veränderung.

Ansätze und Elemente des Cybertribes lassen sich in Teilen der Techno-Szene finden, in der linken und alternativen Szene oder auch bei einigen eher pszchedelisch-spirituell ausgerichteten Gruppen, wobei die Gewichtungen natürlich unterschiedlich verteilt sind. Es gibt allerdings nur einige wenige kleine Gruppen die sich konkret als Teil des Cybertribes bezeichnen.

Es geht aber auch gar nicht darum, wieder einmal ein fest gefügtes Organisationsmodell zu konstruieren. Das Cybertribe-Konzept will vielmehr in seiner Offenheit, die aber keineswegs beliebig ist, auf vergleichbare Tendenzen aufmerksam machen, die in verschiedenen zum Teil scheinbar gegensätzlichen Bereichen sichtbar sind.

Du benutzt in diesem Zusammenhang auch oft das Beispiel Techno.

Wolfgang Sterneck: Eine gute Techno-Party ist ein großes Trance-Ritual mit dem technischen Mittel der Gegenwart. Das stundenlange Tanzen zur monotonen Rhythmik der Musik ermöglicht den bewußtseinsverändernden Übergang in einen tranceartigen Zustand bei dem im Gehirn körpereigene Substanzen freigesetzt werden, die ein euphorisches Gefühl auslösen. Bemerkenswert sind dabei die Parallelen zu Ritualen von Naturvölkern, in deren Rahmen sich einzelne Personen oder Gruppen durch den Tanz zu Trommelrhythmen in Trance versetzen.

Techno hat ja gerade in alternativen und linken Kreisen einen ziemlich schlechten Ruf.

Wolfgang Sterneck: Das ist nicht mehr durchgängig so. Techno hat längst auch in der linken Szene seinen Platz, allerdings stehen sich bei keinem anderen Musikstil BefürworterInnen und GegnerInnen so ablehnend gegenüber. Techno ist jedoch zu vielfältig und gegensätzlich, als daß die Strömung sich auf ein kurzes wertendes Urteil beschränken ließe.

Viele Linke haben Probleme damit, daß es bei Techno in der Regel keine politischen Texte gibt, die eine klare Zuordnung erlauben. Es wird Techno jedoch nicht gerecht, wenn nur auf die fehlenden Texte geschaut wird, da die wesentliche Ebene von Techno eine andere ist. Techno ermöglicht einen Übergang in einen tranceartigen Zustand und damit in einem positiven Sinne eine Bewußtseinsveränderung. Die zumeist traditionell kopflastige Linke hatte allerdings schon immer Probleme mit solchen Erfahrungen bzw. mit der Erkenntnis, daß innere und äußere Veränderung untrennbar zusammen gehören.

Hinzu kommt zum Teil eine völlig distanzierte Betrachtung, die Techno meist auf die Klischees reduziert, die durch die bürgerlichen Medien wiedergegeben werden. Die gegenkulturellen Ansätze, die neben der zweifellos völlig vereinnahmten Hauptströmung existieren werden dabei zumeist nicht wahrgenommen bzw. gezielt ignoriert.

Wo siehst Du überhaupt noch eine Techno-Gegenkultur, .wo gibt es den Cybertribe in der Techno-Szene?



Wolfgang Sterneck: Es sind meist nur kleine Ansätze, aber zweifellos gibt es noch immer einzelene Personen oder kleine Gruppen, die sich an den ursprünglichen Idealen wie dem 'Do it yourself'-Prinzip und der Abkehr vom Starkult orientieren. Genauso gibt es Projekte, die nach neuen musikalischen Wegen suchen und damit eine bestimmte Haltung verbinden oder die aus einem gegenkulturellen Bewußtsein heraus Parties organisieren.

In vielen Bereichen gibt es allerdings fließende Übergänge und es ist dann schwer eine klare Trennunglinie zwischen Mainstream und Underground zu ziehen. Gegenkulturelle Ideale oder zumindest in Ansätzen der vielbeschworene Spirit sind dort genauso zu finden wie starke kommerzielle Aspekte, wobei es auch nicht darum gehen kann, die Leute zu verurteilen, die für die Szene arbeiten und dann in einem angemessenen Rahmen auch von ihr leben.

Welche Kraft in Techno steckt, zeigte sich zeitweise insbesondere in England, wo vor allem der Spiral Tribe riesige Free Raves organisierte, die an die freien Festivals der späten sechziger Jahre anknüpften. Die Leute von Sprial Tribe vermitteln ihre linken, radikalen Positionen über Erklärungen und Interviews, aber auch über die Struktur ihrer Musik und den Charakter ihrer Parties. Auf die Politisierung von Teilen der Techno-Szene antwortete die englische Regierung '94 mit einem Gesetz, das neben HausbesetzerInnen und den umherziehenden Travellers under anderem auch die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen von Raves, die ohne behördliche Genehmigung durchgeführt werden, kriminalisiert.

Deutlich wurde dabei, daß der politische Charakter einer Party nicht unbedingt durch Transparente oder Flugblätter bestimmt wird, vielmehr sind auch die Art des Umgehens miteinander, die gesamte Atmosphäre, die grundlegenden Energien, die Weise wie das Fest organisiert ist, die psychedelischen Erfahrungen, usw. wesentliche Faktoren. Wie kam es denn, daß Techno so schnell vereinnahmt wurde?

Wolfgang Sterneck: Anfang der Neunziger begann ein Prozeß, der charakteristisch für fast alle Jugendbewegungen der letzten Jahrzehnte und deren Musikstilen ist. Nachdem das kommerzielle Potential einer neuen kulturellen Strömung deutlich wird, kommt es zu einer Phase der Vereinnahmung, der Entschärfung und der kommerziellen Verwertung durch die Musikindustrie, sowie durch große Konzerne aus dem Bereich der Zigaretten-, Bekleidungs- und Getränkeindustrie.

Diese Entwicklung führt dann zu einer Reduzierung der Kultur in ihrer Hauptströmung auf eine modische, inhaltslose Stilrichtung. Die gegenkulturellen Ansätze der Anfangszeit werden an den Rand gedrängt oder völlig geschluckt. Der immer größer werdende Einfluß der Medien bewirkte, daß sich dieser Prozeß bei Techno in einem zuvor nicht gekannten Ausmaße vollzog. Die Gleichschaltung von Bedürfnissen und Bewußtsein, die manipulation von Sehnsüchten und Träumen wird dabei immer perfekter.

Die Techno-Szene ist also weitgehend angepaßt und konsumfreudig?

Wolfgang Sterneck: Die umgebenden Verhältnisse prägen zwangsläufig. Es gab Generationen die für ihre Ideale gekämpft haben und es gab Generationen, die Neues aufgebaut haben, genauso wie es Generationen gab, die auf der Suche waren. Die Rave-Generation in ihrer Hauptströmung gehört keiner von diesen an. Abgesehen von einigen Ansätzen läßt sie das Potential, welches in ihr steckt, völlig brach liegen, sie ist sich nicht einmal dessen bewußt.

Nicht Bewußtsein sondern vielfach eine völlige Bewußtlosigkeit herrscht in der Regel vor. Keine Auseinandersetzung mit der Szene oder gar mit dem eigenen Leben. Am Wochenende wird gefeiert, für einige Stunden wird in eine andere Realität eingetaucht um dann wieder Montags zu funktionieren. "Ich bin so kopfleer" ist ein in der Szene weit verbreiteter und in diesem Zusammenhang auch sehr treffender Ausspruch.

Wie läßt sich dieser Kreislauf der Vereinnahmung und Kommerzialisierung von Jugendkulturen durch die Industrie druchbrechen?

Wolfgang Sterneck: Unter den gegebenen Verhältnissen ist dies illusionär. Die Möglichkeiten, die den größen Konzernen zur Verfügung stehen, sind einfach zu groß. Es ist jedoch nicht nur eine Frage von Profit und im übrigen auch keine Frage des Generationskonfliktes, wie so oft verschleiernd ausgeführt wird, es ist eine Frage des gesellschaflichen Systems.

In einem Gesellschaftssystem, das Selbstbestimmung und eine freie Entfaltung ermöglicht, das auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe und nicht auf Konkurrenz und Profit aufgebaut ist, wird es diesen Kreislauf nicht mehr geben. Doch solange dies in fast unerreichbarer Ferne liegt, kann es nur darum gehen Sand im Getriebe der zerstörenden Maschinerie zu sein, die uns umgibt.

Literaturhinweise:

_Wolfgang Sterneck (Hrsg.)/Cybertribe-Visionen. - Rhythmus und Widerstand, Liebe und Bewußtsein - 272 Seiten, druchgängig ganzseitig illustriert. Hardcover. KomistA. ISBN 3-928988-02-6. 38,00 DM

_Wolfgang Sterneck / Der Kampf um die Träume - Musik, Gesellschaft und Veränderung. 384 Seiten.; ca. 90 Abbildungen. KomistA. ISBN 3-928988-01-08. 29,80 DM.

Erhältlich bei: KomistA c/o Sterneck, Sternstraße 35, D-63450 Hanau. Fax: 06181-258453; sowie bei der Assoziation Linker Verlage (aLiVe) c/o IBKD-Vertrieb, Postfach 167, 63703 Aschaffenburg und bei Anares Nord, Postfach 2011, 31315 Sehnde

Kleinanzeigen (20.-)

Zeitschriftenschau

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 271/Januar 1997
Die Sache mit der Mauss - Zur Affäre Schmidtbauer/Mauss * **Mexiko** Morddrohungen und Anschläge auf CONPAZ-Mitarbeiter * Interview mit der EZLN-comandancia * Landforderungen in der Frailesca werden brutal unterdrückt * Finca Irlanda - Rücknahme des FairTrade-Siegels von Lebensbaum * Angehörige von Verschwundenen in Oaxaca klagen an * **Brasilien** Sao Pulo bleibt rechts regiert * Menschenrechte ja - aber nicht für Schwule * **Lateinamerika/Wirtschaft** Gewerkschaften und Mercosur * **Kuba/Spanien** Castro contra Aznar * Ecuador: Enthüllungen aus dem Innenleben der Sicherheitsorgane * **Lateinamerika** Treffen von LandarbeiterInnen aus Lateinamerika und der Karibik

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin. Einzelpris 7.- DM Jahresabo 70.- DM.

ila Nr. 201, Dezember 1996
Schwerpunkt: Binationale Beziehungen * "Bei schamlosem Mißbrauch der Institution Ehe..." * In Deutschland heimisch werden..., Interview * May Ayim: afro-deutsch 1 * Gedanken zum Umzug nach Europa * **Berichte & Hintergründe** Erneute Wahlniederlage der FSLN * Kino: Ken Loach * Kommunalwahlen in Brasilien * Interview mit der brasilianischen Bewegung der Arbeiter ohne Land * Interview zur Verschärfung der Landkonflikte in Paraguay * Erfahrungsbericht aus Chiapas * **Eine Welt Wirtschaft** Sozialklauseln im Welthandel * Standort Honduras * Neue Bücher lateinamerikanischer Autorinnen * **Solidaritätsbewegung** Gegen die Einführung genmanipulierter Lebensmittel

Bezug: ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Einzelpreis 8.- DM, Jahresabo 70.-DM

Die Aktion, Heft 161/164
Schwerpunkt: Spanien 1936 Dossier (II) * Kurt Groenewold u.a.: Isolation - der weisse Block *

Bezug: Die Aktion, Am Brink 10, 21029 Hamburg, 8.-DM, Jahresabo: 48.-DM

Zoom-Sonderheft (Buchformat)
Schwerpunkt: Es muß nicht immer Gladio sein * CIA-Waffenlager in Österreich * Die Gladio-Nazi-Connection * Die Macht der Geheimdienste

Bezug: Zoom, , c/o Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit, Schottengasse 3a/1/59, A-1010 Wien, 12.-DM, Jahresabo: 50.-DM

Direkte Aktion Nr.119
Schwerpunkt: Der EURO-Horrorladen * Sexismus in der FAU? * Achim v. Borries: Das Experiment des spanischen Anarchosyndikalismus 1936 * 20. Kongreß der IAA * Freiwirtschaft im Abseits

Bezug: direkte aktion, Wilhelm-Bluhm-Str.12, 30451 Hannover, 2,50 DM, Jahresabo: 20.-DM

Tranvía Nr.43
Schwerpunkt: Künstlerische Frauen in Lateinamerika * Frida Kahlo * Anna Seghers * Victoria Ocampo * Olga Benario * Julia Alvarez u.v.a.

Bezug: Tranvía, PF 303626, 10727 Berlin, 9.-DM, Jahresabo: 36.-DM



Foto: Wolfgang Haug

Graswurzelrevolution Nr.215
Das Ende des Regime Milosevíc * CASTOR * Marianne Enckell: Maße - Zeit - Herrschaft * Überbevölkerung? * Hartmut Rübner: Willi Schroers

Bezug: Graswurzelrevolution, Kaiserstr.24, 26122 Oldenburg, 3,50 DM, Jahresabo: 35.-DM

iz3w Nr.218
Schwerpunkt Globalisierung * Rwandas Völkermord * Afrikas Demokratien * Frankreichs Weltpolitik * Kriegsdienstverweigerung und Desertion *

Bezug: iz3w, PF 5328, 79020 Freiburg, 8.-DM, Jahresabo: 60.-DM

Kassiber Nr.30
Schwerpunkt: Die Lüge von der sauberen Wehrmacht * Wenn Deutsche sich an den Krieg erinnern * Interview mit Eric Drooker * Interview mit Christoph Seidler

Bezug: VzVuN, St.-Pauli-Str.10/12, 28203 Bremen, 5.-DM, Jahresabo: 35.-DM



Foto: Herby Sachs/Version